

Ihnen allen im Felde, auf See und in den Garnisonen gilt unser erster Gruß! (Bravo!) Mit heißem Dank und herzlichsten Wünschen gedenken wir ihrer. (Bravo!) Förderung der Friedensarbeit, dem Völkermorden nachdrücklichst das Friedensverlangen entgegenzusetzen, das ist unsere erste und größte Pflicht. Dessen können unsere Feldgrauen sicher sein. (Zustimmung.) Für die großen entscheidenden Kämpfe der Zukunft wollen wir der Partei das Nützlichste schaffen. Wir wollen unser ganzes Können einsetzen für die Stärkung der Partei nach innen und außen, zur Festigung und Stärkung ihrer Organisation. (Bravo!) Kommt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu geschmiedet wird, dann wird am Amboss der Zeit die Sozialdemokratie ihren Mann stellen. (Bravo!) Und nun, Parteigenossen: Glück auf zu unserer Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre damit den Parteitag für eröffnet.

Auf Vorschlag von Nimmerfall-München werden Ebert-Berlin und Auer-München zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt.

Zu Schriftführern werden gewählt Schadow-Brandenburg, Koch-Wanzleben, Michelsen-Flensburg, Sebering-Vielefeld, Dorfschu-Frankfurt a. M., Giermann-Nürnberg, Wirth-Dresden, Weißmann-Freiburg und Weinheber-Hamburg.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt Lübbring-Königsberg, Schadow-Kottbus, Eberle-Görlitz, Dörnte-Hannover, Kenggoit-Ehlingen, Sollmann-Köln, Stelling-Lübeck, Sörstelmann-Jena und Neumann-Offenbach.

In die Beschwerekommission werden gewählt Krüger-Berlin, Dietrich-Breslau, Günther-Bernburg, Wischhoff-Altona, Stühmeier-Wochum, Simon-Augsburg, Frau Schilling-Döbeln, Blume-Hamburg und Donath-Bremen.

Ebert dankt im Namen des Bureau für die einstimmige Wahl und verspricht, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten.

Die vorläufige Geschäftsordnung wird einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung des Parteitags liegt der Antrag I vor.

Ebert: Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Parteivorstandes, wird auch berichtet werden über unsere gesamte Friedensarbeit, insbesondere über unsere Verhandlungen in Stockholm. Damit wird den Wünschen der Antragsteller Rechnung getragen.

Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden und der Parteitag genehmigt die vorgeschlagene Tagesordnung.

Ebert: Ihnen allen ist bekannt, daß der Parteiaussschuß in den hinter uns liegenden Kriegsjahren in ganz besonderem Maße hervorgetreten ist und zu einem erheblichen Teil der Träger der Politik der Gesamtpartei war. Der Parteiaussschuß ist bei den Förderungen der Partei Gegenstand heftigster Angriffe gewesen. Aber ganz abgesehen davon erfordert eine so bedeutende Tätigkeit, wie sie der Parteiaussschuß geleistet hat, daß seine Mitglieder Gelegenheit haben, am Parteitag teilzunehmen. Nach dem Organisationsstatut ist das aber unmöglich. Es kann sich natürlich nur um einen Ausnahmefall handeln und selbstverständlich erhalten die Parteiaussschussmitglieder nur beratende Stimme. Praktisch steht die Sache so, daß der größte Teil der Mitglieder des Parteiaussschusses Parteitagdelegierte sind. Nur etwa 10 Mitglieder sind ohne Mandat erschienen. Es kann die Möglichkeit eintreten, daß der Parteiaussschuß während der Dauer des Parteitags zu einer Sitzung berufen wird oder selbst eine Sitzung abzuhalten wünscht. Der Parteivorstand schlägt Ihnen daher vor, daß die Mitglieder des Parteiaussschusses, auch

die kein Mandat haben, mit beratender Stimme an den Parteitagsverhandlungen teilnehmen können.

Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden.

Als Tagungszeit werden die Stunden von 9-1 und 3-6 Uhr festgesetzt. Damit sind die Arbeiten der Eröffnungssitzung erledigt.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. Oktober 1917. — Vormittags-sitzung.

Auer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgenden Worten: Ebert hat gestern die lebhafteste Zustimmung des Parteitages gefunden, als er unseren Feldgrauen an den Fronten unsere innigsten und wärmsten Grüße sandte. Feldgrauen sind es ihrerseits, die als erste uns ihre Glückwünsche und Grüße übermitteln. (Bravo!) Es ist folgendes Telegramm eingegangen:

Die Feldgrauen Genossen blicken voll Hoffnung auf den Parteitag. Möge er der Partei und damit dem deutschen Volke zum Besten dienen. In diesem Sinne unseren Gruß von harter Weisfront. (Lebhaftes Bravo!)

Von den österreichischen Genossen ist folgendes Telegramm eingegangen:

Durch parlamentarische Arbeiten und Vorbereitung unseres Parteitages am persönlichen Erscheinen verhindert, begrüßen wir Euren Parteitag auf das herzlichste. Wir haben den Kampf für den Frieden und Freiheit. Möge Euer Parteitag Euch und uns alle näher bringen der Wiederherstellung der vollen Kampffähigkeit des Proletariats in jedem einzelnen Lande und in der gesamten Internationale. Für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs: Victor Adler, Ferdinand Saret. (Lebhafter Beifall.)

Weiter ist ein Telegramm eingegangen vom jüdischen sozialistischen Arbeiterverband Poale-Zion.

Der Verein für Frauenstimmrecht Würzburg hat folgendes Schreiben an die Leitung des Parteitags gerichtet:

Wir begrüßen die sozialdemokratische Partei anlässlich des Parteitags in Würzburg auf das herzlichste und wünschen der Tagung einen recht guten und ersprießlichen Verlauf.

Wenn auch unser Verein keine ausgesprochene Parteipolitik treibt, so fühlen wir uns doch aufs engste mit der sozialdemokratischen Partei verbunden in der Erstrebung der politischen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Dankbar erkennen wir an, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die mit dem Mut der Ueberzeugung immer wieder für dieses hohe Ziel eintritt, dessen Erreichung eine befreiende politische Tat für unser Volk sein wird.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Bericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Ebert: Ueber die Tätigkeit der Parteileitung haben wir Ihnen neben dem schriftlichen Bericht weiteres Material zugehen lassen. Bei der sehr ausgedehnten Berichtsperiode erschien uns das notwendig. Es ist unmöglich, im Rahmen eines mündlichen Referats von einer so umfangreichen intensiven Tätigkeit ein auch nur annähernd zutreffendes Bild zu geben. Ich muß deshalb zunächst Bezug nehmen auf das vorliegende schriftliche Material und werde mich beschränken, ein mehr zusammenfassendes Bild von der gesamten Tätigkeit des Vorstandes zu geben.

im ganzen 57 Wahlkreise und 21 kleine Ortsvereine abgesplittert sind. Dabei ist aber festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl Organisationen trotz des mit Mehrheit beschlossenen Austritts die große Mehrheit der alten Mitglieder unserer Partei treu blieben. (Hört! hört!) Unser Organisationsapparat im ganzen Reich ist völlig intakt geblieben. (Bravo!) An Stelle der ausgetretenen Organisationen sind sofort neue getreten, die sich durchweg gut entwickelt und die abgesprengten Organisationen bereits vielfach überflügelt haben. Die Presse der Lebensmittelwucherer und der schwerindustriellen Kriegsverlängerer jubelt natürlich über den Rückgang unserer Organisation. In das gleiche Horn stoßen die Unabhängigen. Es war ganz selbstverständlich, daß bei der Absplittierung mit einer Schwächung unserer Organisationen gerechnet werden mußte. Darüber konnte vorher niemand im Zweifel sein. Das war ja gerade das Verhängnisvolle dieses Beginns für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Alles, was die Unabhängigen bisher geleistet haben, bestand lediglich in der Bekämpfung unserer Partei. (Sehr wahr!) Auf politischem Gebiete haben sie jeden Fortschritt bekämpft, jedem Schritt in der Friedensbewegung, in der inneren Neuorganisation des Reichs haben sie Steine in den Weg gelegt. (Sehr richtig!) Ihr einziger Erfolg ist die Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. (Sehr wahr! Zurufe: Leibel und Pfui!) So wie sie in politischer Beziehung mit den Reaktionären vielfach auf einer Linie standen, so jubeln sie jetzt mit ihnen über unseren angeblichen Niedergang, in Wirklichkeit über die Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Diese Tatsache muß für die Arbeiter eine ernste Mahnung sein. Für unsere Organisationen und jedes Parteimitglied kann sie nur ein Ansporn sein, mit doppelter Kraft und Fähigkeit ans Werk zu gehen. Tun alle Organisationen und jeder einzelne Genosse ihr Bestes, dann werden wir diesen Rückschlag bald überwinden, dann werden wir unsere Organisation stärken zu neuen Fortschritten, zu neuen Erfolgen, trotz alledem und alledem. (Lebhafter Beifall.)

Das gilt auch für unsere Frauenbewegung. Allerdings ist die Arbeit hier besonders schwierig. Die entsetzliche Kriegswirkung lastet auf der Frau, namentlich auf der Arbeiterfrau außerordentlich hart. Der tägliche Kampf um das tägliche Nahrung, die schwere Erntearbeit, das unsägliche Herzleid unserer Mütter und Frauen drückt seelisch schwer nieder. Da ist es doppelt schwer, Herz und Verstand für unsere politischen Aufgaben, für unsere Ziele, für unsere Kämpfe zu gewinnen. Die Haltung der „Gleichheit“ während des Krieges war dazu wenig angetan. (Sehr wahr!) Der Rückgang der Zahl unserer weiblichen Mitglieder steht im engsten Zusammenhang mit dem Rückgang der Leser der „Gleichheit“. Eine Aenderung zum Besseren ist erst eingetreten mit dem Wechsel in der Redaktion. Seitdem zeigt sich eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Unsere Frauenkonferenz im Juli dieses Jahres war von bestem Geiste befeuert, für die wichtigsten Aufgaben der Frauenbewegung sind in voller Uebereinstimmung Richtlinien festgelegt worden, die überall im ganzen Lande bei den Genossinnen freudige Zustimmung fanden. Zurzeit wird im Lande eine lebhafteste Frauenagitation entfaltet, die sicher guten Erfolg bringen wird. Wo bisher schon unsere Parteioorganisationen die Frauenagitation ernstlich betrieben, wo unsere Aufgaben im Kampfe für die politische Gleichstellung der Frauen ins rechte Licht gerückt wurden, wo unsere Genossinnen herangezogen worden sind zu tatkräftiger Mitarbeit an der Verwaltung und Organisation der Partei, da hat sich die Frauenbewegung auch während des Krieges tapfer gehalten. Was in dieser schweren Zeit unsere Frauen in der Kriegswirtschaft, an praktischer Mitarbeit in den Organisationen geleistet haben, das muß dankbar anerkannt werden. (Bravo!) Um so mehr ist es Pflicht aller Parteioorganisationen, mit allem Ernst und mit aller Kraft unsere Frauenbewegung zu fördern. (Zustimmung.)

Unsere Jugendbewegung hat unter den Kriegswirkungen ebenso zu leiden wie die allgemeine Arbeiterbewegung. Das ist erklärlich, denn die Jugendbewegung ist der jüngste und schwächste Zweig der Arbeiterbewegung. Die militärischen Einberufungen haben hier die ältesten Jahrgänge der Bewegung völlig entzogen, die naturgemäß die Kerntruppe der Bewegung bildeten. Auch die Leiter der Bewegung, sowohl die von der Partei und von den Gewerkschaften bestellten, als auch die aus der Jugendbewegung herausgewachsenen, sind von den militärischen Einziehungen überaus schwer betroffen. Dazu kommt leider, daß auch der Parteifreie in die Jugendbewegung hineingetragen wurde und auch hier zur Spaltung führte. In der Spaltung der Jugendbewegung lassen sich deutlich zwei Phasen unterscheiden. Die erste geht von der Spartakusgruppe aus, die mit denselben strupelstosen Mitteln die Leitung der Jugendorganisationen bekämpft wie die Parteipolitik. Die Sprengungsversuche erreichten im Frühjahr 1916 ihren Höhepunkt. Der Erfolg war äußerst gering. Mit der Jugend selbst hatten diese Versuche nichts zu tun, sie wurden von Leuten unternommen, die der Jugend längst entwichen waren oder mit der Jugendbewegung vorher überhaupt nicht in Berührung gekommen waren. Die zweite Phase der Spaltung setzte ein, als die Parteispaltung perfekt geworden war. Ohne vorhergegangene Auseinandersetzung, ohne Angabe von Gründen ist sie fast überall offenbar auf Parole von oben durchgeführt. Die Zentralkomitee kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß sie nicht den geringsten Anlaß gab, den Parteifreie in die Reihen der Jugendbewegung zu tragen. Sie hatte um so weniger Anlaß dazu, als durch Parteitagebeschlüsse, auch durch Beschluß von Gewerkschaftskongressen, das Arbeitsprogramm der Jugendbewegung so gestaltete, daß sie mit Tagespolitik und mit Richtungsfragen in der Partei nichts zu tun hat. Die andere Seite hat sich aber auch hier kalten Mutes über diese Beschlüsse hinweggesetzt. Eine Reichskonferenz unserer Bezirksjugendleitungen im Juli dieses Jahres hat sich mit der Situation beschäftigt, wie sie durch die Abtrennung geschaffen ist. In einer Resolution hat sie jede parteipolitische Beeinflussung der Jugendbewegung zurückgewiesen und aufs neue den erzieherischen Charakter unserer Jugendbewegung unterstrichen. Wie im einzelnen die programmatischen und organisatorischen Grundlagen unserer Jugendbewegung künftige zu gestalten sind, hat die Konferenz späteren Beratungen überlassen. Auch der Parteitag wird diese Probleme auf ruhigere, sichere Zeiten zurückstellen müssen. —

Aber nun, Genossen, möchte ich mich der politischen Tätigkeit der Parteileitung zuwenden; sie steht in enger Beziehung zu den Arbeiten der Reichstagsfraktion. Den unausgesetzten Kampf gegen den Belagerungs- und Versammlungsrechts- und die Zensurbrände ich deshalb hier nicht näher zu besprechen. Ebenso wird die Ernährungsfrage am zweckmäßigsten beim Fraktionsbericht besprochen. Aus unseren schriftlichen Berichten wird sich, daß wir seit Anbeginn des Krieges gerade auf dem Gebiete der Volksernährung eine unablässige, überaus intensive Tätigkeit entfaltet haben.

Die Wünsche, Anregungen und Beschwerden unserer Feldfrauen haben bei der Parteileitung immer die sorgfältigste Beachtung gefunden. Daraus hat sich erfreulicherweise ein so umfangreicher schriftlicher Verkehr entwickelt, daß Parteileitung und Fraktion dazu übergehen mußten, für seine Erledigung eine besondere Institution zu schaffen. Wir haben unter Leitung des Genossen Stüden ein Sekretariat eingerichtet, das sich lediglich mit den Wünschen und Anregungen unserer Feldfrauen zu befassen hat.

An erster Stelle unserer politischen Arbeit stand die Friedensarbeit. Sie hat unsere gesamte Tätigkeit beherrscht. Die Ueberwindung des Krieges durch

Wiederbelebung der proletarischen Internationale war das Leitmotiv unseres Handelns. Allen Anstrengungen, die sich von innen und von außen gegen uns richteten, steht unerschütterlich die Tatsache gegenüber: die deutsche Sozialdemokratie hat als einzige Sektion der Internationale sich seit Beginn des Krieges unablässig für den Zusammenhalt der Internationale eingesetzt und war immer zur Verständigung bereit. (Sehr richtig!) Allerdings — und das sage ich freudig hinzu — haben wir dabei stets in Gemeinschaft mit unserer österreichischen Bruderpartei gehandelt. (Bravo!) Diese Bemühungen bilden von der letzten Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureau im Juli 1914 bis zu den Konferenzen in Stockholm eine gerade Linie. Wenn diese Tatsache im Ausland nicht genügend bekannt ist, so ist das bei der Diktatur der Zensur begreiflich. Klagt doch auch das holländisch-schwedische Komitee in seinem letzten Manifest bitter, daß seine Arbeit dadurch sehr erschwert worden sei; seine Erklärungen seien von der Zensur vielfach zurückgehalten, sogar gekürzt worden, heißt es in jenem Manifest. (Hört! hört!) Ich habe gewiß nicht die Absicht, unsere Zensur irgendetwas zu beschönigen oder in Schutz zu nehmen, sie haßt wütend genug; aber nach unserer Kenntnis der Dinge muß ich sagen, daß sich diese Klage des holländisch-schwedischen Komitees nur gegen die Zensur der Entente richten kann. Auch unsere Friedensarbeit hat unter ihrem diktatorischen friedensfeindlichen Vorgehen ungemein schwer gelitten. Werden dazu noch aus eigenem Lande falsche Nachrichten über unseren Kampf für den Frieden in die Welt gesetzt, wie das von unseren Kritikern zur Linken geschieht, so wird dem friedensfeindlichen Treiben der Ententegenur geradezu in die Hände gearbeitet. (Sehr richtig!) So behaupten die Unabhängigen, es sei falsch, daß unsere Partei seit Kriegsbeginn für den Frieden und gegen Annexionen eingetreten sei, um diese Frage hätte vielmehr bis zum Frühjahr 1916 in der Partei und der Fraktion gekämpft werden müssen. Die Entente-Prese hat selbstverständlich diese Behauptung gierig aufgegriffen und wöchlich gegen unsere Friedensarbeit ausgehollert. Die Behauptung ist völlig falsch, sie steht mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Das ergibt sich aus dem Material, das wir den Delegierten übergeben haben. Einige der entscheidenden Tatsachen muß ich hier kurz hervorheben. Noch kurz vor Kriegsausbruch ist unser Kollege Müller nach Paris geeilt, um eine Verständigung zu versuchen. In der ersten Kriegssitzung des Parteiaussschusses, am 27. September 1914, konnten wir mitteilen, daß wir sofort, als die Grenzen unseres Landes wieder geöffnet waren, Vertreter der Partei in das neutrale Ausland geschickt haben mit dem Auftrag, die Verbindung mit der Internationale wieder anzuknüpfen (Hört! hört!) und Klarheit zu schaffen über unsere Friedensbereitschaft. In derselben Sitzung des Parteiaussschusses und am nächsten Tage in einer Konferenz der Redakteure der Parteipresse hat die Parteileitung Richtlinien für die Haltung der Parteipresse vorgeschlagen. In diesen Richtlinien wird der Parteipresse zur Pflicht gemacht: „dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenzuwirken und die Annexionsgelüste zu bekämpfen“. Dieser Vorschlag ist von beiden Körperschaften — wie ich noch einmal hervorheben will — bereits am 27. September 1914 einstimmig angenommen worden. (Hört! hört!) In jener Sitzung des Parteiaussschusses konnte ich den Bericht des Parteivorstandes schließen mit der Aufforderung: Wir müssen für einen Frieden wirken, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Am 5. März 1915 haben Parteiaussschuß und Parteivorstand auf Vorschlag der Reichstagsfraktion einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem folgendes ausgeführt wird: „In Übereinstimmung mit dem Bestreben des Parteivorstandes, eine internationale Verständigung über die Friedensaktion herbeizuführen, hält sie es für nötig, daß wir

im eigenen Lande soviel wie nur irgend möglich Aufklärung verbreiten über die Notwendigkeit eines Friedens unter den Bedingungen: a) keine Eroberungen, b) keine Vergewaltigung irgendeines Volkes, c) freier Wettbewerb aller Völker, d) Vereinbarungen über die friedliche Regelung der Streitfragen zwischen den Regierungen, e) planmäßige Einschränkung der Rüstungen. Am 5. März 1915 haben also die entscheidenden Körperschaften der Partei bereits einen Beschluß gefaßt, in dem man sich in aller Form klar und deutlich auf den Boden des Friedens ohne Annexionen stellte. Die Parteileitung hat aber bereits im Oktober 1914 bei Verhandlungen mit Parteifreunden aus Dänemark und Holland diesen Standpunkt vertreten. Ebenso auf unserer ersten Haager Konferenz im März 1915 und in unserer Wiener Erklärung vom 15. April 1915. Den gleichen Standpunkt hat die Reichstagsfraktion im Reichstag bei jeder passenden Gelegenheit vertreten; am 4. August 1914 sowohl wie am 2. Dezember 1914. Auch Haages Rede am 15. März 1915 entsprach durchaus der Fraktionsmeinung. Gerade die Stelle der Rede, die sich mit dem Friedensverlangen befaßt, ist vorher von der Fraktion in ihrem Wortlaut einstimmig gebilligt worden. (Hört! hört!) Wenn Scheidemann in seiner Reichstagsrede acht Tage später nicht die Forderung wiederholte, so deshalb, weil er beauftragt war, in dieser Rede nur über die innere Politik zu sprechen. Das hat Scheidemann in seiner Rede auch klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Er sagte damals gleich zu Beginn seiner Ausführungen: „Meine Herren, gegen die Gewohnheit des Reichstages werde ich bei der Beratung des Reichstanzlerials Fragen der auswärtigen Politik nicht berühren. Was dazu vom Standpunkt meiner Partei aus zu sagen ist, hat mein Parteifreund Haage am 10. März hier vorgetragen (Hört! hört!), es ist außerdem in den Erklärungen meiner Fraktion am 4. August und am 2. Dezember niedergelegt worden. Seitdem ist kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, unsere Haltung zu ändern. Im Gegenteil, Forderungen, wie sie gerade in jüngerer Zeit wieder von verschiedenen Stellen erhoben worden sind, weisen wir entschieden zurück; sie können uns in unserer wohlbegründeten Haltung nur bestärken.“ Außerdem hatte Scheidemann in Versammlungen, die vorher stattgefunden haben, nachdrücklich den Frieden ohne Eroberungen verlangt. Es ist also eine grobe Fälschung, wenn man deshalb, weil Scheidemann in seiner damaligen Rede die Forderung im Reichstag nicht noch einmal in aller Form wiederholte, einen Widerspruch zwischen ihm und Haage herleiten wollte. Aber, Genossen, die Fraktion hat sogar bei verschärfter Kriegslage in dem Augenblick, als Italien in den Krieg eingriff, sich nicht abhalten lassen, im Reichstag diesen Standpunkt zu vertreten. Am 29. Mai 1915 habe ich dort mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck ausgeführt, daß unsere Partei einen Frieden ohne Eroberungen, ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes verlangen müsse und sich dafür mit äußerster Entschiedenheit einsetzen werde. Mit äußerster Schärfe ist Einspruch gegen alle Eroberungsbestrebungen erhoben. Im gleichen Sinne haben sich all unsere Redner im Reichstag, wo immer sich die Gelegenheit bot, erklärt. Die Behauptung der Unabhängigen, unsere Partei habe sich ursprünglich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, diese Auffassung hätte erst erklärt werden müssen, ist deshalb unwahr und steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch.

Mit dieser ehrenwerten Behauptung hat man gegen uns auch in Stockholm operiert. Obgleich von uns — und wir waren ja bekanntlich zuerst in Stockholm gewesen —, wie bei all unseren Auslandsreisen, grundsätzlich unser innerer Streit überhaupt nicht berührt worden ist. Das verbietet uns der Ernst und das große Ziel der Stockholmer Arbeiten, denen wir alles andere unterordnen. Den Ruhm, selbst dort, wo um das Schicksal der Völker gerungen

wurde, widerlichen Parteiganz geboten zu haben, überlassen wir neidlos den anderen. (Zustimmung.)

Wie überaus schwierig die Verständigungsarbeit ist, zeigt die Tätigkeit des holländisch-Scandinavischen Komitees, die es nun seit sieben Monaten entfaltet. In näher Konsequenz müht es sich, eine Konferenz der Sozialisten aller kriegsführenden Länder zustande zu bringen. Hoffnungsfreudig hat die Arbeit eingesetzt. Die ganze friedenssehnsüchtige Welt hat nach Stockholm geblickt. Der Sieg der russischen Revolution, den wir als Demokraten aufrichtig begrüßten, gab der Hoffnung starken Antrieb. Nicht den Sonderfrieden erwarteten wir von der russischen Revolution. Wir erhofften von diesem gewaltigen geschichtlichen Ereignis den Weltfrieden. Darin erblickten wir die große historische Mission der russischen Revolution. Den gesicherten und dauernden Frieden erhofften wir, der gleichzeitig der Triumph der Demokratie nicht nur in Rußland, sondern in ganz Europa gewesen wäre. Diesen Standpunkt haben wir auch in den schriftlichen und mündlichen Verhandlungen, die wir mit den Vertretern der russischen Sozialisten geführt haben, mit allem Nachdruck vertreten. Gleichwohl hat Stockholm nicht gehalten, was es versprach. Mag sein, daß die Erwartungen zu hoch gespannt waren. Jedenfalls steht fest, daß die Sozialdemokratie Deutschlands ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, mit aller Kraft die Arbeiten des holländisch-Scandinavischen Komitees gefördert hat. Ueber die technischen Fragen der allgemeinen Konferenz haben wir uns sehr schnell mit dem Komitee verständigt. Schwierig waren die Verhandlungen über unsere Stellung zur Friedensfrage. Unsere Stellung ist schließlich rückhaltlos und offen in unserem Memorandum dargelegt worden. In diesem konnten wir den Vorschlag der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands auf Frieden ohne Anzessionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung um so freudiger begrüßen, als er den bisher von uns vertretenen Forderungen entsprach. Am 19. April d. J. hatten Parteiauschuß und Parteivorstand unter Teilnahme von Vertretern der österreichischen und ungarischen Bruderparteien sich in aller Form noch einmal klar und entschieden zu der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bekannt.

Unsere Stellung zur elsäß-lothringischen Frage war gegeben durch die bisherige Haltung der Partei, die sie stets in Uebereinstimmung mit der Partei in Elßaß-Lothringen vertreten hat. Auf Antrag aus Elßaß-Lothringen hat unser Parteitag in Jena 1913 zur Berner Konferenz einen Beschluß gefaßt, indem er erneut die Stellung der Partei zur elsäß-lothringischen Frage festlegte und aus sprach:

„Der Parteitag hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elßaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern möge.“

Dieser Beschluß ist vom Jenaer Parteitag einstimmig gefaßt worden. Der Beschluß ist den Auffassungen in der französischen Partei vollumfänglich gerecht geworden. Er hat sogar zu einer völligen und formellen Uebereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Partei in der elsäß-lothringischen Frage geführt. Kurz vor Kriegsausbruch, im Juli 1914, hat nämlich der allgemeine französische Parteitag den von uns in Jena gefaßten Beschluß zu dem seinigen gemacht! (Hört! hört!) Die französische Partei hat unserem zur elsäß-lothringischen Frage gefaßten Beschluß in aller Form ihre volle Zustimmung gegeben. Die Stellung, die wir in Stockholm zur elsäß-lothringischen Frage eingenommen, bedarf sich also völlig mit der damals geschaffenen Uebereinstimmung

zwischen der deutschen und französischen Partei. Wir können nicht zugeben, daß der damals wohlterwogene Standpunkt heute falsch sein soll. (Sehr richtig!) Wir müssen vielmehr diesen Standpunkt auch heute unerschütterlich festhalten. (Zustimmung.) Wir sind sicher, daß dabei die Partei bis auf den letzten Mann hinter uns steht. (Erneute Zustimmung.) Selbst dann aber, wenn die französischen Sozialisten heute anderer Meinung geworden sind, so müßten sie sich als Sozialisten doch die Frage vorlegen, ob es sich vom Standpunkt des Sozialismus rechtfertigen läßt, dieser Frage wegen den mörderischen Krieg noch weiter zu führen. (Sehr richtig!) Sie laden damit eine Verantwortung auf sich, die sie unseres Erachtens nie und nimmer rechtfertigen können. (Sehr richtig!)

In der belgischen Frage haben wir uns für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens erklärt. Die gleiche Auffassung haben Parteiauschuß, Reichstagsfraktion und Parteivorstand in ihren Friedensleitfäden vom 15. August 1915 vertreten. Talmudistische Auslegungen haben allerdings auch hier versucht, die Stellung der Partei in ein falsches Licht zu bringen. Ich kann mich dagegen auf eine entscheidende Tatsache berufen. Schon am 25. Juni 1915 haben Partei- und Fraktionsvorstand der Reichsleitung eine Protestschrift gegen Eroberungsgelüste überreicht, in der es heißt, daß „jeder Versuch, Belgien zu vergewaltigen, in welcher Form es auch immer sei“, von uns auf das entschiedenste bekämpft werden müßte. (Hört! hört!) In Stockholm haben wir uns auch erklärt zur Frage der Wiederherstellung, ein wenig umgrenzter, sehr allgemein gehaltener Begriff, der leicht zu Mißdeutungen und falschen Auffassungen führen kann. Wir haben dazu die Auffassung vertreten, daß eine einseitige Schadenersatzpflicht für die Kriegsschäden auf eine verschleierte Kontribution hinauslaufen müsse. Dagegen soll für die Staaten, die aus eigener Kraft ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung geschaffen werden.

Mit großem Nachdruck haben wir in Stockholm die Schaffung neuer internationaler Rechtsgarantien gefordert. Die Fragen der Abrüstung, des Weltfriedensgerichtsverfahrens, der Verkehrsfreiheit, der Sicherung des Welt Handels, der Kontrolle der Staatsverträge durch demokratische Volksvertretungen, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung haben wir einzeln behandelt und gestützt auf Beschlüsse von internationalen Kongressen, bestimmte Vorschläge unterbreitet. Schließlich haben wir bei unseren Verhandlungen in Stockholm uns ohne Vorbehalt zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen allgemeinen Sozialistenkonferenz in Stockholm bereit erklärt.

So haben wir zur Förderung der Verständigung auch in Stockholm getan, was wir konnten. Mit dem ganzen Ernst unserer sozialistischen Pflicht taten wir unser Bestes, um dem Menschenmorden Halt gebieten zu können. Herrschte auf allen Seiten das gleiche Pflichtbewußtsein, derselbe entschlossene Wille, dann hätte das Stockholmer Werk gelingen müssen. Dem holländisch-Scandinavischen Komitee haben wir von vornherein volles Vertrauen entgegengebracht. Das war durchaus gerechtfertigt. Von seinem aufrichtigen und ernstlichen Willen haben wir uns in Stockholm persönlich überzeugen können. Wir können auch heute offen und ehrlich zum Ausdruck bringen, daß wir seiner klugen Tatkraft und seiner großen Energie Dank und Anerkennung gollen. (Beifall.)

Aber ebenso offen muß ich aussprechen, daß nicht bei allen Beteiligten das gleiche Maß von gutem Willen und Ernst vorhanden war. (Sehr richtig!) Dabei habe ich die maßgebenden Kreise der Mehrheit der französischen Partei und der englischen Gewerkschaften im Auge. Wohl hat der Nationalrat der französischen Partei am 27. Mai d. J. nach der Rückkehr von Cadix und Moutet

aus Rußland die Beteiligung an Stockholm beschlossen. Er hat in seinem Beschluß sich auch für ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden im Sinne der russischen Formel ausgesprochen. Aber die Pariser Konferenz vom 11. August 1917, namentlich das Referat Brades und die Entschliebung dieser Konferenz ließen von Verständigungswillen wenig oder nichts mehr erkennen. Noch bedenklicher war eine Rede Thomas, die er am 12. August 1917 in Chambigny hielt, die in der „Humanité“ ausführlich veröffentlicht worden ist. Nach Form und Inhalt ließ diese Rede keinen Zweifel, daß die Vertreter der Parteimehrheit in Frankreich nicht zur Verständigung nach Stockholm gehen wollten. Ihr Aktionsplan für Stockholm mußte einem vielmehr die Meinung aufdrängen, daß man so nur verfahren kann, wenn man die Konferenz unmöglich machen will. (Sehr richtig!) Nebenfalls war von dem Willen zu positiver Friedensarbeit und zur Verständigung darin kein Hauch zu finden. Ueber die Verhandlungen und den Beschluß des Parteitags der Franzosen in Vorbeaug liegt bis zur Stunde ein zuverlässiger vollständiger Bericht nicht vor, insbesondere nicht über den Beschluß wegen der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz. Ich muß es mir deshalb versagen, auf die Stellungnahme des Parteitags von Vorbeaug hier näher einzugehen.

Die britische Arbeiterpartei hat nach mehrmaligem Schwanken auf ihrer Konferenz am 20. August 1917 die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beschlossen. Die endgültige Entscheidung hat man aber merkwürdigerweise abhängig gemacht von der Sozialistenkonferenz der alliierten Länder, die am 28. August 1917 in London zusammentrat. Dieser Konferenz hat die Arbeiterpartei Englands ein Memorandum zu den Stockholmer Fragen überreicht, das die russische Formel glatt ablehnt und Friedensziele aufstellt, die sich nur wenig unterscheiden von den Eroberungsplänen der Entente. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Eroberungsziele von der französischen Minorität, von den Russen und den sozialistischen Parteien Englands abgelehnt würden. Trotzdem aber oder vielleicht gerade deshalb beschloß die Konferenz der Alliierten, ehe sie in ihre eigentlichen Beratungen eintrat, daß nur einstimmig gefaßte Beschlüsse Gültigkeit erlangen könnten. Danach war von vornherein mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß diese Konferenz resultatlos verlaufen müsse. Tatsächlich ist es auch so gekommen. Diese Konferenz hat weder Beschlüsse zustande gebracht über die Beteiligung an einer allgemeinen Konferenz in Stockholm, noch eine Verständigung über die Stellung zur Kriegszielfrage. Die Folge davon war, daß die auf den 9. September 1917 anberaumte allgemeine Konferenz in Stockholm erneut, und zwar zum drittenmal verschoben werden mußte, diesmal sogar auf unbestimmte Zeit.

Ueber die Vorgänge auf der Konferenz der Alliierten in London hat ein Teilnehmer, der Führer der französischen Minorität, Jean Longuet, in der französischen Presse nähere Mitteilungen gemacht und unter anderem ausgeführt: Die französischen Delegierten erwecken durchaus trotz des formellen Beschlusses ihrer Partei den Eindruck, nur gekommen zu sein, um gegen die Stockholmer Konferenz zu arbeiten, währenddem die überwältigende Mehrheit der Delegierten Mandate für die Beschickung der Konferenz hatten. Das ging so weit, daß Shaw im schärfsten Tone ausrief: „Wann werden die französischen Vertreter mit ihrer Obstruktion aufhören?“ (Hört, hört!)

Shaw und andere haben auch vorzeitig die Londoner Konferenz verlassen mit der Erklärung, daß nicht die geringste Aussicht auf eine Einigung bestünde. Ist der Bericht von Longuet richtig, und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, dann sprechen diese Tatsachen für sich selbst und dann kann es keinem Zweifel unterliegen, wo die Verantwortung für das Scheitern der Stockholmer Konferenz liegt. (Sehr richtig!)

Wir haben uns nie in die inneren Verhältnisse anderer Länder eingemischt, das möchte ich auch heute nicht tun. Aber soviel darf ich doch wohl sagen: In der Bekämpfung der Verzweigung der Pöste hätten wir von den Sozialisten Auftrieb und Gewirksamkeit in den Ententeländern doch ein energischeres Auftreten erwarten dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Hätte es unsere Regierungen erlaubt, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu unternehmen, so wäre das für uns die Kraftprobe gewesen (Erneute Zustimmung), wir hätten es als unsere Ehrenpflicht betrachtet, unsere ganze Kraft und unsere ganze Entschlossenheit einzusetzen, um diesen Angriff auf unsere Friedensarbeit niederzuschlagen. (Stürmische Zustimmung.)

So wenig aber auch der bisherige Verlauf der Stockholmer Arbeit ermutigt, falsch wäre es deshalb, alle Hoffnung aufzugeben. Ueber die Friedenssehnsucht der Arbeiter aller Länder kann kein Zweifel bestehen. Das Proletariat leidet am meisten unter dem Kriege. Es kann aber auch — davon bin ich überzeugt — der Welt den Frieden bringen, wenn es sich zum ersten und entschlossenen Friedenswillen zusammenschließt. (Sehr richtig!) Wir haben rücksichtslos ausgesprochen, wie wir uns den Frieden denken. Wo sind die proletarischen Interessen, die nach dieser Stellungnahme noch eine Fortsetzung des Krieges verlangen? Man mag zur Vorgehensweise des Krieges, zur Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien in ihren Ländern zum Kriege stehen wie man will, sollen deshalb die Völker weiter bluten? Sollen deshalb die Arbeiterbataillone hüben und drüben weiter hingemäht werden? (Sehr wahr!) Jede sozialistische Partei hat unter dem Zwange des Notstandes und der Pflicht der Selbsterhaltung gehandelt. Das haben wir immer anerkannt. Selbstaufopferung kann die Internationale von der Arbeiterklasse keines Landes verlangen. Siehe das nicht das Leben der eigenen Arbeiterklasse opfern? Die Internationale kennt nur gleiche Pflichten und gleiche Rechte. (Sehr richtig!) Die Erklämpfung des Friedens kann deshalb nur das gleichzeitige und gleichmächtige Vorgehen der Sozialisten aller Länder sein! (Beifall.) Dazu war die Sozialdemokratie Deutschlands während des ganzen Krieges bereit, unabhängig hat sie diesem Ziel zugestrebt. Dazu steht sie auch heute noch. Ihr heißer Wunsch ist, daß die Stunde des Erfolges ihrer Bestrebungen bald kommt. (Beifall.)

Zum Schluß noch ein kurzes Wort an unsere Gegner. Sie triumphieren: die Internationale, die Sozialdemokratie seien bankrott. Ich fürchte nicht um die Zukunft der Internationale und der Sozialdemokratie. Der Krieg hat uns manche grausame Lehre gegeben, wir haben manches zulernen müssen, von unseren Grundfragen brauchen wir aber nichts preiszugeben. (Sehr richtig!) Der Krieg hat furchtbar in das Völkerverständnis hineingegriffen, wer aber glaubt, künftig seine Politik auf den Völkerverständnis aufbauen zu können, wird schwere Enttäuschungen erleben. (Sehr richtig!) Man frage nur unsere Soldaten an den Fronten, wie sie über den Chauvinismus unserer Philister, Professoren und Kriegsgewinnler denken. Die Hunderttausende Gefangenen, so bitter und dunkel auch ihr Los sein mag, sie werden mit demselben Gedanken in die Heimat zurückkehren, wie die Soldaten von der Front. Die Schrecken des Krieges, seine Opfer und Leiden, der Wiederaufbau des zerstörten werden gewaltige Antriebe zur Politik der Völkerverständigung sein. Und glauben etwa unsere Gegner, das kapitalistische Wirtschaftssystem habe im Kriege moralische Eroberungen gemacht? (Seiterkeit.) Die Ausbeutung der Notlage, die gäugelige Profitgier haben in der schwersten Zeit unseres Volkes Triumphe gefeiert! (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Gegner mögen auf der Hut sein, daß die sozialistische Flut nicht ihre Dämme durchbricht und über ihnen zusammen- schlägt.

Die großen Zukunftsaufgaben werden mit zwingender Logik Einheit und Geschlossenheit der Partei wiederherstellen. Die schweren Kämpfe der Zukunft werden aufräumen mit Eigenbrötelei, mit Lähmung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. Eiserne Notwendigkeit wird die Arbeiterklasse sammeln um das Banner der alten Sozialdemokratie, die bleibt, was sie war und ist, die Partei des Klassenkampfes, Kruferin und Führerin im Befreiungskampf der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Kassenbericht.

Berichterstatter Otto Braun: Parteigenossinnen und -genossen! Daß ich nicht mit den angenehmsten Empfindungen heute vor den Parteitag trete, um meinen Kassenbericht zu erstatten, das werden Sie mir alle nachempfinden, denn über Erzeuliches habe ich nicht zu berichten. Es liegen Ihnen die Kassenabschlüsse von vier Berichtsjahren vor. Die Zahlen, die Sie darin finden, sprechen eine so deutliche Sprache, daß ich es mir ersparen kann, noch sehr viel Worte zu machen. Obwohl von diesen vier Jahren ein Jahr noch ein volles Friedensjahr war und obwohl von dem zweiten Berichtsjahre noch vier Monate in die Friedenszeit gefallen sind, sind die Kassenabschlüsse doch allesamt überaus ungünstig. Infolge des Rückgangs der Einnahmen aus geschäftlichen Uebererschüssen um 362 000 Mark und der Gewährung eines größeren Darlehens an eine ausländische Bruderpartei schlossen wir schon das letzte Friedensjahr 1913/14 mit einem Defizit von 316 000 Mark ab. Wehnt man, daß wir normalerweise eigentlich mit einem Ueberschuß von 300 000 bis 400 000 Mark abschließen müßten, wenn wir Wahlkämpfen und sonstigen außerordentlichen Anforderungen gewachsen sein wollen, dann ergibt sich schon aus diesem ersten Kassenabschluß eine Verschlechterung unserer Parteifinanzen um circa 700 000 Mark. Die Parteifinanzen befanden sich also in einem sehr unerfreulichen Zustand, als das Unheil dieses schrecklichen Krieges über uns hereinbrach. Wie der Krieg auf unsere Organisationen und auf die geschäftlichen Unternehmungen der Partei eingewirkt hat, so hat er auch auf die Hauptkasse eingewirkt. Sie ersehen das aus dem Abschluß über die letzten drei Kriegsjahre. Mit Rücksicht auf die Papierknappheit und wegen Mangels an Verwaltungskräften in den Organisationen des Landes mußten wir in diesem Jahre davon Abstand nehmen, den organisatorischen und finanziellen Stand der einzelnen Kreisorganisationen des Landes in Tabellenform dem Parteitag vorzulegen. Ich kann indessen versichern, daß die Kassen der 30 Bezirksorganisationen von einzelnen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, wohl alle dieselbe Tendenz der Entwicklung aufweisen wie die Hauptkasse. Infolge Rückgangs dieser Beitragseinnahmen, dem die Herabsetzung der Ausgaben nicht immer in entsprechendem Maße angepaßt werden konnte, sind die vorhandenen Reserven meist vollständig aufgebraucht. Wo solche nicht vorhanden waren, mußte die Hauptkasse schon helfend mit Zuschüssen eingreifen. Das war besonders bei solchen Kreisorganisationen der Fall, die sich Einrichtungen geschaffen hatten, deren Aufrechterhaltung im Hinblick auf die zukünftigen Aufgaben der Organisation notwendig und erwünscht war, die aber zurzeit aus eigenen Mitteln nicht erhalten werden konnten. Es hat sich hier auch gezeigt, daß es nicht ganz unbedenklich ist, wenn örtliche Organisationen schon sich Sekretariate und sonstige Einrichtungen in einer Zeit schaffen, in der sie noch nicht in der Lage sind, finanziell diese Einrichtungen zu erhalten und zudem auch noch für außergewöhnliche Fälle Rücklagen zu machen. Diese Organisationen werden, wenn außerordentliche Anforderungen, oder wenn die Beiträge aus irgendwelchen besonderen Anlässen zurückgehen, sofort in Not geraten. (Sehr wahr!) In dem

Rückgang der Beitragseinnahmen der Hauptkasse spiegelt sich ja der Rückgang der Beitragseinnahmen auch in den örtlichen Organisationen wider. Die örtlichen Organisationen sind ja gewissermaßen die Quellen, aus der der Hauptkasse in der Hauptsache die Mittel zufließen. Allerdings ist der Einnahmerückgang an Beiträgen in den Kreisorganisationen nicht so groß, wie er in dem Hauptkassenabschluß in Erscheinung tritt, denn einigen Organisationen mußten wir die Beiträge stunden und andere, darauf hat ja schon Ebert hingewiesen, Groß-Berlin, Leipzig u. a., wo die leitenden Genossen bereits seit längerer Zeit die Spaltung der Partei vorbereiteten und betrieben, hielten längeredessen schon seit April vorigen Jahres und noch länger die Beiträge zurück, um sie dann nach Gründung der Unabhängigen Partei der Kasse dieser neuen Partei zuzuführen. Es erhellt auch aus diesem Vorgang finanzieller Natur, wie fernab die Parteigenossen der Wahrheit stehen, die noch immer behaupten, Parteivorstand und Parteimehrheit hätten die Spaltung der Partei vorbereitet und auch durchgeführt. (Sehr richtig!)

Die Einnahmen der Hauptkasse von Beiträgen sind von 786 487 Mark im letzten Friedensjahr bis auf 161 778 Mark im letzten Berichtsjahr zurückgegangen. Das ist ein Rückgang um etwa 80 Prozent, der den Mitgliederrückgang noch übersteigt. Die Differenz ergibt sich ja aus dem, was ich ausgeführt habe. Im allgemeinen deckt sich der Rückgang an Beitragseinnahmen mit dem Rückgang der Mitgliederzahl. Der nach Abschluß des letzten Berichtsjahres im April noch eingetretene Mitgliederverlust durch Uebertritte zu den Unabhängigen dürfte kaum einen wesentlichen Rückgang der Beitragseinnahmen der Hauptkasse zur Folge haben, da die in Frage kommenden Kreise ja bereits im letzten Berichtsjahre keine Beiträge mehr an unsere Partei abgeführt haben und da es sich auch nicht um eine so erhebliche Zahl von Mitgliedern handelt. Die von den Unabhängigen zu propagandistischen Zwecken für ihre Sonderorganisation in die Welt gesetzte Zahl von 120 000 zahlenden Mitgliedern, die dürfen wir vorerst nicht besonders ernst nehmen. (Sehr richtig!) Denn wenn diese Zahlenangabe, für die bisher jede tatsächliche Unterlage fehlt, zur Wahrheit in demselben Verhältnis steht, wie die sonstigen von jener Seite in die Welt gesetzten Nachrichten, dann können wir ruhig einige Abstriche davon machen. (Heiterkeit und sehr gut!) In Wahrheit hat die durch die beispiellos gewässige Heßarbeit jener Seite getriebene Parteizerrüttung zahlreichen früheren Parteianhängern die Zugehörigkeit zur Partei überhaupt vererelt, sie sind davongegangen, sie gehören weder uns noch jenen an und den Schaden hat die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands zu tragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere wichtigste und dringendste Aufgabe ist, gerade diese Kreise wieder als tätige und zahlende Mitglieder zu gewinnen. Die ungünstige Gestaltung unserer Kassenverhältnisse ist aber nicht nur auf den Rückgang der Einnahmen aus den Beiträgen zurückzuführen, sie findet auch durch den fast völligen Wegfall der Einnahmen aus den Ueberschüssen der Parteibeiträge ihre Erklärung. Diese Ueberschüsse bildeten in den früheren Jahren einen großen Teil unserer Gesamteinnahmen. Unsere Geschäftsunternehmungen leiden naturgemäß schwer unter den Wirungen des Krieges. Die Betriebe sind auf eine viel größere Tätigkeit eingestellt, als sie jetzt im Kriege möglich ist. Außerdem liegen sich, schon im Hinblick auf die Zukunft, die Betriebe nicht wesentlich einschränken.

Nun zu den Ausgaben. Die Ausgaben liegen sich natürlich nicht dem Rückgang der Einnahmen entsprechend anpassen. Wir hatten uns in den letzten Friedensjahren viel zu sehr daran gewöhnt, aus dem Vollen zu wirtschaften. (Sehr richtig!) Wir haben zahlreiche zentrale Einrichtungen ge-

schaffen, die die finanziellen Kräfte der Partei stark in Anspruch nahmen, ja ihre finanzielle Kraft oft fast überfordert. Ueber die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und den Wert einiger dieser Einrichtungen besteht jetzt in der Partei eine sehr geteilte Auffassung. (Sehr richtig!) Aber sie sind auf Parteitage beschlossen worden, und was ein Parteitag beschließt, ist immer zweckmäßig, notwendig und wertvoll. (Weiterkeit.) Da die Kostenbedeckung immer erst nach der Beschlußfassung kommt, hat sie meist auf die Beschlußfassung leider sehr wenig Einfluß. Ja, es gehörte früher bei der Erörterung dieser Fragen, besonders wenn es sich um Bildungsfragen handelte, geradezu zum guten Ton, jeden Hinweis auf die Kostenfrage fiskalisch, bürokratisch oder banauisch abzutun. (Weiterkeit.) Diese Einrichtungen haben uns in der Kriegszeit stark belastet und wir mußten zu einschränkenden Maßnahmen übergehen, deren finanzielles Ergebnis aber erst am Schlusse des laufenden Geschäftsjahres in die Erscheinung treten dürfte. Andererseits sind infolge der zunehmenden Verteuerung aller Materialien die Drucksachen und sonstigen Agitations- und Verwaltungskosten so gestiegen, daß ein wesentlicher Teil der Erpaumisse dadurch wettgemacht wurde. Ferner war es notwendig, allen Parteiangestellten wegen der fortgesetzten Teuerung eine Teuerungszulage zu gewähren. Wir hatten im Hinblick auf unsere Kassenlage sehr lange damit gewartet und sie nur gewährt im Rahmen unserer Finanzverhältnisse. Diese Mehrausgaben werden auch erst im Abschluß des laufenden Geschäftsjahres in die Erscheinung treten.

Für die Hälfte unserer Ausgaben mußten wir verwenden, um die Presseunternehmungen der Partei aufrechtzuerhalten. Im letzten Jahr mußten für diesen Zweck allein 450 000 Mk. aufgewendet werden. Wir hatten nach Kriegsausbruch beschlossen, alle Presseunternehmungen der Partei über den Krieg hinaus aufrechtzuerhalten, damit sie später mit aller Kraft für die Partei wirken könnten. Als wir diesen Beschluß faßten, haben wir allerdings nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet und mit all den betrieblichen Beschwerden und geschäftlichen Hemmnissen, die jeder Tag neu erregt. Papier und alles für die Herstellung der Zeitungen erforderliche Material sind ungemein im Preise gestiegen und steigen fortgesetzt weiter. Dem Personal mußten mehrfach Teuerungszulagen bewilligt und den Familien der im Felde stehenden Angestellten Unterstützungen gewährt werden. An solchen Unterstützungen hat die Gesamtpartei bis heute schon über eine Million Mark bezahlt. (Hört! hört!) Dazu kommen die Erschwerungen in den Betrieben durch die Einberufungen zum Heeresdienst, insbesondere die starke Inanspruchnahme der Arbeitskräfte durch die Kriegsindustrie. Diesem letzteren Umstande ist es zuzuschreiben, daß es den Zeitungen immer schwerer wird, die notwendigen Potentkräfte zu erhalten. Unter dieser Katastrophe leiden viele Zeitungen ganz empfindlich. Alle diese Mehrausgaben konnten durch Erhöhungen des Abonnements und den Einnahmen aus den Anzeigen nicht ausgeglichen werden, schon weil für die Anzeigen der Kriegsindustrie unsere Presse nicht in Betracht kommt und die übrigen Geschäftskreise es infolge des zunehmenden Warenmangels in immer größerem Maße unterlassen, in den Zeitungen ihre Ware anzupreisen. Unsere Presse hat somit finanziell einen sehr schweren Stand. Gleichwohl haben wir sie bis heute durchgehalten und ich hoffe, daß es uns gelingen wird, sie über den Krieg hinaus über Wasser zu halten. (Bravo!)

Nun ist im Zusammenhang mit der Sorge um das wirtschaftliche Ergehen unserer Presse gegen die Partei der Vorwurf erhoben worden, sie habe sich durch diese Sorge in ihrer Politik nachteilig beeinflussen lassen. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage. Wir würden gewiß pflichtbewußten handeln, wollten

wir die mit so unsäglichen Mühen und Opfern der Parteigenossen aufgebauten Presseunternehmungen, in denen Millionen investiert sind, mit deren Bestand Tausende von Arbeiter- und Angestelltenengpässen verknüpft sind und die wir jetzt und noch dem Kriege als Werbe- und Kampfmittel gebrauchen, leichtfertig auf's Spiel setzen. Das haben wir nicht getan und werden das auch in Zukunft nicht tun. Aber wir haben uns auch niemals durch die Sorge um unsere Unternehmungen davon abhalten lassen, die Politik zu treiben, die das Interesse der Arbeiterklasse erheischt, und die unsere sozialistischen Grundsätze geboten. Auch ist es eine ganz halblöse Verdächtigung, um nicht zu sagen eine niederträchtige Verunglimpfung, von der Parteileitung zu behaupten, sie habe die finanzielle Abhängigkeit zahlreicher Parteiorgane von der Hauptkasse zu einer Einflußnahme auf die Redaktionsführung dieser Zeitungen benutzt, ja versucht, durch Gewalttätigkeit ihrer Politik in einzelnen Blättern Geltung zu verschaffen. Würde dieses bloße Schlagwort in der Rüstkammer des Parteivorstandes nur als demagogisches Klangstück in der Rüstkammer der Unabhängigen prunkten, ich würde kein Wort darüber verlieren. Aber es spukt auch noch in den Köpfen einzelner Parteigenossen. Deshalb muß ich mit einigen Worten darauf eingehen. Wir haben niemals versucht, die Redaktionsführung der von der Hauptkasse finanzierten Blätter im Sinne der Parteimehrheit einseitig zu beeinflussen. Soweit auf die Redaktionsführung eingewirkt worden ist, geschah es durch allgemeine Richtlinien und Informationen, die als Ratsschlüsse an die gesamte Presse versandt wurden und von den Redaktionen beachtet oder auch nicht beachtet zu werden brauchten. Wir haben niemals das Recht der freien Meinungsäußerung der Redakteure angezweifelt, soweit sich ihre Tätigkeit im Rahmen der Parteiorganisation bewegte. Wir haben eine Nachsicht, ja eine Langmut bewiesen, die bis zur Grenze des Erträglichsten, ja bis zur Schädigung der Partei ging. (Zustimmung.) Das ging so weit, daß das Treiben der früheren Redaktion des „Vorwärts“ geradezu zu einem Skandal ausartete. (Sehr richtig!) Ich habe nicht die Absicht, den ganzen „Vorwärts“-Konflikt in seinen Einzelheiten aufzurollen. Was darüber zu sagen ist, finden Sie in den Protokollen des Parteiaususses und in der besonderen Broschüre, die den Delegierten vorliegt. Ich kann ergänzend nur sagen, daß, als der Parteivorstand eingriff, das Bestehen des „Vorwärts“ auf dem Spiel stand, infolge des Verhaltens der alten Redaktion. Wir mußten das Weitererscheinen des Blattes ermöglichen. Nur durch die Maßnahmen, die der Parteivorstand ergriff, war der Bestand des Unternehmens und das weitere Erscheinen des Zentralorgans sicherzustellen. Gewiß, die Redaktion und die unter ihrem Einfluß stehende Beauftragte billigten die Maßnahmen des Parteivorstandes nicht und die Mehrheit der Berliner Parteigenossen, die zwei Jahre in diesem Sinne beeinflusst waren, schloß sich ihnen an. Sie blieben bei ihrer Auffassung auch, als wir ihnen klar vor Augen führten, was der Ruin des „Vorwärts“ bedeuten würde. Es ist bekannt, wie sich die Dinge weiterentwickelt haben. Als die Berliner Körperchaften ihren Willen nicht durchsetzen konnten, versuchten sie den „Vorwärts“, das einzige sozialdemokratische Blatt des Groß-Berliner Gebietes, durch den Boykott zugrunde zu richten. Die alte Redaktion nahm das Recht für sich in Anspruch, diesen Boykott zu empfehlen und zu fördern. Wir haben erst jetzt beim Aufräumen der Redaktionszimmer ganze Pakete solcher Boykottflugblätter vorgefunden. (Hört! hört!) Darin heißt es u. a.:

„Die Generalversammlung empfiehlt allen Parteigenossen die Zahlung des Abonnementsbeitrages für diesen „Vorwärts“ einzustellen. Wer es mit den Grundjahren der Demokratie und des Sozialismus ehrlich meint, darf nicht länger dieses Reptilienblatt des Parteivorstandes unterstützen.“

Personen selbst bis in die Generalkommission hinein — ob sie es gewollt haben oder nicht, kann ich nicht untersuchen, ich will ihnen nicht böse Absichten unterstellen — durch ihre Haltung zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die Presseverhältnisse hat Braun fast harmlos dargestellt, er sagt, der Parteivorstand habe den einzelnen Redaktionen in ihrer politischen Stellungnahme den größten Spielraum gelassen. Ob das der Parteitag in seiner Wahrheit wirklich so auffaßt, muß ich ernsthaft bezweifeln. (Otto Braun: Warten Sie es doch ab!) Wir kennen ja den Einfluß der Redakteure. Ich habe sehr oft die Ueberzeugung gewonnen, daß Redakteure, die dem Blatt ihre politische Ansicht aufdrängen, der Partei nicht immer nützen, sondern die Parteibewegung am Orte oft sehr geschädigt haben. (Sehr richtig!) Wenn man heute in diesem Sinne und morgen im entgegengesetzten Sinne die Zeitung redigiert, dann muß das natürlich bei den Parteigenossen tiefe Erbitterung, Empörung und schließlich Desorganisation herbeiführen. Insofern, sage ich wieder, sind die Maßnahmen des Parteivorstandes in einzelnen Fällen nicht geeignet, versöhnlich zwischen den verschiedenen Richtungen zu wirken, sondern sie mußten das Gegenteil hervorgerufen. Wie man gegen einzelne Personen vorgeht, wie man die Umzangierung oder sagen wir mal die Umänderung in den einzelnen Redaktionen vollzogen hat, das muß doch auch die schärfste Mißbilligung hervorgerufen. Ich erinnere nur an die „Gleichheit“ und an die „Neue Zeit“. Genossin Zeitin und Genosse Kautsky sind plötzlich auf Knall und Fall entlassen worden. (Lebhafter Widerspruch.) Der Parteivorstand hat gewiß sehr bestimmte, wenn auch nur geschäftliche Absichten dabei gehabt, aber vergessen wir nicht, Kautsky hat die „Neue Zeit“ gegründet, er hat sie 35 Jahre lang geleitet, sie war sein Lebensmerk, und deshalb kann ich mich mit seiner Entlassung nicht einverstanden erklären, sondern muß ichärftsten Widerspruch dagegen erheben. (Lebhafte Oh!) Würde ein bürgerlicher Verleger so verfahren, so würden wir alle empört darüber sein. (Widerspruch.) Wenn nach Golsa, nachdem die Trennung unzweifelhaft vollzogen war, die Entlassung erfolgt wäre, dann hätte ich das verstehen können. (Zuruf: Ah!) Aber nachher hat man noch Monate verstreichen lassen, und dann erfolgte plötzlich die Entlassung auf Knall und Fall. Man wirft Kautsky vor, er habe mit der Bewegung und dem Parteileben nicht genügend Fühlung, er sei intolerant gewesen, er habe die Meinungsfreiheit unterdrückt. Ich brauche Kautsky nicht in Schutz zu nehmen, das muß er selbst tun, aber der Umstand, daß die alle Redaktion den dem Parteivorstand zur Verfügung gestellten Artikel von Adolf Braun aufnehmen wollte, während die neue Redaktion ihn abgelehnt hat, ist doch ein Beweis dafür, daß die neue Redaktion auch nicht tolerant ist. (Ebert: Die Darstellung ist ja ganz falsch!) Wir sehen, daß die neue Redaktion in bezug auf Toleranz auch Fehler macht.

Dr. Adolf Braun-Mürnberg: Bevor ich mich zur Begründung unserer Anträge wende, ein Wort zu den Ausführungen von Gützmann. Ich wollte mich selbstverständlich nicht in die Angelegenheit der „Neuen Zeit“ mischen, weil mir nichts ferner liegt als das Persönliche und weil ich mit Kautsky viel zu sehr befreundet bin seit meinem siebenzehnten Lebensjahre, als daß ich mich für objektiv halten könnte, dem Parteitag meine Meinung aufzudrängen. Aber in dem Fall liegt es so, daß Cunow ausdrücklich erklärt hat, daß dieser Artikel nicht aufgenommen wird und nicht aufgenommen werden kann. (Widerspruch von Ebert.) Ebert ist nicht genau unterrichtet. (Ebert: Ich bin sehr genau unterrichtet!) Die Briefe sind zur Stelle, ich habe sie Gützmann gegeben, er wird so freundlich sein, sie mir zu reichen, und dann werde ich die Stelle verlesen. Im übrigen hat Dietz mir noch eine Depesche geschickt, worin nur die zwei Worte standen: „Artikel abgelehnt.“

Cunow schreibt mir am 1. Oktober:

„Wie Sie wohl gehört haben werden, habe ich die Redaktion der „Neuen Zeit“ übernommen und hoffe, daß Sie auch ferner an dieser Wochenzeitung unserer Partei mitarbeiten werden. Auch würde es mir lieb sein, wenn Sie weiter einen Teil der einlaufenden Bücher besprechen wollten. In welchem Sinne ich die „Neue Zeit“ halten möchte, habe ich im Einführungsartikel der Nr. 1 näher dargelegt.“

Leider habe ich, da der Redaktionswechsel sich in aller Eile vollzogen hat, nicht gewußt, daß schon ein Artikel aus Ihrer Feder über den Würzburger Parteitag im Saß stand. Ich hatte daher bereits einen Artikel über dieses Thema von einem anderen Mitarbeiter erbeten und in Händen. (Hört! hört!) Zwei Artikel hintereinander über das gleiche Thema kann natürlich die „Neue Zeit“ nicht bringen.“ (Zuruf: Na also!) Die „Neue Zeit“ hat über die verschiedensten Gegenstände bereits zumal eine Reihe von Artikeln gebracht.

Ich muß Sie daher bitten, mir zu gestatten, Ihnen Ihren Artikel zur Verfügung stellen zu dürfen. Vielleicht haben Sie dafür andere Verwendung. Selbstverständlich werde ich Dietz ersuchen, Ihnen dafür Honorar anzugeben. (Zuruf: Das kann man doch nicht als Tendenz auslegen!) Sie werden alle Briefe kennen lernen. Ich glaube keine Veranlassung zu geben, daß Sie mir so das Neben erschweren. Ich schrieb am 3. Oktober:

„Ich glaube, Sie behandeln die Angelegenheit meines Parteitagartikels nicht, wie ich es zu beanspruchen habe. Damit, daß Sie den Verlag veranlassen wollen, mir den Artikel zu honorieren, kann doch diese Angelegenheit nicht erledigt werden. Ich empfinde diese Ordnung als die Erledigung einer Ihnen unangenehmen Nebensächlichkeit und als eine nebensächliche Behandlung einer für mich als Parteigenossen und Schriftsteller sehr wichtigen Sache. Sie erledigen den Fall wie ein Verleger, der dem Pennhalmear den Bettel hintwirft, für eine nicht aufgenommene Notiz über einen Straßenbahnunfall. Ich muß nach Ihrem Briefe annehmen, daß Sie meinen, daß ich, ein überbeschäftigter Mann, den Artikel für die „Neue Zeit“ geschrieben habe, um 30 oder 40 Mk. Honorar zu erhalten. Diese Auffassung empfinde ich höchst unangenehm. Ich lehne auch die von Ihnen vorgeschlagene Erledigung ab.“

Drei von allen Illusionen halte ich doch die Veröffentlichung meines Artikels in der „Neuen Zeit“, die mir ausdrücklich zugesagt war, für wichtig und für notwendig. Ich sehe gar keinen Anlaß, warum Sie meine älteren Rechte mißachten und mir das Angebot einer Entschädigung für die Nichtveröffentlichung machen, statt dieses Angebot dem Genossen zu machen, bei dem Sie den Artikel bestellt haben.

Ich lege den größten Wert darauf, daß mein Artikel in der „Neuen Zeit“ erscheint, und ich sehe nicht den geringsten Anlaß für mich und auch nicht für die Partei, von diesem Anspruch abzugeben. Mit bestem Gruß Ihr.“

Darauf hat Cunow mir geschrieben:

„Ihren Brief vom 3. d. M. habe ich erhalten, begreife aber Ihre Entzündung nicht, denn weder bin ich Ihrer literarischen Ehre noch Ihrer Ehre als Parteigenosse zu nahe getreten. Es mag Ihnen der Redaktionswechsel der „Neuen Zeit“ unangenehm sein, doch bietet diese persönliche Veränderung keinen Anlaß, einen derartigen Ton anzuschlagen. Aber ich möchte nicht in gleicher Weise antworten. Wie ich schon geschrieben habe, war ich gezwungen, in wenigen Tagen Stoff für die Nr. 1 der „Neuen Zeit“ zu be-

schaffen und habe daher einen Artikel über den Parteitag bestellt und in Satz gegeben, ohne zu wissen, daß von der früheren Redaktion schon ein ähnlicher Artikel aus Ihrer Feder akzeptiert und nach Stuttgart gesandt war. Erst aus den Abzügen ersah ich hinterher, daß bereits ein Artikel über den Parteitag vorlag. Um nun Ihren Artikel nicht veralten zu lassen, sondern Ihnen Gelegenheit zu geben, ihn noch vor Beginn der Würzburger Tagung anderwärts zu veröffentlichen, habe ich Sie dann unter Darlegung des Sachverhalts gebeten, Ihnen den Artikel zurückstellen zu dürfen, indem ich hinzufügte, daß Ihre Honoraransprüche an den Verlag durchaus nicht berührt werden. Die Verpflichtung, alle von der früheren Redaktion akzeptierten Artikel einfach abzubringen, kann ich nicht anerkennen.

(Hört! hört! und Sehr richtig!)

In diesem Fall handelt es sich hier doch gar nicht um eine Ablehnung, sondern um ein durch die Abkündigung der Redaktionsübernahme, nicht durch meine Schuld herbeigeführtes Mißgeschick. Um nicht inzwischen weitere Zeit verstreichen zu lassen und Ihnen die anderweitige Verwendung des Artikels freizuhalten, lege ich den von Stuttgart erhaltenen Abzug bei.

Ich habe darauf geantwortet:

„In meinem letzten Briefe habe ich mich in keiner Weise über den Redaktionswechsel geäußert und auch keiner persönlichen Verstimmung Ausdruck gegeben, wohl aber meinem Erstaunen, daß die neue Redaktion einen sich um die Einigung der Partei bemühenden Artikel abgelehnt hat, obgleich sowohl in Nr. 1 wie Nr. 2 der „Neuen Zeit“ die Möglichkeit der Veröffentlichung dieses Beitrags gegeben war.

Ich habe es überaus peinlich empfunden und dem auch Ausdruck gegeben, daß Sie meine Absicht, diesen Artikel in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen, lediglich als eine Geldangelegenheit zu betrachten bestanden. Ich sehe in der Nichtveröffentlichung meines Artikels einen Widerspruch Ihres Programmartikels, der für die Mitarbeit der „Neuen Zeit“ nicht die Voraussetzung aufgestellt hat, daß man mit dem Redakteur einer Meinung zu sein habe.

Ich bedauere es auf das Lebhafteste, daß mir für meinen im Interesse der Einigung der Partei geschriebenen Artikel der Raum der „Neuen Zeit“ versperrt wurde.“

Es ist mir sehr peinlich gewesen, diese Angelegenheit zu behandeln, und ich möchte Sie bitten, meine weiteren Ausführungen ohne jeden Zusammenhang damit zu betrachten. (Vorstehender Auer: Der Parteitag ist wohl damit einverstanden, wenn die Verlesung der Briefe nicht in die Debatte eingerechnet wird. — Zustimmung.) Dieser verständliche Ton des Vorstehenden wird, glaube ich, unseren Verhandlungen ein gutes Prognostikum sein. Gefühl und Verstand, ökonomische Erwägungen, Erkenntnis der Gegensätze in der Gesellschaft und Ausblick in die Zukunft, all die gewaltigen Erscheinungen, die sich in der Evolution der kapitalistischen Produktionsweise während des Krieges gezeigt haben mit allen Wirkungen auf die Arbeiterklasse, die wir heute ahnen und mit ungeheurer Gewalt nach dem Kriege empfinden werden, müssen uns trotz aller Enttäuschungen veranlassen, für die Einigung zu wirken. In einem auffallend guten Artikel des „Vorwärts“ wurde vor wenigen Wochen die Frage der Einigung klug und sachlich behandelt. Dort wurde gesagt, daß die Mehrheit auf ihrem Standpunkt stehen und ihren Standpunkt vertreten müsse, aber daß auch die Unabhängigen, wenn sie Unabhängige bleiben wollten, keine andere Politik machen könnten, als sie machen. So sehr mir dieser Artikel gefallen hat, ich hätte das in dieser Form nicht geschrieben, denn bei

den Unabhängigen wird sehr viel gesagt, was von ihrem Standpunkt aus gar nicht notwendig wäre. (Zustimmung.) Es geschieht das nur, um gegenseitige Erbitterung zu erzeugen. Ich werde mir, was die Unabhängigen betrifft, außerordentliche Zurückhaltung auflegen, so sehr es mich reizen würde, den Ton der „Leipziger Volkszeitung“ zu behandeln und die Art, wie sie den Parteistreit behandelt und wie sie persönliche Angriffe vorbringt, wie sie auch die unpassendste Angelegenheit nicht vorübergehen läßt, ohne in bespottlicher Weise von „Regierungssozialisten“ zu reden. Ich muß das unterlassen, weil der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ in diesem Saale ist, aber nicht antworten kann. Ich weiß aber auch, daß es Zeitungen der Mehrheit gibt, wenn es erfreulicherweise auch nur wenige sind und immer weniger geworden sind, die von den Unabhängigen als von Anarcho-Sozialisten sprechen. Dadurch ist noch keiner überzeugt worden, daß man den Gegner verhöhnt und beschimpft. (Sehr richtig!) Gerade die sozialdemokratische Partei vermag nur dadurch Anhänger zu gewinnen, daß sie sachlich überzeugt und den anderen zeigt, daß man auf dem richtigen Wege ist. Wenn man täglich 200 mal das Wort von den „Regierungssozialisten“ liest, so stumpft das ab, genau so wie die längere Dauer des Krieges das Geschimpfe auf die Feinde wirkungslos gemacht hatte. Die Notwendigkeit der Einigung wird sich im Kampfe mit den bestehenden Klassen aufdrängen bei jeder Gelegenheit, bei jeder Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung Deutschlands, über die Regelung unserer finanziellen Verhältnisse und so fort. Mit dem Ton der Parteipresse wird nichts erreicht. So bitter es für mich ist und so sehr es mich schmerzt, ich muß leider sagen, daß die Parteipresse heute nicht mehr der Ausdruck der Stimmung in der Partei wie im Frieden ist. (Sehr richtig!) Wenn wir Parteiredakteure selbst kritisch gegen uns sind, müssen wir uns aufpassen, daß wir gar nicht mehr der richtige Ausdruck der parteigenösslichen Stimmungen sein können. Vor dem Kriege war ich fast jeden Abend im Kreise der Parteigenossen, in Sitzungen, Versammlungen usw. Dafür gibt es heute fast gar keine Gelegenheit. Wir sind durch den Krieg in eine gewisse Zwangslage gebracht worden, wir müssen die Einwirkung der Partei und der Parteigenossen in viel stärkerem Maße entbehren, als es früher der Fall war. Mit wem kommen wir heute zusammen? Mit einigen wenigen Parteigenossen, die meist in Nerttern sitzen, mit älteren Leuten, die reklamiert sind und seit vielen Jahren nicht mehr der eigentlichen kämpfenden Garde angehören. Die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen kann heute am Parteileben nicht mehr wie früher teilnehmen und so bildet sich in der Sozialdemokratie eine „öffentliche Meinung“, die mit der wahren Stimmung der Arbeiter nicht zusammenfällt. (Zustimmung.) Kommt man aber einmal mit den Arbeitern zusammen, trifft man den richtigen Ton in großen Versammlungen, so sieht man, daß der Wunsch nach Einigung in hohem Maße vorhanden ist. Wir entscheiden aber und können nicht anders in hohem Maße vorhanden ist. Wir entscheiden aber und der wenigen im Vordergrund stehenden Parteigenossen. (Zustimmung.) Diese haben sich aber zum größten Teil in ihren Anschauungen festgelegt und können nicht mehr zurück. Ganz isoliert ist natürlich die Presse nicht, wir leben auf feiner Insel. Daher können wir auch an der Presse ein starkes Abflauen des Parteistretes beobachten, bei den Unabhängigen freilich viel weniger als bei uns. Mit Recht hat der „Vorwärts“ in dem angezogenen Artikel gesagt, die Unabhängigen würden gar keine Gipfelnberechtigung haben, wenn sie nicht auf uns schimpfen würden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Deshalb schimpfen sie alle Tage und es vergeht keine Stunde, in der sie nicht geschwiehert sind als wir. Wir wissen aus der parlamentarischen Praxis auch der Sozialdemokratie, daß die links stehenden Parteien immer das Bedürfnis haben, radikaler zu sein als die

daß er eine bestimmte Richtung begünstigte. Wir haben es als eine Schande empfunden, daß Liebknecht von der Partei im Stich gelassen wurde. (Widerspruch.) Bei den Massen ist dieser Eindruck vorhanden. (Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nicht immer objektiv gewesen, er wird sich nicht selbst anklagen, deshalb sollten wir auch jetzt seine Ausführungen kritisch bewerten. Geht die Wirkkraft so weiter, dann gelangen wir auf einen toten Punkt. Wir dürfen nicht zur Schleppenträgerin der bürgerlichen Parteien werden. (Unruhe.) Die größte Sorge ist nicht, zu verhindern, daß die Arbeiter zu den Unabhängigen gehen, sondern daß sie indifferent werden. Eine Partei, die die Schleppenträgerin der bürgerlichen Parteien ist, zieht die Arbeiter nicht an. (Zurufe.) Wollen Sie bestreiten, daß einer solche Verbindung in dem Mittelblock vorhanden ist? Wir wäre es viel lieber, wir könnten mit den Unabhängigen einen Block schließen. (Zuruf: Die gehen mit den Konservativen! — Zustimmung.)

Drumme-Lübke: Wenn man sich zur Bekämpfung der Partei durch die Unabhängigen ins Gedächtnis zurückruft, ist es gewiß nicht leicht, einen Einigungsantrag zu begründen, wie mir die Aufgabe zuteil geworden ist. Es ist auch hier wie im Kriege. Zerstören ist leicht, das Wiederaufbauen geht langsamer von statten und wird viel Mühe erfordern. Unser Antrag 4 von Lübke ist übrigens von zwei unabhängig gesinnten Genossen gestellt worden. Ich habe den Genossen damals schon gesagt, daß sie bei ihren Bestimmungsfreunden wenig Entgegenkommen finden würden. Meine Vermutung, daß die Unabhängigen von einer Einigung nichts wissen wollen, trifft bekanntlich zu. In der „Leipziger Volkszeitung“ hat uns Franz Mehring mit einem Leichnam verglichen. Abgesehen von der Geschmacklosigkeit dieses Vergleichs müßte auch Mehring wissen, daß ein Leichnam nicht in der Lage wäre, „Verföhnungs-schmalmeien“ zu blasen (große Heiterkeit), wie Mehring damals seinen Artikel überschrieben hatte. Wenn die Unabhängigen uns mit einem Leichnam vergleichen, so könnten wir ihre Schöpfung mit einem totgeborenen Kind vergleichen. (Sehr gut!) Lediglich die Einsicht, daß nur eine geschlossene Phalanx Macht auszuüben in der Lage ist, nicht aber ein zersplitterter Haufen, veranlaßte die Lübecker Genossen, dem Parteitag ihren Antrag zu unterbreiten. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die uns in Zukunft bevorstehen, bitte ich Sie, die Einigungsanträge anzunehmen. Vergessen wir die Beleidigungen durch die feindlichen Brüder. Wenn man die Auseinandersetzungen im „Vollstaal“ und im „Neuen Sozialdemokraten“ (anfangs der Vier Jahre) vergleicht mit dem Ton, der heute in der „Leipziger Volkszeitung“ und anderen unabhängigen Organen angeschlagen wird, so trifft auch hier das Wort des alten Jenaer Studentenliedes zu: „Einst alles wie heut“. Aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich 1875 nach einem ebenso wüsten Bruderkampf wie er in diesen Jahren tobt, für vierzig Jahre zu einigen verstanden. Und so wird das auch in Zukunft wieder geschehen müssen. Die Massen verlangen die Einigung, die Feldgrauen verlangen sie ebenfalls. Unsere Hauskassierer werden fortgesetzt beim Beitragsammeln mit Vorwürfen überschüttet, daß man sich gegenseitig herumtreibt und daß es zur Spaltung gekommen ist. Die Arbeiter wünschen, daß alles versucht wird, die Arbeiterschaft wieder zusammenzubringen. Reichen wir deshalb die Hand zur Versöhnung. Wird sie zurückgewiesen, so trifft nicht uns die Schuld, sondern dann fällt die Verantwortung auf jene, die von einer Einigung nichts wissen wollen. (Sehr gut!)

Sollmann-Köln: Wenn auch wir im Rheinland Einigungsanträge gestellt haben, so sind wir doch nicht blind, gegen die unleugbar großen Ausschreitungen, die von den Unabhängigen uns gegenüber begangen worden sind. Man hat

gesagt, daß die Unabhängigen mehr unter den Schrecken des Militarismus zu leiden hätten als wir. Ich weiß nicht, ob es richtig ist. Wäre es aber richtig, so wäre es die Pflicht der Unabhängigen, ihren Hauptstoß gegen die Regierung, gegen den Militarismus zu richten. (Sehr wahr!) Aber leider spürt man dort von einem Kampf gegen die Regierung und gegen unsere eigentlichen Feinde sehr wenig. (Sehr richtig!) Das festzustellen ist ein Gebot der Wahrheit. Man wirft uns vor, daß wir die Grundfäden der Partei verlässen hätten. Um so mehr hätten die Unabhängigen Anlaß, den Kampf gegen uns nach sachlichen Grundfäden und nicht mit persönlicher Gehässigkeit zu führen. Nach den Auseinandersetzungen, die ich mit den Unabhängigen zu führen hatte, habe ich das Gefühl, daß ein erheblicher Teil dieser Leute von dem Standpunkt ausgeht, daß jeder, der nicht ihrer Meinung ist, zu den schlechtesten Serlen gehört. Das muß natürlich die Einigung erschweren. Trotz alledem sollten wir die Bemühungen, zur Einigkeit zu kommen, nicht aufgeben. Ich muß bestreiten, daß das richtig ist, was Winnig in der „Globe“ zu unserem Antrag geschrieben hat, daß beide Richtungen von verschiedenem politischen Wollen getragen seien und sich deshalb nicht einigen könnten. Ich bestreite, daß in jeder der Parteien schon ein einheitliches politisches Wollen vorhanden ist. Sowohl bei uns wie bei den Unabhängigen gibt es Elemente, die nach dem Kriege wieder auseinanderstreben werden. Daher glaube ich, daß für einen erheblichen Teil eine Einigung auf mittlerer Linie möglich ist. Nichts ist unsicherer als die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland; wir können gar nicht wissen, welche Wirkung sie auf uns ausüben wird, wie wir gezwungen werden, unsere Taktik zu ändern. Wenn wir aber überhaupt die Möglichkeit einer künftigen Einigung ins Auge fassen — ich bin nicht Optimist genug, um zu glauben, daß wir jetzt schon zur Einigung kommen werden —, so muß man doch jetzt schon die Psychologie der Masse studieren. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, die Gegenfäden lägen bei den Massen so tief wie bei den Führern. (Sehr richtig!) Die Leute, die in der Werkstatt nebeneinander stehen, empfinden nicht diesen persönlichen Haß und kümmern sich auch gar nicht soviel um den Parteistreit wie die Genossen, die die Zeitungen und Zeitschriften mit diesen Geschichten vollschreiben. Auf die Form, die der Kölner Antrag gefunden hat, lege ich nicht das Hauptgewicht, aber er enthält doch einen großen Kern Wahrheit. Das hat wieder der Fall Braun-Cunow bewiesen. Wir verlangen nämlich in unserem Antrag, daß die Einigungsbestrebungen letzten Endes nicht geführt werden sollen von den Gegenseiten, die sich nun einmal in die Gegenfäden verflochten haben. Für die Wichtigkeit dieses Verlangens scheint mir gerade der Fall Braun-Cunow zu sprechen. Ich sehe sowohl Cunow wie Braun ganz objektiv gegenüber, aber was hier vorgebracht worden ist, hat mich nicht überzeugt, daß es notwendig gewesen wäre, den wirklich guten Artikel des Genossen Braun für die „Neue Zeit“ abzulehnen. Trotz des Papiermangels hätten wohl beide Artikel in der „Neuen Zeit“ erscheinen können, und so hätte die „Neue Zeit“ gleich in der ersten Nummer den Beweis liefern können, daß sie verschiedene Auffassungen zum Wort kommen läßt. (Sehr richtig!) Sonst werden immer neue Spaltspitze in die Partei hineingetragen. Wir haben uns im Rheinland unausgesetzt bemüht, die Gegenfäden innerhalb der Partei nicht zu vertiefen, sondern auszugleichen, und werden, was an uns liegt, alles tun, um dem deutschen Proletariat das fürchterliche Unglück zu ersparen, beim nächsten Wahlkampf die sozialdemokratischen Parteien als Gegner gegeneinanderrennen zu sehen. (Sehr gut!)

Nun noch einige Worte zur Pressefrage im allgemeinen. Die Klagen über die geringe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse betreffen nicht

lichen und sonstigen Gründen bleiben müsse wie es ist. Diese eingehende spezialisierte Erörterung wäre besser durch die Erklärung zu ersetzen, daß die Sozialdemokratie heute wie früher auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Nationalitäten steht. Wir sollten erklären, daß wir für jede Nationalität, sobald aus ihrer Mitte die Forderung gestellt wird, auch das Recht anerkennen, über ihre politische Zugehörigkeit selbst zu bestimmen. Die praktische Durchführung bietet bei gutem Willen keine Schwierigkeit. Es handelt sich heute aber darum, nicht bloß uns zu einem Grundsatz zu bekennen, der bis zum Kriege eine Selbstverständlichkeit war, sondern diese Stellungnahme hat auch eine große praktische Bedeutung. Die Elsaß-lothringische Streitfrage ist heute unter den ideologischen diejenige, die allein einer Beilegung des Völkermordens im Wege steht. Der weitaus größte Teil der französischen Sozialisten steht doch auf dem Standpunkt, daß, sei es mit, sei es ohne Volksabstimmung, die Annexion von 1871 rückgängig gemacht werden müsse. Meine persönliche Ansicht ist wie die Ihrige, daß es für Elsaß-Lothringen wirtschaftlich und geistig nützlich ist, wenn es als freies Gemeinwesen dem Deutschen Reiche angegliedert bleibt. Aber das zu entscheiden ist nicht unsere Sache, sondern die Sache des Elsaß-Lothringischen Volkes selber. Wir müssen für diesen Volksteil ebenso das Recht der Selbstbestimmung fordern wie für die Dänen und sonstige fremde Nationalitäten im Deutschen Reich und der übrigen Staaten, das britische Reich natürlich mit eingeschlossen. Wenn wir uns zu diesem alten Grundsatz bekennen, werden wir dazu beitragen, die Brücke zu unseren Genossen im feindlichen Ausland schließlich doch einmal zu schlagen. Heute ist Elsaß-Lothringen der Köder, mit dem England Frankreich zum Verbluten bringt. Wenn wir es dem Volke von Elsaß-Lothringen selbst überlassen, seine Stellung zu wählen, dann werden die französischen Sozialisten nicht umhin können, diesen Grundsatz als den ihrigen anzuerkennen, und dann wird die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der Internationale gegeben werden. Heute stehen sich Deutschland und Frankreich und auch die sozialistischen Parteien dieser Länder gegenüber wie Kinder, die lieber alles zugrunde gehen lassen, als daß sie in einer bestimmten Machtfrage nachgeben. Wir werden nicht darüber hinwegkommen, wenn nicht der Stachel, der heute im ganzen französischen Volke sitzt, dauernd erhalten bleiben soll. Ich hoffe, daß Elsaß-Lothringen mit seiner ganz überwiegenden deutschen Mehrheit — wohl nicht der französische Teil — sich für ein Verbleiben bei Deutschland entscheidet, um so mehr, wenn man ihm das, was in den Punkten 5 und 6 dieser Leitsätze gefordert ist, mit Ehrlichkeit von deutscher Seite einräumt. Aber, wie gesagt, darüber zu bestimmen ist die Sache der Elsaß-Lothringer selbst.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß durch Verhandlungen allein, bei denen doch schließlich jeder seinen tatsächlichen Standpunkt aufrechterhalten muß, eine Vereinigung nicht herbeigeführt werden kann. Das kann nur geschehen durch gemeinsame praktische Aufgabe. So dringend nötig es ist, einmütig den äußeren Feind vom Land zu halten, so ist fast noch dringlicher die Niederwerfung der inneren Feinde, derer, die den Krieg als glänzendes Geschäft benutzt haben, die den Streik den Munitionsarbeitern mit Recht zum Vorwurf gemacht, aber von sich aus, soweit die Lieferung der Lebensmittel für die Gesamtheit in Betracht kommt, selbst betrieben haben. Die Epifode Michaelis, die jetzt ihrem kläglichen Ende entgegengeht, beweist, wie wenig es möglich ist, auf dem alten Wege weiterzukommen. Es ist Aufgabe der Partei, nun über Worte hinauszugehen und den Herrschenden zu zeigen, daß es zu einer Entscheidung kommen muß. Kommen wir zu dieser Entscheidung, spricht die Partei ihr letztes Wort, das Wort, dem nötigenfalls auch die Tat

folgen muß, dann wird es gelingen, nicht bloß in Deutschland andere Zustände zu schaffen, sondern auch die Einigung der Parteigenossen herbeizuführen, die für die gewaltigen Kämpfe der Zukunft unentbehrlich ist. (Bravo!) **Glattbach-Mülhausen i. E.:** Im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir nicht unbedingt an dem Wortlaut unseres Antrages festhalten, sondern gewillt sind, einer anderen Fassung zuzustimmen, die darauf hinausläuft, eine Einigung mit der Unabhängigen Partei herbeizuführen. Wir sind für die Versuche zur Herbeiführung einer Wiedervereinigung mit den Unabhängigen. Wir müssen einen Aufbruch nach links machen, sonst kommen wir nicht weiter. So wie bisher kann es nicht weitergehen, sonst entziehen wir uns immer mehr. Wie die Machthaber der kapitalistischen Regierungen sich nicht verständigen können und der Welt ein trauriges Schauspiel bieten, so auch bei uns. Wir rufen die Führern zu: Vereinzigt Euch! Ich bin für die Opposition, aber für die Opposition innerhalb der Partei. Durch Einigkeit ist die Partei groß geworden, Zersplitterung muß sie schwächen. Zu uns kommen täglich Feldgrauen, die den Führung der Partei nicht einverstanten sind. Wir lernen die Stimmung an der Front aus bester Quelle kennen. In der Elsaß-lothringischen Frage bin ich mit meinem Vorkredner einverstanden.

Frau Judzars-Verlin: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteilages auf die Frauenbewegung lenken. Die Frauenerwerbsarbeit hat einen ungeheuren Umfang angenommen, und die Kriegsarbeit hat für die Frauen einen ganz besonderen Nachschub geschaffen. Wir müssen die Frauenbewegung mit allen Mitteln zu fördern suchen. Einen erfolgversprechenden Weg zu dieser Förderung erblicke ich in unserer Mitarbeit auf sozialistischem Gebiet und in der sozialen Fürsorge, weil gerade auf diesem Gebiet uns die Mitarbeit der Genossinnen einen guten Resonanzboden bei den Frauen verschafft. (Sehr richtig!) Überall, wo Frauen in der sozialen Fürsorge arbeiten, erwerben sie sich die Zuneigung der im Erwerbsleben stehenden Frauen. Die Nachfrage der Frauen drängt nach Hilfe, und wo wir ihnen diese Hilfe bieten, bringen sie uns ihr Vertrauen entgegen. Wenn sie zuerst auch noch nicht unseren Ideen näher an sie heranzukommen. Wenn sie zuerst auch noch nicht im vollsten Sinne des Wortes Sozialdemokratinnen sind, so haben wir doch die Möglichkeit erhalten, Sozialdemokratinnen aus ihnen zu machen.

Der Krieg hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß gerade bei unserer Frauenwelt noch vieles im argen liegt. (Sehr richtig!) Sie waren in ihrem Lebensanschauungen noch nicht gefestigt, und die körperlichen und seelischen Qualen brachten sie aus dem Gleichgewicht und trugen dazu bei, uns große Massen von Frauen zu entfremden. Daher meine Empfehlung, unsere Genossinnen in verstärktem Maße zu den sozialen Arbeiten heranzuziehen. Wir können diese Aufgabe nicht allein leisten, wir müssen uns mit den Gewerkschaften verbinden und uns mit ihnen über die Arbeit für die Frauen verständigen. Die Frauen müssen in maßgebenden Stellen hineinkommen, sie müssen etwas zu sagen haben, dann wird sich manches von selbst ergeben. Es ist nicht immer notwendig, daß die Genossinnen bereits fix und fertig für die gestellten Aufgaben sind, sehr wichtig ist, daß sie ein gesundes, soziales Empfinden haben, sie wachsen dann in ihre Arbeit hinein. Auch da, wo unsere Kräfte gering sind und die Erfolge nur klein erscheinen, dürfen wir nicht nachlassen. Sollmann hat gesagt, daß die Presse psychologisch abgestimmt sein müsse. Das gilt besonders auch für die Parteipresse, sie soll unter den Frauen werden, muß uns helfen, die Genossinnen an unsere Organisations zu fesseln. Es ist notwendig, die Frauen zum Lesen anzubahnen,

und da kann die „Gleichheit“, so sehr ich ihre Förderung hier empfehlen will, nicht alles zugleich schaffen. Die Parteipresse muß ein übriges tun; es muß mit den Organisationen gemeinsam beraten werden, wie die Zeitung auszugestaltet ist, um den berechtigten Interessen der Frauen entgegenzukommen. Das Vereinsleben unter den Frauen muß gepflegt werden. Ich rede, wohl gemerkt, hier nicht besondern Organisationen der Frauen das Wort. Aber wenn wir sie zur Mitarbeit heranziehen und ganz besonders zur Mitarbeit auf sozialem Gebiet, dann ist es notwendig, daß wir sie immer wieder erinnern, daß das, was die einzelnen leisten auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und in der Organisationsarbeit, immer mit den Frauen durchgesprochen wird. Die in der sozialen Arbeit stehenden Genossinnen brauchen einen moralischen Rückhalt der Organisation gegenüber. Wir können das Leben in der Frauenbewegung fördern, indem wir mit Hilfe der Organisation und unter Mitwirkung der Organisationsleitungen von Zeit zu Zeit Frauenzusammenkünfte haben, wo die Frauen Gelegenheit finden, über ihre speziellen Dinge zu beraten. Unsere Arbeit muß den Frauen lebendig gemacht, sie müssen dafür interessiert, sie müssen auf diesem Wege geschult werden. Daneben soll selbstverständlich die rein politische Aufklärung der Frauen nicht zu kurz kommen. Es gibt bei jeder einzelnen Frage, die wir zu behandeln haben, einen Weg, Beziehungen zu suchen zu unseren grundsätzlichen Forderungen. Es gibt kein festes Rezept, um die Frauenbewegung zu fördern, wenn den Organisationen Rat schläge gegeben werden, wenn eine allgemeine Agitation organisiert wird, dann muß jede einzelne Organisation die gegebenen Direktiven den örtlichen Verhältnissen anzupassen suchen. Was die Frauen wollen, ist in folgender Erklärung der antwortenden weiblichen Delegierten ausgedrückt:

Die Frauenerwerbsarbeit hat während des Krieges eine gewaltige Steigerung erfahren. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch nach dem Kriege der Umfang der Frauenarbeit sehr groß sein wird. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Partei der Sozialgesetzgebung nach wie vor die größte Aufmerksamkeit schenkt und sie besonders zugunsten des Schutzes der weiblichen Arbeitskraft vorwärts zu treiben sucht. Ganz besonders ist die verantwortliche Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu fördern. Solche praktische Arbeit unserer Genossinnen schafft zugleich einen fruchtbaren Boden für unsere Aufklärungsarbeit. Dabei ist der größte Wert auf gemeinsame Arbeit der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften zu legen. Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Vertretung der Gewerkschaften (Generalkommission) in Verbindung zu setzen, um die geeigneten Maßnahmen für eine gemeinsame Tätigkeit zugunsten der Frauenbewegung in die Wege zu leiten. (Bravo!)

Vorsitzender Auer teilt mit, daß die Anträge 44—48 eingelaufen sind. Hieron ist der Antrag 45 erledigt, die Entschließung 48 steht mit zur Debatte.

Sug-Mitteilungen: Ich ärgere mich, daß ich nicht auch einen Antrag auf Wiedervereinigung gestellt habe, denn ich könnte dann wenigstens 20 Minuten reden (Geisterheit), um auf die wichtigsten Anregungen der Redner eingehend einzugehen. Die Stellung des Parteivorstandes, sowohl zum Krieg wie zum Konflikt, halte ich im allgemeinen für richtig und gut, der Parteivorstand konnte gar nicht anders handeln. Gewiß hätte er in manchen Dingen schneller eingreifen müssen, ich will ihm aber gern Absolution erteilen im Hinblick darauf, daß er sich in einer so verantwortungsvollen Stellung befindet, und ich will, den guten Glauben zu billigen, daß er alles tun mußte, um zu verhindern, daß die Partei in Trümmern ging. Nach meinem Dafürhalten ist

die Stellung der Partei zum Krieg völlig richtig gewesen, diese Stellung brauchte kein Anlaß zur Spaltung zu sein. Ich halte es aber für notwendig, daran zu erinnern, daß ein Teil derjenigen, die die Spaltung herbeigeführt haben und die sozialdemokratische Partei bekämpfen, bei Ausbruch des Krieges auf demselben Standpunkt gestanden und diesen Standpunkt in einer Art und Weise zum Ausdruck gebracht haben, wie ihn diejenigen, die man jetzt als Vertreter an den Parteigrundsätzen hinstellt, niemals eingenommen haben würden. Die Minderheit hat, wenn ich Ebert richtig verstanden habe, weniger die Stellung des Krieges zum Anlaß des Austritts genommen, als den Gegenstand über die Stellung der Partei zum Staat, und da kann man wohl sagen, daß es keinen ungeeigneteren Zeitpunkt gab, diese Gegenstände hineinzutragen, als die Zeit des Krieges. (Sehr richtig!) Meiner Meinung nach steht die deutsche Arbeiterklasse auch heute noch vielleicht mehr instinktiv als bewußt auf dem kasselerischen Standpunkt zum Staate, als auf dem Standpunkt der Scholastiker des Marxismus. (Zuruf: Schöner Reker!) Ich bin immer ein Reker gegenüber den vertiegnen Marxisten gewesen. Ich begrüße es, daß Partei und Gewerkschaften in dieser ganz außerordentlichen Weltituation zusammengestanden und die Politik der Arbeiterklasse gemacht haben. Haben Sie denn vergessen die Kämpfe, die wir über die Grundfassungen geführt haben; in Chemnitz in bezug auf die Anwendung des Massenstreiks? Haben Sie vergessen die Kämpfe, die wir mit den Leuten geführt haben über die Steuererhebung? Waren das nicht Kämpfe über diese Auffassung, und hat sich da nicht die Partei mit erdrückender Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, den Parteivorstand, Fraktion und auch Gewerkschaftsleitung eingenommen? Einen anderen kann es nach meinem Dafürhalten nicht geben. Ich kann den Parteivorstand nicht von Schuld freisprechen, daß er die Schreibweise der „Gleichheit“ solange gebuldet hat, bis es zur Katastrophe kam. Die Leitung der „Gleichheit“ glaubte, die Zeitung sei ihr Eigentum. Wer die Zeitung als sein Eigentum betrachtet, der bringt natürlich nur seine rein subjektive Anschauung zum Durchbruch, und die Redaktion der „Gleichheit“ hat das auch verstanden, ohne auf den notwendigen Widerstand zu stoßen. Ich weiß nicht, was für Auftritte der Parteivorstand mit der früheren Redaktion gehabt hat, Ich kann es mir aber denken. Die Partei durfte auf keinen Fall dulden, daß in so selbstherrlicher Weise die Redaktion der „Gleichheit“ geführt wurde, daß sie nach meiner Auffassung niemals der großen Masse der Frauen das Verdienst für unsere Bewegung so bringen konnte, wie es notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig!) Ähnlich mit der „Neuen Zeit“. Ich habe hier Vorwürfe gehört gegen den Parteivorstand, weil er die Redaktion ihrer Stellung entseht hat. Als der Konflikt ausbrach, habe ich Tag für Tag erwartet, dem sowohl die Redaktion der „Gleichheit“ wie der „Neuen Zeit“ ihre Stellung dem Parteivorstand zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Denn wer so splittersüchtig wie diese Leitungen gewesen sind über den reinen Glauben in der Partei vor dem Kriege, der muß auch ein feines Empfinden haben, wenn er mit der Mehrheit nicht mehr im Einklang steht, zu sagen: ich kann nicht mehr weiter mitmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber die Meinung des Parteivorstandes von Braun möchte ich allerdings erst noch die Meinung des Parteivorstandes hören, bevor ich ein Urteil fälle. Ich erwarte aber vom Parteivorstand, daß er verhindert, daß die Fehler, die früher gemacht sind, in der Unterdrückung der freien Meinung in der „Neuen Zeit“ nicht wieder gemacht werden; er muß vielmehr alles tun, um die Meinungsfreiheit bis an die äußerste Grenze aufrechtzuerhalten und jeden Schein vermeiden, als wolle man denjenigen, die mit Braun zur Einigung raten, das Wort unterbinden. (Sehr wahr!)

getan. Auch ich meine, der einzig mögliche Weg zur Einigung der Arbeiter ist das, was in der Entschliessung empfohlen wird. Dazu sind wir auf dem allerbesten Wege. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten die Versammlungsberichte gelesen, auf Schöpplin allein, kommen etwa 50. In Hunderten von Versammlungen haben Ebert, Scheidemann, Mollenhuth, Landsberg, Müller, Schulz und unzählige andere die alte sozialdemokratische Politik vor den Massen vertreten und die Massen haben begeistert zugestimmt, selbst in Orten, wo das kaum erwartet werden konnte. Ich weiß nicht, ob alle Redaktionen solche Inseln der Unberührtheit sind, wie die von Braun, Kriegsberleht, Kellamerte und dergleichen gehen dauernd aus und ein, sie fällen unsere Arbeitersekretariate. Da kann man nicht behaupten, daß jetzt die Stimmung der Arbeiterschaft nicht wiedergegeben wird. In manchen Orten sind die Mitgliederversammlungen unserer Partei besser besucht als im Frieden. Allerdings halte ich es auch für notwendig, ab und zu die Genossen von der rechten Seite zurückzuweisen, die uns allzu sehr nach der einen oder anderen Seite engagieren. (Sehr richtig!) Wenn Lenß immerfort Deutschland als Inkarnation des wirtschaftlichen Fortschritts und England als den Hort des Rückschritts darstellt, wenn Haenisch allzu waffenbrüderlich mit den übrigen Parteien zusammengeht, so wäre es manchmal nötig zu betonen, daß die Genossen für sich selber und nicht für die Partei sprechen. Ich glaube, auch Heilmann, dessen Mühsigkeit die Parteipresse ja eine ganze Menge verdankt, mutet doch der Partei manchmal zu viel zu, wenn er bald sagt, daß wir die Wahlreform in Preußen erst nach dem Kriege brauchen, sie eile nicht (Hört! Hört!), oder daß der Parlamentarismus eigentlich keinen Sinn hat, wenn er den österreichischen Genossen einen Vorwurf machen will, weil sie nicht bloß mit Scheidemann und Ebert, sondern auch mit Haase Verhandlungen anknüpfen oder wenn er sich sogar soweit vergißt, in einer Besprechung der Reichstagsitzungen, wo der bekannte Putzsch Michaelis' erfolgte, zu schreiben: „Dazu ist Haase viel zu klug und Dittmann viel zu vorsichtig.“ In einer solchen Situation dürften derartige Wendungen auf keinen Fall erfolgen, das ist unangebracht. (Sehr richtig!)

Schließlich möchte ich Sie bitten, dem, was Söllmann heute Ausdruck gegeben hat, Ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben in unserer Presse viel versäumt. Der Sturz unserer Abonnenten war erklärlich kurz nach Ausbruch des Krieges zur Zeit der allgemeinen Depression. Seitdem ist aber das Bedürfnis nach Zeitungslektüre ungeheuer gestiegen. Wenn wir ihm etwas mehr als bisher entgegenkommen, dann müssen wir gerade jetzt mit unserer Presse glänzende Fortschritte machen. (Sehr richtig!) Wir brauchen nicht so weit zu gehen in der Befriedigung der Sensationslust wie etwa die „Leipziger Volkszeitung“ (Weiterleit), bei der die fetten Nebenblätter manchmal die halbe Seite bedecken und angefüllt waren vom Schlachtenrumor der deutschen Heere und dem Streckenbericht der Unterseeboote. Aber ein gewisses Entgegenkommen besonders in den Lebensmittelfragen und den tausenderlei kleinen Dingen, die unsere Frauen interessieren, im Nachrichtenendienst muß der Parteipresse aufhelfen. Besonders auch die Feldgrauen haben heute wahren Hunger nach der Presse der Partei, die für den Frieden das meiste tut. Wir werden bei uns in dieser Woche das zwölfte Tausend Feldgrauer Abonnenten überschreiten. (Wabul!) Was an einer Stelle möglich ist, muß auch anderswo möglich sein. In allen Lazaretten liegen bürgerliche Zeitungen aus. Geben Sie sich die Mühe, unsere Zeitungen hinzuschaffen, tagtäglich, vergessen Sie es nicht. Die Leute, die sie dort lesen, werden Abonnenten des Parteiblattes, wenn sie wieder herauskommen, sei es im Felde, sei

es in der Heimat. (Zuruf: Verbot der Freigemählere!) Ein Exemplar ist gestattet, ich gebe zu, das ist manchmal etwas wenig, aber immerhin besser als keins, und wir wissen, daß es von Hand zu Hand wandert. Unsere Erfolge sind allerdings dadurch erreicht worden, daß wir die Abonnenten verjüngt haben mit spaltenlangen Berichten über Parteistreitigkeiten. Wir begreifen dagegen die Politik der Partei, und das, was der Parteivorstand in diesen Jahren getan hat, um eine internationale Verständigung wieder herzustellen, fand stets unsere Billigung. Wir müssen frisch herangehen an die wichtige Fortführung unserer Friedensarbeit, an die großen Probleme, die uns am Tage nach dem Friedensschluß erwarten. Das ist die Einigung, die wir fördern können. Da werden uns die Arbeiter folgen, die übrigen mögen sehen, wo sie bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Schöpplin: Die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung zu erhalten und zu fördern war stets unsere Pflicht und gerade in den letzten Jahren der inneren Kämpfe hat die sozialdemokratische Partei bei der Behandlung dieser Frage jedes denkbare Entgegenkommen gezeigt. Nur ist die Zerstörung für längere Zeit, wie ich fürchte, erfolgt. Jetzt in diesem Moment der sozialdemokratischen Partei die Zumutung zu stellen, sie möge heute auf diesem Parteitag Schritte tun, gewissermaßen eine Einladung an die anderen zur Einigung ergehen lassen, das halte ich nicht nur nicht für glücklich, sondern auch für außerordentlich unklug für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung. (Woh!) Die anderen sagen, die Trennung ist gekommen aus starken sachlichen Gegensätzen. Respektieren wir einmal diese Einrede. Sie sagen, wir hätten den Klassenkampfcharakter der Arbeiterbewegung, den Sozialismus verleugnet, alles verleugnet, was mit dem Wesen eines revolutionären Sozialismus und des modernen proletarischen Kampfes zusammenhängt. Weiß denn Hüttmann nicht, daß Kautsky und viele andere erklärt haben, die Bewilligung der Kriegskredite sei schließlich keine Sache, die zum Streit und Auseinandergehen führen mußte, sondern die Gesamtpolitik der sozialdemokratischen Partei sei es gewesen. Wenn wir jetzt kommen und sagen, wir wollen uns vereinen — was heißt das? Dann verlangen wir doch, daß entweder die Unabhängigen ihre, wie sie sagen, sachlichen prinzipiellen Anstellungen aufgeben, um zu uns kommen zu können, oder wir sollen unsere Stellung aufgeben und uns dem nähern, was die Unabhängigen vertreten. Ja, muten Hüttmann und Adolf Braun den Unabhängigen oder uns solche Opfer des Intellekts zu? Solche Opfer darf man nicht bringen selbst um des hohen Preises der organisatorischen Einheit willen. Solange dieser sachliche Gegensatz nicht durch den Läuterungsprozeß der nächsten Zukunft gelöst ist, ist nach meiner Auffassung ein Zusammenarbeiten unmöglich. Ich bin überzeugt, erst muß eine Reichstagswahl hinter uns sein, erst muß der Friede da sein, erst müssen diejenigen, die den Unabhängigen heute nachlaufen, den vollen Druck des mächtvoll entwickelten Kapitalismus fühlen, müssen einsehen, welcher ungeheurer Schaden der deutschen Arbeiterklasse dadurch entstanden ist, daß wir in der schwierigsten Stunde, die wir durchmachen, unsere Kraft zum Teil gebrochen haben. Wenn dieser Läuterungsprozeß vor sich gegangen ist und wir dann allerdings vor einem Hausen Scherben stehen, dann ist der Moment da, wo man über diese Dinge ernst und dann vielleicht auch erfolgreich verhandeln kann.

Aber es sind nicht nur sachliche Gegensätze, die mich bestimmen, gegen die Anträge zu sprechen. Ich sage ganz offen: Ich kann zur Stunde nicht verstehen, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren erlitten und durchgemacht haben. Wer von Ihnen kann jetzt schon vergessen, der die Kämpfe durchgemacht

hat, in der Fraktion und sonst in der internen Partei, wer diese Summe von Beschimpfungen und Verdächtigungen laudauß laudauß in Wort und Schrift, Beschimpfungen, die alles hinter sich lassen, was uns je der Reichsverband entgegengehalten hat, mitgemacht hat. Man kann vieles verzeihen aus der Hitze des Kampfes, aber es bleibt ein so starker bitterer Rest, daß, selbst wenn es momentan möglich wäre, formell die Verständigung zustande zu bringen, dieser bittere Rest jedes Zusammenarbeiten vorläufig unmöglich oder zur Qual machen würde. (Zuruf: Auf der anderen Seite auch!) Das ist unangenehm, aber die Tatsache darf man bei einer solchen Situation nicht außer acht lassen.

Die Herren von der Unabhängigen Partei erklären, daß sie die starke Hoffnung haben, in nicht allzu fernher Zeit die Mehrheit der sozialistischen Arbeiter hinter sich zu bekommen. Nehmen wir an, diese Phantasie sei ihr fester Glaube. Werden sie aber dann, auf diese Hoffnung gestützt, sich mit uns verständigen wollen, wo sie gewissermaßen Opfer bringen müßten, wo sie sich für die künftigen Sieger halten. Das zu glauben ist doch eine sehr starke Illusion. Es müßte denn sein, Braun und andere trauten den Versprechungen und Hoffnungen der Unabhängigen nicht das geringste zu. In den Industriezentren, wo sie Einfluß gewonnen haben, haben die Unabhängigen die Arbeiter heisspiellos aufgepeitscht; sollen sie da in eine Verständigung eintreten mit denjenigen, die sie seit zwei Jahren „Verräter“ schimpfen. Welchen moralischen Bankrott würden sie dadurch erleben. Das allein würde sie abhalten, denn dann würden die Spartakusleute ihre Erben sein und wir fingen womöglich mit denen die Verständigung ebenfalls an; alle anderen Arbeiten würden wir dabei unterlassen müssen. Davon kann jetzt gar keine Rede sein. Die Zeit wird kommen, wo die harten Tatsachen zur Verständigung treiben, wo die von uns abgesplitterten, die noch reuiger Ueberzeugung fähig sind, wieder zu uns kommen werden. Ein ganzer Teil wird nicht wiederkommen. Jetzt Handlungen zu begehen, die darauf hinauslaufen, die Verständigung zu suchen, das wäre unklug und schädlich für die weitere Zukunft der Arbeiterbewegung. Löbe sagt mit Recht, daß die Partei gar keine Ursache hat, irgendwie pessimistisch oder zag in die Zukunft zu blicken. Ich bin in den letzten Monaten, wie viele von Ihnen, beinahe in ganz Deutschland gekommen. Wenn man die Arbeitermassen erst vor sich hat, zu ihnen sprechen, ihnen die Leistungen der Sozialdemokratie während des Krieges und die Schwierigkeiten der Lösung des Friedensproblems vor Augen führen kann, dann findet man auch Verständnis. Es ist richtig, daß man, wenn man hinauskommt, oft eine Art Zagheit findet, nicht aus Angst vor den Unabhängigen, aber als Begleiterzeichnung der allgemeinen niedergedrückten Stimmung. Diese Zagheit verhindert die Parteigenossen manchmal, die günstige Gelegenheit zur Agitation am Schopfe zu fassen; wo sie aber zugreifen und ganze Arbeit machen, da haben sie auch Erfolg. Wir haben auch keine Ursache, zaghaft zu sein, das organisatorische Gefüge ist stark genug, um allen Stürmen zu trotzen. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik so gesund ist, daß wir ruhigen Mutes und mit dem besten Gewissen der weiteren Entwicklung entgegengehen können. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Und nur die Erfolge sind selbstverantwortlich, die in schwerem Kampf errungen wurden.

Engler-Freiburg i. Br.: Nach der Meinung Gützmans hat auch der Parteivorstand einen Teil der Schuld an der Spaltung; auch andere Redner waren nicht mit allem einverstanden, was der Parteivorstand getan hat. Darauf kommt es aber nicht an, sondern darauf, ob er im allgemeinen das

getan hat, was für die Partei das Richtige war. Hiermit aber bin ich einverstanden. Allerdings habe ich die Langmut des Parteivorstandes gegenüber der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ bewundert. Es ist schon etwas mehr als Demagogie, wenn man hier von einem Gewaltstreik des Parteivorstandes spricht. Der Instanz hätte Kautsky gebieten müssen, in dem Moment aus der Redaktion auszuschneiden, wo er der Partei nicht mehr angehört. Vielleicht hat der Parteivorstand auch noch jebiel Instandgefühl vorausgesetzt. Ich kann doch in einer Partei, der ich angehöre, nicht eine solche Stellung einnehmen. Dasselbe gilt für Frau Zeitlin. Dem Wunsche Hugs, daß in der „Neuen Zeit“ die Meinungsfreiheit in Zukunft besser gewahrt werden soll als bisher, schließe ich mich an, aber eine derartige Literatenempfindlichkeit, wie Braun sie heute morgen an den Tag gelegt hat, darf auch nicht Platz greifen. Wenn Cunow sagt, er hätte den Artikel, aus dem von ihm dargelegten Gründen nicht angenommen, so hätte Braun sich damit abfinden können und auf keinen Fall den Eindruck hervorrufen dürfen, daß der Artikel aus tendenziösen Gründen abgelehnt worden sei. In dem Braunischen Artikel steht folgender für eine gewisse Art von Agitation typische Satz:

„Die gewaltige Uebermacht des Kapitalismus offenbart sich auch denen wieder, die den aus dem Krieg erwachsenen Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern entscheidende Bedeutung für die Zukunft beigemessen haben.“

Dieser Satz kann verschieden ausgelegt werden, aber die Arbeiter, die ihn lesen, sind der Meinung, daß hierdurch einer bestimmten Richtung in der Partei nachgesagt wird, sie erblicke in diesen Arbeitsgemeinschaften die Lösung der sozialen Frage. Ich habe bisher keinen getroffen, der dieser Meinung gewesen wäre. Aber so wie hier, wird auch in den Lebensmittelfragen usw. mit den Dingen gespielt. Man sagt, nicht, die Parteimehrheit ist an den Missetänden schuld, sondern sucht den Eindruck hervorzurufen, als säte die Parteimehrheit nicht das Nötige dagegen, als hätte sie kein Herz für das Volk, als läge es an der Parteimehrheit, daß wir noch Krieg und Elend haben. Das ist Demagogie und dessen sollte sich ein Mann von der Bedeutung Brauns nicht schuldig machen. Ähnliche Sätze aus seinem Artikel könnten noch mehr angeführt werden. Wenn Braun sagte, daß nach dem Kriege die Munitionsarbeiter anders rechnen und eine Radikalisierung bei ihnen eintreten würde, so ist leider damit zu rechnen, daß sehr viele Arbeiter die Politik nach ihrer momentanen wirtschaftlichen Lage beurteilen. Es ist richtig, wir haben heute sehr viele gutbezahlte Munitionsarbeiter, die sich sehr wenig um Politik und Gewerkschaft kümmern. Sie werden sich erst durch Not gezwungen mit diesen Dingen wieder befassen. Wenn das bei Arbeitern der Fall ist, mag es hinsehen, aber Arbeiterführer dürfen auf solche Stimmungen nicht ihre Politik aufbauen. Radikalisierung haben wir aber nur in dem Sinne zu erwarten, daß die gewerkschaftlichen Forderungen in den Vordergrund gehoben werden. Befassen wir uns mit den Steuer- und anderen wirtschaftlichen Fragen, gehen wir ernstlich an den Ausbau des Genossenschaftswesens, fassen wir alle Kräfte der Arbeiter zusammen! In diesem Sinne wird eine Radikalisierung eintreten.

Dann hat Springer vorgeschlagen, die verschiedenen Gruppen müßten sich gewissermaßen zu einem föderalistischen Bunde innerhalb der Gesamt-partei zusammenfinden. Es ist ersichtlich, wie jemand — aus dem Parteitag eine solchen Vorschlag machen kann.

Noch ein Wort gegen die Ausführungen des Grafen Hertling in der bayerischen Abgeordnetenkammer über Elßaß-Lothringen. Gegen eine An-

region des Elsaß oder ganz Elsaß-Lothringens durch Bayern muß auf das schärfste Einspruch erhoben werden. (Sehr richtig!) Das kann nur dazu führen, daß auch andere Bundesstaaten Gebietsverlängerungen verlangen, und letzten Endes muß es Kriegsverlängernd wirken. (Sehr richtig!) Eine Anzession treibt die andere. Wir Badener haben ein ganz besonderes Interesse daran, nicht ganz von Bayern umfaßt zu werden. Ein Stück unserer Grenze an der Pfalz grenzt bereits an Bayern, und da muß ich schon sagen, daß sich Grenzfragen, wie Brückenbauten und andere, viel leichter mit der preussisch-elsaß-lothringischen Regierung regeln lassen als mit Bayern. (Geisterzeit und Beifall.)

Severing-Dielefeld: Auch ich kann dem Genossen Braun bescheinigen, daß er eine ganz vorzügliche Rede gehalten hat. Wenn ich nicht von vornherein die Absicht gehabt hätte, für den Antrag Nürnberg zu stimmen, seine Rede hätte mich überzeugt. Ich gehe sogar noch weiter als der Antrag und empfehle, nicht nur bei jeder „günstigen Gelegenheit“, für gemeinsame Aktionen des Proletariats aller Länder einzutreten, sondern auch bei „ungünstigen Gelegenheiten“, an jedem Tage. Aber die Rede Brauns hatte die Merkmale des Vortrags und der Schwäche zugleich. Ein Vorzug war es, daß Braun nicht verpöchtelt war, uns zu sagen, wie seine Absicht sich in die Wirklichkeit überführen läßt, und ihre Schwäche zeigte die Rede darin, daß Braun sich nicht der Mühe unterzog, anzugeben, welchen Erfolg uns die Einigungsbestrebungen heute bringen sollten. Braun hatte wohl selbst das Gefühl, auf verlorenem Posten zu stehen. (Widerpruch Brauns.) Er hat sich in der politischen Hausnummer geirrt und seine Rede hätte den Unabhängigen gehalten werden müssen. Hat er doch selbst anerkannt, daß der Ton der Mehrheitspresse friedlicher geworden sei im Gegensatz zur Presse der Unabhängigen, deren Lebenselement im Schimpfen und Herunterreißen der Parteimehrheit besteht. Was der Antrag Nürnberg will, ist selbstverständlich und wird von uns längst befolgt. Wer hat denn bisher „einheitliche Aktionen der Proletarier aller Länder“, die der Antrag fordert, verhindert? Die größte einheitliche Aktion war das Friedenswort von Stockholm. Alle unsere Organe haben sich vorbehaltlos dem Rufe des holländisch-skandinavischen Komitees angeschlossen. Auch die Unabhängigen haben sich angeschlossen. Der Brief Mehrtrings an Tschaidse zeigt aber, daß die Spartakusgruppe sich ablehnend verhalten will, solange die „Scheidemänner“ an den Stockholmer Beratungen teilnehmen. Das sieht nicht so aus, als ob auf dieser Seite die Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Aktionen vorhanden ist. Eine gemeinschaftliche Aktion des deutschen Proletariats war die Friedensbewegung nach der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli. Löbe hat schon darauf hingewiesen, daß Agitatoren der Unabhängigen von Ort zu Ort gereist sind, um Friedensberatungen der Mehrheit zu bereiten. Also wohn wir bilden, nirgends eine Beteiligung an wichtigen proletarischen Aktionen.

Springer hat angedeutet, im Parteiausschuß habe bis zur Spaltung immer die Parole gelautet: „Nur immer raus!“ Um einer Legendenbildung vorzubeugen muß ich diese Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Der Parteiausschuß hat ebenso wie der Parteivorstand viel zu lange Zudringung geübt gegen diejenigen, die sich dem Mehrheitswillen nicht unterordnen und die ersten Erfordernisse einer demokratischen Partei nicht achten wollten. (Zustimmung.) Hat etwa der Parteiausschuß Einfluß auf die Entscheidung der Neugeborenen gehabt, die 1915 ihre Separatistenerklärung abgegeben haben? Hat etwa der Parteiausschuß die Aktion des früheren Parteivorstandes Saase beeinflusst? Der Parteiausschuß hat wiederholt Warnungstafeln errichtet, zur Besonnenheit, zum Frieden gemacht, wie Adolf Braun es heute verlangt hat,

aber es hat nichts genutzt. Deshalb ist das Gegenteil von dem richtig, was Springer von dem Parteiausschuß gesagt hat. (Sehr richtig!) Aber so wird „Parteigeschichte“ gemacht, so werden die Parteigenossen im Lande gegen den Parteiausschuß aufgewiegelt.

Engler hat schon zutreffend auf den ganz unhaltbaren Zustand hingewiesen, der eintreten würde, wenn wir dem Antrag Amberg, der ein Zusammenwirken der verschiedensten Gruppen auf föderativer Grundlage fordert, folgen wollten. Ich weiß nicht, was die Amberger sich unter dem Antrag eigentümlich denken. Es sollen alle Gruppen in der sozialdemokratischen Partei an einem Strange ziehen, nur der eine nach rechts, der andere nach links. (Sehr richtig!) Daß die Spartakusgruppe zum Beispiel ihre heutige „Politik“ treiben könnte, ohne von einer Mehrheit der Arbeitervertreter reifiziert werden zu können, wäre ein Verbrechen an den Interessen des Proletariats. Die Mehrheit würde von den Oppositionsgruppen in Ruhe gelassen werden, wenn sie sich ihr bedingungslos unterwerfen würde. Wenn die Unabhängigen unter sich sind, können sie auch ohne den Grundsatz, daß der Mehrheitswille bestimmend sein muß, nicht arbeiten. Als auf ihrer ersten Reichskonferenz ein Anhänger der Spartakusgruppe erklärte, sie seien nur gekommen, um sich zu unterrichten und dächten nicht daran, sich die Beschlüsse zu eigen zu machen, da erklärte Lipinski, daß damit die Spartakusleute die Konferenz von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten. Damit sagte er uns nichts Neues. (Hört! hört!) Wenn man Politik treiben will, geht es nicht ohne den alten demokratischen Grundsatz, daß die Minderheit sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen muß.

Alle Bestürmter der Einigung haben uns nicht den Weg gezeigt, der zur Einigung führt. Es wird die Einsetzung einer Kommission empfohlen. Wenn wir das tun, und der Vorsitzende dieser Kommission würde Saase, Bogatsch oder Dittmann einladen, was würde werden? Jeder weiß, daß die Antwort nicht nur ablehnend, sondern auch verhöhrend sein würde. (Sehr richtig!) Wenn man das aber weiß, dann liegt es nicht im Interesse des Friedenswerkes, schon in diesem Augenblick zur Einigung zu schreiten. Solange die Ursachen des heutigen Zwistes fortbestehen, würde es gar keinen Sinn haben, ungezügelmäßige Einigungsversuche zu unternehmen. Das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes würde eintreten. Deshalb müssen wir eine Voraussetzung aufstellen, ohne die eine erziehbare Tätigkeit in einer demokratischen Partei unmöglich ist. Wir müssen bei allen Einigungsverhandlungen immer wieder darauf hinweisen, daß ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit ein Friedensschluß unmöglich ist. (Sehr richtig!) Das haben wir in der heute eingebrachten Entschließung zum Ausdruck gebracht. Ich bitte namens vieler Mitantragsteller, in dieser Entschließung dem dritten Satz folgende genauere Fassung zu geben:

„Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, verneint eine der Lebensbedingungen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Willen zusammenfassen muß.“

Dieser Satz läßt keinen Zweifel darüber, wie wir uns Einigungsverhandlungen denken.

Adolf Braun hat darüber gesagt, daß er keine Berührungspunkte mit den Massen mehr habe. Löbe hat recht, als er im Hinblick darauf sagte, daß die Verhältnisse in Nürnberg ganz eigentümlich sein müssen, wenn heute sich ein Redakteur von dort noch über mangelnde Verbindung mit den Massen beklagt. Ich sehe nicht nur in lebendiger Fühlungnahme mit den Arbeitern in der Industrie, sondern auch mit unseren Genossen an der Front, und da kann ich nur sagen: alle unsere Parteifreunde an der Front und in der

Munitionsindustrie wünschen gewiß die Wiedervereinigung aller Parteigruppen; aber sie stellen auch als erstes Erfordernis für die Wiedervereinigung auf, daß der unheilvolle Spalt in den eigenen Reihen zu Ende gebracht wird nur durch Anerkennung des Mehrheitsgrundsatzes. Wir würden leere Redensarten machen und unsere Entschlüsse würden für den Papierkorb reif sein, würden wir nicht dieses A und O jeder Einigung betonen. Im übrigen teile ich den Optimismus der Redner, daß das beste Einigungsstreben in der Stärkung unserer eigenen Organisation liegt. (Sehr richtig!) Der Gedanke der Anziehung wird in den Massen dann eine so starke Wirksamkeit ausüben, daß die neben uns noch bestehenden Splitter sich auflösen müssen. Wenn wir auch weiterhin den Massen sagen, was ist, und eine gesunde kraftvolle Realpolitik treiben, wenn wir nicht Phantomen nachjagen, sondern auf dem Boden der Tatsachen für die Interessen der Proletarier eintreten, dann werden wir bald die Einigung in Wirklichkeit haben.

Geister-Mühlhausen i. Thür.: Die Reden Eberts und Brauns haben uns ein wenig erfreuliches Bild von unseren Parteiverhältnissen gegeben. Wir sollen daher alle Vorschläge prüfen, deren Durchführung der Partei neues Leben zuführen kann. Die wahre Ursache des Rückganges in den Parteimitgliedschaften aber ist bisher nicht erwähnt worden. Ebert sprach von den starken Eingiehungen zum Heere und hat mit einer gewissen Leichtigkeit überwinden, daß erst 58 Wahlkreise und 20 Vereine zu den Unabhängigen übergetreten sind. (Widerspruch Eberts.) Gewiß, die Zahl ist nicht allzu groß. Aber sehr viele Genossen warten auf das Ergebnis dieses Parteitag. Wenn es so gemacht wird, wie Braun, Schöpflin und Severing hier vorgeschlagen haben, so wird es bei den 58 Wahlkreisen und 20 Vereinen nicht bleiben. (Sehr richtig!) Die Genossen, die die Kleinarbeit zu verrichten haben, wissen genau, daß die Bewegung der Unabhängigen keine Führerbewegung ist, sondern daß sie auch große Teile der Massen umfaßt. Man war eben nicht zufrieden mit der Kriegspolitik der Parteimehrheit. Gewiß werden manche Unabhängige unser Angebot mit Hohn und Spott zurückweisen, aber auch bei uns gibt es doch Elemente, die alles versuchen, um den Parteistreit aufrechtzuerhalten. Wenn der Parteivorstand so wie gegen die Winderthaler gegen die Elemente auf der Rechten vorgegangen wäre, wäre es nicht soweit gekommen. (Widerspruch.) Dann hätte es nicht vorzukommen können, daß Lensch, Haenisch usw. fortgesetzt gegen Grundzüge der Partei schreiben und reden dürfen. Den Arbeitern entgegen solche Vorgänge nicht, und sie haben einen großen Teil unserer Genossen in die Arme der Unabhängigen getrieben. Der Parteivorstand ist nicht immer gerecht gewesen. Was rechts über die Stränge schlug, wurde ruhig hingenommen; man hat manchmal erklärt, man sei damit nicht einverstanden, aber weitere Maßnahmen wurden nicht getroffen. Wenn ein Parteigenosse sich ganz auf den Boden der bürgerlichen Weltanschauung stellt, dann gehört er nicht mehr zu uns. (Zurufe: Dann stellen Sie doch Ausschlußanträge!) Das können wir nicht. (Widerspruch.) Man hat gesagt, die Trennung sei nur eine Sache der Führer, die Massen würden schon allein den Weg zurückfinden. Wenn das wahr wäre, dann brauchten wir uns nicht zu streiten und mit den Anträgen gar nicht zu beschäftigen. Aber wer in der Arbeiterschaft selbst tätig ist, weiß, daß die Bewegung der Unabhängigen nicht von ein paar Führern gemacht ist. Wir hatten uns zwar gegen jede Sonderbündelei erklärt, aber hatten erleben müssen, daß die Sonderbündelei am grünen Tisch selbst gefördert wurde. (Widerspruch.) Die Gründung des Vorwärtsklubs in Berlin rechne ich dazu. (Lachen bei den Berlinern.) Der Parteivorstand trägt der Stimmung der Massen zu wenig Rechnung. Es mag sein, daß große Teile der Feldgrauen Ihnen zustimmen. Aber auch wir bekommen Schreiben aus

dem Felde. Wir in Mühlhausen haben uns ausdrücklich an unsere Feldgrauen gewandt und neun Zehntel stehen auf dem Standpunkt, daß an dem Parteistreit nur die Intoleranz des Parteivorstandes schuld hat. (Widerspruch.) Soll unser ganzer stolzer Bau erst ganz in Trümmer liegen, ehe wir die Einigung versuchen? Jetzt ist die Gelegenheit gegeben. Ich bin nur ein kleiner Geist und nur aus der Provinz (Gelehrtheit), aber was ich gesagt habe, entspricht der Stimmung der Arbeiterschaft. (Weringelte Zustimmung.)

Scheidemann: Im Laufe der Debatte ist über Elsaß-Lothringen gesprochen worden, und zwar im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Ich kann in den mir zur Verfügung stehenden zehn Minuten auf diese Frage nicht ausführlicher eingehen, weil ich einige andere Dinge behandeln muß. Aber ich stelle fest, daß Elsaß-Lothringen keine besondere Nation ist. (Sehr richtig!) Elsaß-Lothringen ist deutsches Land, und wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversehrtheit Deutschlands gehört zu unseren Friedensforderungen. (Sehr richtig!)

In dem Sündenregister, das man dem Parteivorstand vorgehalten hat, nimmt seine angebliche Gewaltpolitik einen breiten Raum ein. Eine Glanznummer ist dabei das angeblich brutale Verhalten des Parteivorstandes gegenüber dem „Vorwärts“. Ich erinnere daran, was wir unter der früheren Redaktion des „Vorwärts“, des Zentralorgans unserer Partei, haben erdulden müssen. (Sehr wahr!) Die Geburt des Parteivorstandes war in der Tat groß. (Sehr richtig!) Als alle unsere Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, gescheitert waren, sind wir im Juni 1918 soweit gegangen, den Berliner Körperschaften vorzuschlagen, den „Vorwärts“, das Eigentum der deutschen Sozialdemokratie, scheidlich friedlich zu teilen. Das „Berliner Volksblatt“ sollte vom Organ der Gesamtpartei getrennt werden. Nach diesem Vorschlag konnten beide Blätter große Teile gemeinsam benutzen und es sollte für jedes Blatt vollkommen selbständig eine politische Redaktion eingestiftet werden. Unter Weglassung der Worte „Berliner Volksblatt“ sollte der eine Teil als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erscheinen, während das „Berliner Volksblatt“ mit dem Untertitel erscheinen sollte: „Organ der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin“. Weiter wurde von uns vorgeschlagen, daß der gleiche Preis für beide Blätter gelte, daß die Menderung rechtzeitig bekanntgegeben werden sollte, damit jeder Leser bestimmen konnte, ob er den „Vorwärts“ oder das „Berliner Volksblatt“ haben wolle. Expedition und Austrägerinnen sollten für beide Blätter dieselben sein. Weiter konnte der Parteivorstand wirklich nicht gehen, als daß er den „Vorwärts“, das Eigentum der deutschen Partei, den Berliner Genossen in dieser Weise zur Hälfte ausliefern wollte. (Sehr richtig!) Unser Vorschlag wurde mit Hohn und Spott abgelehnt. (Hört! hört!) Den Berliner Genossen selbst aber war von unserem Vorschlag gar keine Mitteilung gemacht worden. (Hört! hört!) So verführten dieselben Leute, die sich über mangelnde Demokratie in unserer Partei beschwerten. (Sehr gut!)

Dann ist viel geredet worden über die Vorgänge, die zur Spaltung geführt haben. Hug hat mit Recht betont, daß wir schwere Differenzen schon vor dem Kriege gehabt haben. Ich erinnere nur an den Parteitag von Jena im Jahre 1913, wo es Genossen gab, die jetzt den verschiedensten Gruppen der Opposition angehören und von uns eigentlich nicht mehr und nicht weniger verlangten, als eine Aktie des Futurismus. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Es ist damals gefragt worden, was uns denn eigentlich von den Unorganisierten trenne. „Ein Blatt Papier“, das Mitgliedsbuch. Und es wurde hinzugefügt, „daß die unorganisierten Massen noch niemals versagt hätten“.

Für die Organisation empfahl man uns polnische Wirtschaft, für die Laktifizische Zustände. (Sehr richtig!) Eine sozialdemokratische Partei war für das große Deutsche Reich zu wenig, hatten doch sogar die Polen verschiedene Parteiorganisationen. Jetzt sind wir nun soweit, daß wir in Deutschland verschiedene Organisationen haben. Man hat hier nur von den Unabhängigen gesprochen. Aber haben wir denn mit den Unabhängigen allein zu tun? Es gibt doch auch noch die Spartakusgruppe, die Gruppe der Internationale, die Gruppe um die „Bremer Arbeiterpolitik“ herum usw. Eins ist allen Gruppen gemeinsam: der Kampf gegen uns in der häßlichsten Form. (Sehr richtig!) Freilich, wenn wir objektiv sein wollen, dann können wir zu unserem Trost feststellen, daß wir noch immer besser wegkommen, als jede einzelne dieser Gruppen, die sich untereinander beschimpfen. (Weiterkeit und Sehr richtig!) Wie sind Haase und Lebebour heruntergerissen worden! Lesen Sie die Flugblätter und Broschüren der verschiedenen Gruppen durch. Karl Kautsk, der jetzt wieder, nachdem er lange bei den „Radikalen“ in Niskredit war, in den Himmel gehoben wird, wurde als ein Mann bezeichnet, der die „Neue Zeit“ zur Dürne gemacht haben sollte. (Hört! hört!) Aber man spricht wohl deshalb nur von den Unabhängigen, weil sie unzweifelhaft die stärkste Gruppe unter der Opposition sind. Wenn auch nur eine Spur von Einigungswillen auf der Gegenseite vorhanden wäre, dann müßten doch mindestens die häßlichen Beschimpfungen und Verleumdungen aufhören. (Sehr richtig!) Ohne diese Voraussetzung ist eine Verständigung wohl unmöglich.

Warum sollen wir nun so schlechte Kerle sein, warum werden wir so heruntergerissen? Wir sollen angeblich sozialdemokratische Grundsätze mißachten und mit Füßen getreten haben. Das wird uns von Reuten zum Vorwurf gemacht, deren wissenschaftlicher und revolutionärer Führer jetzt Eduard Bernstein ist. Eduard Bernstein selbst aber hat vor den entscheidenden Tagen des August 1914 bei den Genossen, bei denen sich noch leise Zweifel über das Ja oder Nein bei der Kreditfrage regten, diese Zweifel beseitigt. Als einige mit Eduard Bernstein redeten, ob wir wirklich den Weg einschlagen könnten, den wir eingeschlagen haben, da griff Eduard Bernstein in seine Tasche und holte Blatte von Marx, Lassalle, Engels und Kautsk heraus, um ebenso heftig wie haarig zu beweisen, daß eine andere Laktifiz gar nicht möglich sei! (Hört! hört!) Vom Standpunkt Eduard Bernsteins war das auch ganz selbstverständlich, denn was hatte er uns denn gelehrt? Hören Sie:

„Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist er doch nicht mehr in dem Sinne rechtslos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgültig sein können. . . . Nichts gebietet ihr (der Arbeiterklasse), dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart und Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht nur um Viehhäberereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswohlfahrt gleichgültig oder gar nachteilig sind, wo in der Tat wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Präntentionen ausländischer Interessenten sein.“

(Hört! hört!) Und weiter lehrte uns derselbe Bernstein:

„Dies ist keine neue Auffassung, sondern einfach die Zusammenfassung des Gedankenganges, der fast allen Kennerungen von Marx, Engels und Lassalle über Fragen der auswärtigen Politik zugrunde liegt.“ . . .
„Es gibt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Einzireten für nationale Interessen als Chauvinismus oder Verletzung der Internationalität und der Klassenpolitik des Proletariats erscheint.“ . . .

„Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen, was sie ist, um so mehr werden auch ihre Ausichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik. Aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung am revolutionärsten sich gebärdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Vörlertum für die Erlämpfung von Reformen verbündeten.“

(Hört! hört!) Das alles sagte uns Eduard Bernstein nicht etwa nur unmitttelbar vor unserer Entscheidung über die Kriegskredite, sondern das hatte er schon viele Jahre lang unausgesetzt der deutschen Arbeiterklasse empfohlen. Wenn man vor dem Kriege über diese Lehren unserer Theoretiker freireiten konnte, im Kriege selber gab es keine andere Möglichkeit für uns, als so zu handeln, wie wir gehandelt haben. (Zustimmung.) Wir hätten die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten, hätten wir anders gehandelt. (Sehr richtig!) Wir hätten auf Jahrzehnte die deutsche Arbeiterklasse rechtslos gemacht und unübersehbarer Emd entgegengeführt. Bernstein, der wissenschaftliche Vertreter der Unabhängigen, hat sehr schnell umgelernt. (Sehr richtig!) Wenn einer von denen, die uns das Umlernen vorwerfen, umgelernt hat, so ist er es. (Sehr richtig!) Das sage ich nicht, um Eduard Bernstein, der seine Qualitäten hat und den ich als Mensch allezeit geachtet habe, eine Bosheit zu sagen, sondern um die Frage aufzuwerfen, ob im Ernst jemand von uns annimmt, daß die ganze deutsche Sozialdemokratie sich jedesmal mit-maufern muß, wenn sich einer der Theoretiker mauert. (Weiterkeit und Sehr gut!) — Was die Opposition von uns verlangt hat, ist das Gegenteil von dem, was man unter Demokratie versteht. Es ist nicht mehr und nicht weniger, als daß die Mehrheit sich der Minderheit fügen sollte. (Sehr wahr!) Entweder mußte das von uns verlangte Verhalten als nationalliberal oder anarchistisch bezeichnet werden; entweder es macht jeder was er will, oder es war diktiert von dem Größenwahn dieses oder jenem: Ich weiß es, ich bestimme es, und so wie ich es will, hab ich es zu machen. Man muß miterlebt haben, was wir in der Fraktion erlebten, wochenlang, monatelang, jahrelang, um das zu verstehen. (Sehr richtig!) Es ist wahr: die Laktifiz, die wir befolgt haben, ist von keinem Parteitag beschlossen worden. Es war nicht möglich, einen Parteitag einzuberufen, weil unter dem Belagerungszustand alles Vereins- und Versammlungsleben zunächst unterdrückt war. Es stellte sich heraus, daß wir eine große Lücke im Organisationsstatut hatten. Während des Sozialkrieges war beschlossen, daß, solange kein Parteitag stattfinden kann, die Reichstagsfraktion die Leitung der Geschäfte zu bejorgen hat. Das stand also 1914 leider nicht im Organisationsstatut; aber es war selbstverständlich, daß als zunächst berufene Instanz die Reichstagsfraktion in Betracht kommen mußte, um so mehr, als der Parteiaussschuß ihr zur Seite stand. Die Reichstagsfraktion in ihrer großen Mehrheit war dafür, der Parteiaussschuß ebenfalls, die Partei in ihrer großen Mehrheit war dafür, der Parteiaussschuß ebenfalls, die Partei in ihrer großen Mehrheit war dafür, die Reichskonferenz hatte auch gebilligt, was wir getan hatten. Da soll man uns wegbleiben mit den Vorwürfen, wir hätten eine Laktifiz eingeschlagen, die nicht den Interessen der Arbeiterklasse entsprach. Nichts ist wahr von alledem, was Vorredner, wie z. B. der letzte, Gester, gesagt haben über eine Gewaltspolitik des Parteivorstandes in der Richtung, daß wir Meinungen unterdrückt hätten, oder Meinungen nach links zu unterdrücken versucht hätten, während wir nach rechts alles hätten laufen lassen. Das ist direkt aus den Fingern gezogen. Wir sind für die größte Meinungs-freiheit bis heute gewesen und werden es allezeit sein. (Bravo!) Aber was wir verlangen müssen, ist die Geschlossenheit der Partei in der Aktion, die

280

Erster Verhandlungstag. — Nachmittagsitzung.

Disziplin in der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist mir absolut unverständlich, was Gester gesagt hat. Ist denn das so schwer auseinanderzuhalten, daß wir jeden unter seinem Namen schreiben lassen was er will, daß sich aber alle zu fügen haben unseren Parteitagebschlüssen. Sage man uns doch, wo wir nach links etwa eingeschritten wären, um die freie Meinung zu unterstützen! Nichts deraartiges ist geschehen, unsere Redakteure konnten schreiben wie sie wollten. Aber, wie Gbert schon gesagt hat: wenn sie ihr Vertrauensamt dazu benutzten, um die Organisation, deren Interessen sie vertreten sollten, zu sprengen, dann mußten wir allerdings sagen: Halt, stopp! Dafür bist du nicht da; wenn du gegen die Partei arbeiten willst, dann mußt du allerdings deinen Posten, auf den du in dem Vertrauen, das wir dir geschenkt haben, gestellt bist, verlassen. Das ist selbstverständlich (Sehr richtig!) — Dann wurde von Springer der Vorwurf erhoben, der auch im Lande Isportiert wird, die Partei hätte im Falle Liebknecht nicht ihre Schuldigkeit getan. Göbe hat das schon mit guten Gründen widerlegt. Sie werden es begreifen, wenn ich auf den Fall hier nicht zu sprechen komme. Das können wir nicht. Was in unseren Kräften gestanden hat, solange Liebknecht bei uns war, um ihm gut zuzureden, ist geschehen, und was wir tun konnten, um ihm zu helfen, als er nicht mehr bei uns war, das ist auch geschehen. Wir haben nicht alles an die große Glocke gehängt. (Sehr richtig!) Das wird auch jetzt nicht getan werden. Aber wenn man uns hier mit deraartigen Vorwürfen kommt, so will ich doch sagen: Keine fünf Minuten waren vergangen, seitdem wir wußten, daß man Liebknecht eingesperrt habe, da waren wir schon vorfällig beim Kriegsministerium; 15 Minuten später war unsere Verbindung auch mit dem Reichsamt des Innern hergestellt, um die Interessen Liebknechts wahrzunehmen. Die Vorwürfe, daß wir ihn verlassen hätten, weise ich ganz entschieden zurück. Was ist denn aber passiert bei allen Versuchen, die wir später unternommen haben, um ihm zu helfen. Beschimpft hat man uns auf der Reichskonferenz. Und als ich im Reichstag im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion eine Amnestie verlangt habe, unter besonderer Bezugnahme auf Liebknecht, dessen Ehrenhaftigkeit von niemand bezweifelt werden könne, da wurde ich von der linken Seite ebenfalls beschimpft. (Hört! hört!) Will das wird uns nicht abhalten, nach wie vor unsere Schuldigkeit zu tun, ohne danach zu fragen, ob man es gut oder schlecht findet. Wir werden handeln, wie es unser Gewissen und unsere Pflicht gebietet. (Sehr gut!)

Es ist dann auch heute wieder von der Unterdrückung der Unabhängigen gesprochen worden; sie könnten nichts sagen, nichts schreiben. Güttemann hat sogar die Pamphlete in Schutz genommen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Stellungnahme gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, sondern ausschließlich um Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei, zum Teil um interne Dinge, oder um niederträchtige Beschimpfungen einzelner Personen, die mit Rücksicht auf jene Leute trotzdem den Mund hielten, um ihnen keine Annehmlichkeiten zu machen. Das hängt unmittelbar zusammen mit dem Kapitel von den „Regierungssozialisten“. Ich habe gegenüber diesem Vorwurf nie Haß empfunden, Mergel oder Mut. Wenn ich dergleichen lese, dann beschleicht mich immer das Gefühl des Mitleids: wie schwach fundiert müssen die Gründe sein, die Leute haben, wenn sie zu deraart Kleinlich-erbärmlichen Mitteln greifen müssen. (Sehr wahr!) Das soll auf die Arbeiter wirken; aber es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiter erfahren, was wir durch unsere sogenannte Regierungspolitik für die Arbeiter getan haben. Was ist es denn, abgesehen von dem, was sich in aller Deffentlichkeit abgespielt hat, was uns mit der Regierung zusammengeführt? Doch nichts anderes, als daß wir hingingen, um Arbeiterinteressen zu vertreten, Soldateninteressen

wahrzunehmen, um die Interessen der Frauen von Soldaten und Arbeitern zu vertreten, um die Opfer des Belagerungszustandes in Schutz zu nehmen. Das war unsere „Regierungspolitik“! Eine spätere Zeit wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine spätere Zeit, die auch feststellen wird, wie verschiedenen Menschen wir glücklicherweise sogar das Leben haben retten können. (Hört! hört!)

Parteigenossen! Wir haben nichts getan, was die Einheit der Partei hätte fördern können, wir werden und wollen nichts tun, was den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in Deutschland irgendwie hindern könnte. Aber ich glaube, es wäre falsch, wenn wir die Bahn betreten wollten, die mehrfach vorgeschlagen ist. Das beste ist, wir entscheiden uns dahin, die Nürnberg-Würzburg-Resolution 2 anzunehmen, deren Vater, jовiel ich weiß, Adolf Braun ist; außerdem wäre die von Sebering und Genossen empfohlene Resolution zu bescheiden. Damit bekunden wir unseren guten Willen deutlich. Wir Sozialdemokraten und insbesondere wir in der Parteileitung glauben die Notwendigkeit der Zeit erkannt zu haben und wir sind entschlossen, dementsprechend zu handeln. Jetzt ist nicht die Zeit für theoretische Spitzfindigkeiten, sondern jetzt heißt es praktische Arbeit leisten im Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse. (Bravo!) Ich bin fest überzeugt, die deutschen Arbeiter werden erkennen, wer ihre Interessen wahrgenommen hat und sie werden zur Tagesordnung über ihre Interessen diejenigen, von denen sie erkennen werden, daß sie nur tabulae rasen gehalten, aber nichts getan haben. Was für die Arbeiterklasse erreicht worden ist, wurde erreicht durch die große sozialdemokratische Partei. Ich werde nicht daran: Die deutschen Arbeiter werden sich zusammenfinden in einer einheitlich wirkenden deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Köln-Karlsruhe: Es ist mit Recht wiederholt betont worden, daß unsere Parteipresse den Anforderungen eines erweiterten Reizkreises nicht mehr genüge. Die Vorschläge Sollmanns kann ich nur unterstützen. Unsere Parteipresse hat heute noch viel zu sehr den Charakter eines sozialdemokratischen Vereinsorgans. Unser Nachrichtendienst ist vernachlässigt. Unter dieser Rücksicht leidet auch die geschäftliche Seite unserer Unternehmungen. Es herrscht in unseren ganzen sozialistischen Geschäftsbetrieben ein starker Konkurrenzdividismus, der unter allen Umständen überwunden werden muß. Er schädigt nicht nur unsere Parteipresse, sondern auch unseren Buchhandel, der in keiner Weise mit dem bürgerlichen Buchhandel konkurrieren kann und diesem den meisten Absatz überlassen muß. Hier muß Remedur eintreten und müssen tüchtige Leute an die Spitze der Geschäfte gestellt werden oder bleiben, deshalb, weil er jahrelang in der Partei ist, Geschäftsleiter werden oder bleiben, wenn er nicht fähig dazu ist. Leider wird darauf jedoch nur allzuviel Rücksicht genommen. Wenn da nicht eine Aenderung eintritt, so werden wir nach dem Kriege unser blaues Wunder erleben.

Was heute morgen zu den Vorstandsberichten gesprochen wurde, war sehr oberflächlich. Es gibt in der ganzen deutschen Sozialdemokratie nicht einen ehrlichen Menschen, der nicht den sehnlichsten Wunsch hätte, daß so schnell wie möglich die Spaltung wieder überwunden und die organisierte Einheit wiederhergestellt würde. Darüber, ob das möglich ist, entscheiden aber nicht unsere Wünsche, sondern ganz andere Dinge. Die Spaltung kam nicht von unserer Seite, sondern ganz andere Dinge. Es ist ein großer Selbstbetrug, wenn es immer noch so hingestellt wird, als ob diese Spaltung aus der Kriegspolitik der Sozialdemokratie hervorgegangen sei. Die Spaltung wäre eingetreten, auch wenn der Krieg nicht wäre. Wir hätten sie schon auf dem Magdeburger Parteitag bekommen, wenn die damalige Minorität ebenso leichtfertig über Demokratie und Parteidisziplin sich hinweggesetzt hätte, wie sich die Unabhängigen während des Krieges darüber

Partei ausgetreten ist, uns erklärte, das Hilfsdienstgesetz ist von der Sozialdemokratischen Fraktion nur deshalb angenommen, weil es nur für die Arbeiter, nicht aber für die Angestellten gilt. (Lachen.) Dieser Genosse weiß es nicht anders. Wenn aber dann von solchen Parteiführern so etwas weiter erzählt wird in den Mitgliedschaften, dann braucht man sich absolut nicht darüber zu wundern, wenn eine solche Stimmung zum Ausdruck kommt. Oder was soll man dazu sagen, wenn in dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ über den Austritt der Steinseker aus dem Kartell gesagt ist, der Austritt ist einstimmig beschlossen, weil das Leipziger Kartell die Politik der Generalkommission macht, und wenn in demselben Bericht mitgeteilt wird, man habe mit Befriedigung Kenntnis genommen von dem Antwortschreiben des Vorsitzenden des Steinsekerverbandes, des Genossen Knoll, der Mitglied der Generalkommission ist, auf die Begleichwünschung der Leipziger Steinseker zu seinem Jubiläum. (Heiterkeit.) Wie weit es gekommen ist, können Sie daran erkennen, daß die Leipziger Unabhängigen beschlossen haben, daß in den gemeinsamen Kommissionen zur Propaganda für die Genossenschaftsbewegung, für das Bildungswesen usw. nur noch die anerkannt werden, die unabhängig organisiert sind. Infolgedessen hat man ein Mitglied des Kartellauschusses, der seit Mitte der achtziger Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert ist, aus der Propagandakommission ausgeschlossen. (Hört, hört!) Sie werden zugeben, daß solche Vorgänge eine Einwirkung in sehr weite Ferne rücken und daß man fast an der Einigung verzweifeln kann. Aber trotzdem dürfen wir nichts unberücksichtigt lassen und ich glaube, daß die Entschließung 43 und der Antrag Würzburg-Nürnberg den richtigen Weg zeigen. Daß wir damit etwas Positives erreichen, glaube ich ja nicht, aber wir haben unter allen Umständen die Pflicht, nach außen hin unseren schlechtberatenen Genossen gegenüber immer und immer darauf hinzuweisen, daß wir bemüht sind, in gemeinsamer Tätigkeit das herbeizuführen, was wir uns zum Ziel gesteckt haben. (Bravo!)

Vorsitzender Auer teilt mit, daß Resolution Nr. 50 eingegangen ist.

Der Parteitag vertagt sich.

Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. Oktober 1917. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Auer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und teilt ein Begrüßungstelegramm des Partei- und Fraktionsvorstandes der geeinigten Sozialisten Bulgariens mit, das mit den Worten schließt: „Vorwärts zu baldigem und dauerhaftem Frieden!“, gez. Salasoff.

Es wird der Bericht erstattet von der

Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter Stellung-Lübeck: Auf dem Parteitag sind anwesend 283 Delegierte, die insgesamt 262 Kreise vertreten, 55 Reichstagsabgeordnete, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, 1 Mitglied des Zentralbildungsausschusses, je ein Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“, der „Gleichheit“ und des „Wahren Jacob“, 8 Mitglieder des Parteiausschusses und ein Genosse als Referent, zusammen 365 Personen, darunter 9 Genossinnen. Der als Geschäftsführer des Hamburger „Echo“ gemeldete Genosse Schäder kann erst heute eintriften. Nicht erschienen sind einige beim Parteivorstand angemeldete Delegierte aus den Wahlkreisen Passau, Kaufbeuren und Glauburg. Diese Genossen stehen zum Teil im Militärverhältnis und haben sicherlich nicht rechtzeitig abkommen können. Proteste und sonstige

Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Kommission hatte also eine verhältnismäßig leichte Arbeit. In Anbetracht der eigenartig gelagerten Verhältnisse innerhalb unserer Partei erscheint es zweckmäßig, Ihnen mitzuteilen, wie die einzelnen Bezirke unserer Partei vertreten sind. Sie werden daraus erkennen, daß die Partei aus dem ganzen Reiche vertreten ist, und zwar in folgender Weise: Bezirk Ostpreußen 6 Kreise durch 4 Delegierte, Westpreußen 2 Kreise durch 1 Delegierten, Groß-Berlin 8 Kreise durch 10 Delegierte, Brandenburg 13 Kreise durch 19 Delegierte, Pommern 4 Kreise durch 4 Delegierte, Posen 3 Kreise durch 3 Delegierte, Breslau 9 Kreise durch 6 Delegierte, Götting 5 Kreise durch 4 Delegierte, Oberlangensielau 4 Kreise durch 4 Delegierte, Kattowitz 9 Kreise durch 1 Delegierten, Magdeburg 10 Kreise durch 14 Delegierte, Halle 2 Kreise durch 2 Delegierte, Erfurt 2 Kreise durch 2 Delegierte, Schleswig-Holstein 10 Kreise durch 14 Delegierte, Hannover 11 Kreise durch 14 Delegierte, sächsische Westfalen 6 Kreise durch 9 Delegierte, Hesse-Nassau 6 Kreise durch 7 Delegierte, Hesse-Cassel 2 Kreise durch 2 Delegierte, Oberhein 9 Kreise durch 4 Delegierte, Niederrhein 11 Kreise durch 9 Delegierte, Nordbavarn 13 Kreise durch 15 Delegierte, Südbavarn 19 Kreise durch 23 Delegierte, Pfalz 4 Kreise durch 4 Delegierte, Dresden 7 Kreise durch 13 Delegierte, Chemnitz 6 Kreise durch 8 Delegierte, Leipzig 2 Kreise durch 2 Delegierte, Bwidau 3 Kreise durch 4 Delegierte, Mürtenberg 14 Kreise durch 14 Delegierte, Baden 11 Kreise durch 12 Delegierte, Hesse 9 Kreise durch 9 Delegierte, Mecklenburg-Lübeck 6 Kreise durch 7 Delegierte, Groß-Thüringen 9 Kreise durch 9 Delegierte, Oldenburg 5 Kreise durch 5 Delegierte, Braunschweig 3 Kreise durch 3 Delegierte, Hamburg 3 Kreise durch 10 Delegierte, Nordwest 5 Kreise durch 6 Delegierte, Elsaß-Lothringen 1 Kreis durch 1 Delegierten, zusammen 262 Kreise durch 283 Delegierte.

Die Kommission bittet Sie, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird genehmigt und darauf die Besprechung des Vorstandsberichtes fortgesetzt.

Grenz-Leipzig: Streit in der Partei und demnach auch in der Fraktion haben wir stets gehabt, und es würde nicht gut sein, wenn Meinungsverschiedenheiten einmal in der Partei nicht mehr vorhanden sein würden. Bei den Streitigkeiten zwischen dem rechten und linken Flügel handelte es sich um solche, die Fragen zwischen dem rechten und linken Flügel beschäftigen werden, und dabei stehe ich heute noch auf uns auch nach dem Kriege beschäftigen werden, und dabei stehe ich heute noch auf dem linken Flügel. Tatsache ist aber folgendes: kurz vor der Reichstagsitzung vom 4. August 1914 war ich in der Zusammenkunft der Fraktionslinken. Hierbei zeigte es sich, daß man nach einigen kurzen Auseinandersetzungen klar darüber war, daß die große Masse der Linken sich vollständig auf den Standpunkt gestellt hat, daß das zu geschehen hat, was dann auch eintrat. Nachdem Behmann den Völkerechtsbruch gegenüber Belgien zugegeben hatte, traten während einer zweistündigen Pause die Fraktionen zusammen, auch die sozialdemokratische. Aber nicht ein einziges von all ihren Mitgliedern kam auf das Eingeständnis. Aber nicht ein einziges von all ihren Mitgliedern kam auf das Eingeständnis. (Hört, hört!) Das befestigt mich in dem Glauben, Behmanns zu sprechen. (Hört, hört!) Das befestigt mich in dem Glauben, daß fast Einstimmigkeit darüber herrschte, was zu tun sei. Wenn hinterher dies mit dem Drang der Geschäfte begründet wurde, so kann das doch nicht auf Leute wie Haase, Gentle usw. angewendet werden. Die hätten doch zu einer solchen Erklärung des Reichstagsanglers Stellung nehmen müssen, wenn sie in ihr maßlich aber entwickelten sich die Dinge und schließlich kam die Opposition, die nichts anderes finden konnte, mit einemmal und erklärte, der Krieg sei kein Verteidigungskrieg mehr, sondern ein Eroberungskrieg. Das stimmt auf keinen Fall. An der Westfront sind nach den ersten Stadien unsere Heere von den

schauungen. Wenn Jädel gesagt hat, wir hätten die alten Grundzüge der Partei geopfert, so hätte er sich gar nicht in besondere Unkosten stürzen brauchen, denn diese Melodie kennen wir seit Jahrzehnten. Vor mir liegt ein Flugblatt aus dem Kampfe der Unabhängigen gegen den Parteivorstand von 1890/91. Dieselben Vorwürfe, die uns heute gemacht werden, werden dem Parteivorstand von damals in diesem Flugblatt gemacht. Da wird gesagt, daß der revolutionäre Geist durch die Führer systematisch erstickt werde, daß jedes demokratische Fühlen und Denken erstickt werde, daß wir eine pure Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung zu werden drohten und daß alles geschehe, um mit der Bourgeoisie einen Ausgleich herbeizuführen. Ja, selbst der alte Liebknecht wird in dieser Weise bekämpft und seine Rede auf dem Hallenser Parteitag von dem Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat wird sinnloser Wahnwitz genannt, der nur von politischen Rindsköpfen stammen könne. (Hört! hört!) Also nicht ein neues Moment bietet der Kampf der jetzigen Unabhängigen gegen die Partei. Die Unabhängigen sind ein Teil der Anarchisten, der sich in unsere Partei eingeschlichen hat. Seitern ist gesagt worden, es sei eine Beschimpfung, wenn man diese Leute Anarcho-Sozialisten nenne. Das bestritte ich. Das Wort stammt von einem der sympathischsten Genossen, der es auf sich selber angewandt, von Raphael Friedeberg, dem die Forderungen der Sozialdemokratie nicht schnell genug verwirklicht wurden und der den Generalstreik als alleiniges Heilmittel empfahl. Er suchte für diese Anschauung Anhänger in der Partei zu werden und nannte sich stolz einen Anarcho-Sozialisten.

Was ist nun der hauptsächlichste Grund für die Spaltung? Meist wird unsere Stellung zum Kriege genannt. Aber haben wir nicht vorher ähnliche Gegenfälle gehabt? Man denke nur an den Streit über die Dämpfung bei den Stichwahlen zu den letzten Reichstagswahlen, an unsere Stellung zu Steuervorlagen und an anderes mehr. Die Gegenfälle sind nicht erst im Kriege entstanden. Aber immer ist gesagt worden, daß die Minderheit sich der Mehrheit fügen müsse, und zwar gilt das nicht nur für die Reichstagsfraktion, sondern für jeden einzelnen Genossen, denn dieser Grundsatz ist die Grundlage jeder Demokratie. (Sehr richtig!) Diesen Grundsatz aber hat ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion nicht anerkannt, und Karl Rausch hat wissenschaftlich begründet, daß dieser demokratische Grundsatz eigentlich Unsinns sei, denn die persönliche Ueberzeugung gehe über alles. Wer denkt da nicht an Kalunin, der sich gegen jede Tyrannei auflehnte, auch gegen die Tyrannei der Mehrheit, der mit den überkommenen demokratischen Grundsätzen völlig brach und damit die Spaltung herbeiführte. Wir können aber diesen demokratischen Grundsatz nicht aufgeben, es darf nicht jeder tun können, was er will, vielmehr müssen wir gerade im Kriege an dem Mehrheitsgrundsatz festhalten. (Zustimmung.)

Man hat uns in diesen Auseinandersetzungen Regierungsozialisten genannt, man hat von einer Replikenspresse in der Partei gesprochen und was dergleichen Schimpfereien mehr sind. Wir können das ruhig ertragen. Wir haben die Schimpfereien des Reichsverbandes ausgehalten, ja, sind dabei ganz gut gefahren, sind immer mächtiger und stärker geworden. Schlimmer kann es uns jetzt auch nicht ergehen, und man kann über diese Schimpfereien ruhig zur Tagesordnung übergehen. Man hat selbst zu Verleumdungen gegriffen. Auch diese Verleumdungen sind keine neuen Erscheinungen. Ein Mann, der sie genau kennt, Dr. Franz Mehring (Seitertzeit), schrieb: „Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Jesuiten, als die bornierten Radikalen, die mit ihrer Lugendhaftigkeit prunkend, vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurückzutreten pflegen.“ (Hört! hört!) Mehring kennt seine Leute, und wir

haben uns auch jetzt wieder überzeugen müssen, daß die Verleumdungen in der Natur dieser Leute begründet sind. Das Franz Mehring vor Jahren schrieb, gilt noch heute. Wir aber sagen: mögen sie weiter schimpfen und verleunden, wir werden trotz dieser Verleumdungen groß und stark werden.

Führer-München: Die Wiederbereinigung der gespaltenen Partei ist selbstverständlich keine leichte Aufgabe, aber dennoch ist sie notwendig, und die darauf abzielenden Bestrebungen dürfen deshalb nicht abgewiesen werden. Denn sie entsprechen dem Empfinden und Wollen weiter Kreise der Parteigenossen im Lande. Ich weise auf die Begründung Adolf Brauns hin. Parteigenossen im Lande. Ich weise auf die Begründung Adolf Brauns hin. Tatsachen sind, daß unsere Parteipresse im Lande zurzeit nicht das Gefühl, den Willen und die Anschauung der Parteigenossen wiedergeben kann. Die sogenannte Unabhängige Partei hat den unverzeihlichsten Fehler dadurch begangen, daß sie sich vom Parteikörper losgelöst hat. Trotz anderer Anschauungen hätte sie in der Partei bleiben und dort ihre Meinungen geltend machen müssen. Unverzeihlich ist es, daß eine ganze Reihe Genossen, die in der Kleinarbeit stehen, und sogar Gewerkschaftsführer der Partei den Rücken gekehrt haben, statt in ihr und mit ihr weiterzukämpfen. Ich bitte deshalb, die Entschliegung 50 anzunehmen, und wenn auch nicht von heute auf morgen, die Einigung zustandekommen kann, so kann sie doch angebahnt werden. Wer es ehrlich mit den Bestrebungen der Partei und mit den Arbeiterinteressen meint, könnte die auf die Wiederbereinigung abzielenden Bestrebungen gar nicht ablehnen.

Unsere proletarische Jugendorganisation leidet selbstverständlich während des Krieges außerordentlich, ganz besonders durch die Einberufungen der Jugendleiter und auch der Jugendlichen selbst. Dennoch muß die Partei alles aufbieten, damit nicht nur allein die Jugendorganisation während des Krieges erhalten werde, sondern daß sie auch nach dem Kriege noch viel mehr leistet als vorher und jetzt. Die bürgerliche Jugendorganisation, der freilich ganz andere Mittel und Wege zur Verfügung stehen, hat ganz außerordentliche Erfolge zu verzeichnen. Zurzeit wird viel größeres Gewicht gelegt auf die körperliche Ausbildung und Erkräftigung der Jugend. Bei uns hat man dies vor dem Kriege zu wenig gewürdigt. Es wird notwendig sein, den Lehr- und Arbeitsplan unserer Jugendorganisation zu ändern. Auch bei uns sind die Fragen der Körperpflege mehr in den Vordergrund getreten. Die Arbeiterjugendbewegung sollte gemeinsam mit dem Arbeiterturnerbund arbeiten. Dieser Turnerbund ergänzen sich; die eine Organisation hat die Jugend geistig fortzubilden und aufzuklären, die andere hat von Natur aus die Aufgabe der körperlichen Erkräftigung. Ich bitte den Zentraljugendausschuß, auf dieses Zusammenarbeiten sein Augenmerk zu richten und in Zukunft ein besseres Zusammenwirken in die Wege zu leiten. (Beifall.)

Brill-Hannover: Man fordert Tolstanz, aber wer den Verlauf des heftigen Konflikts verfolgt hat, der muß wissen, daß es sich heute nicht mehr um Meinungen handelt, sondern um Sein oder Nichtsein der Partei. Meinungen gegenüber hat die gesamte Partei stets die größte Tolstanz bewiesen und in diesem Konflikt haben Parteivorstand, Fraktion und Parteiauschuß

lange genug Duldsamkeit gelübt. Nicht an mangelnder Toleranz scheiterte die Einigkeit, sondern weil die Minderheit die Unterordnung unter die Mehrheit abgelehnt hat. Die Toleranz ist also zunächst von den Unabhängigen über Bord geworfen worden. Sollte denn die völlige Zerstörung der Partei abgewartet werden? Wer hat denn die Beitragsverweigerung gepredigt, und die Presse boykottiert? Handelte es sich da noch um Meinungen? (Sehr gut!) Die Verweigerung der Unterordnung ist unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen. Wenn wirklich, wie die Presse der Unabhängigen erklärt, die Stellung zum Kriege eine Gewissensfrage ist, dann mußten die Unabhängigen selbst die Partei verlassen, statt erst abzuwarten, bis die Partei gezwungen war, dem traurigen Spiel ein Ende zu machen. Ich erkenne selbstverständlich den Unabhängigen den guten Glauben zu, aber es fällt mir schwer, den guten Glauben den Führern der Unabhängigen im vollen Maße zuzugestehen. Einige möchte ich davon ausnehmen, aber allen fehlt die nötigste Eigenschaft für einen Führer in der Arbeiterbewegung, und das ist das Verantwortlichkeitsgefühl. Daran haben sie einen Mangel sondergleichen bewiesen, einen Mangel, der sie nicht befähigt, die Arbeiterklasse in schwierigen Zeiten durch die Klippen zu führen, durch die sie gerade während des Krieges geführt werden muß. Leute, die aus praktischer Erfahrung wissen, welche unendliche Mühe es kostet, Schiffbrüche in zurückgebliebenen Gegenden der politischen oder der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, können nicht so handeln wie die Unabhängigen gehandelt haben und bis heute noch handeln. Wir brauchen uns nichts weiß zu machen, wir können uns darüber klar sein, daß die Unabhängigen nach alledem, was wir bisher beobachtet haben, gar nicht die Mächtigen werden zwecklose Arbeit verrichten. Heute glaube ich noch nicht an die Möglichkeit einer Einigung, dazu ist die Erbitterung zu groß, dazu ist ja auch die Kampfweise der Unabhängigen nicht angehen. (Sehr richtig!) Es wurde gesagt, das Unrecht liegt auf beiden Seiten. Aber gerade für den Ausgangspunkt des Konfliktes trifft das nicht zu. Wer die demokratische Tugend der Unterordnung ablehnt, auf dessen Seite ist schon das Unrecht, in solchen Fragen kann es keine Verständigung geben, da gibt es nur entweder — oder. Wohin sollten wir denn sonst kommen, was wäre das für eine Organisation, in der eine Minderheit einfach erklären könnte, wir richten uns nicht nach den Beschlüssen der Mehrheit. Das Endresultat kann nur sein Unterordnung. So war es von jeher, und so wird es sein müssen, sonst hat das Wort Organisation seinen Sinn verloren. Ich habe die Hoffnung, daß die Arbeitermassen den Weg zurückfinden werden zur Organisation. An den Führern der Unabhängigen wird es liegen, daß sie den Anschluß nicht verpassen. Die Arbeiterschaft will die Einigung haben, sie weiß, daß nur geschlossenes Auftreten Erfolg bringen kann. Auf dieser Seite sind die Schwierigkeiten nicht groß. Nach meiner Auffassung werden wir durch die Resolution 48 das erreichen, was wir gegenwärtig tun können und erreichen müssen, und darauf kommt es an. (Bravo!)

Sirmann-Nürnberg: Bei dem Antrag Nürnberg handelt es sich nicht um die Meinung einzelner Personen, sondern um den Willensausdruck der gesamten Nürnberger Parteigenossenschaft. In sieben verschiedenen Parteiversammlungen ist einmütig dieser Wille zum Ausdruck gekommen, sowohl auf Seiten derer, die zur Politik der Unabhängigen hinneigen, als auf Seiten derer, die zur Politik der Mehrheit neigen. Alle stimmten darin überein, daß unter allen Umständen auf dem Parteitage ein kräftiger Wille für die Einigung zum Ausdruck kommen müsse. Es war interessant, daß in allen sieben Versammlungen ohne jeden Zusammenhang derselbe Gedanke sich Bahn brach. Das

hat die Parteileitung bewogen, den vorliegenden Antrag Nürnberg-Altendorf zu formulieren, der dann in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung einmütige Annahme gefunden hat. Es darf nicht verkannt werden, daß Fehler und Seitenirrtümer von allen Seiten gemacht sind. Es geht doch nicht an, daß einzelne Parteigenossen sich an Veranstellungen und Vaterländischen Kundgebungen beteiligen, die uns gar nicht betreffen, wenn neben einem Graf Bestarp auch Genossen in führender Stellung sprechen. Das erweckt das Mißtrauen der Arbeiter. Diesen Genossen muß deutlich gesagt werden, daß es eine Grenze gibt, innerhalb derer sie sich bewegen müssen. (Sehr richtig!) Wenn auch die persönliche Freiheit des einzelnen gewährleistet sein soll, so kann es doch nicht so weit gehen, daß die ganze Bewegung dadurch gehemmt wird. Weiter wird die Stimmung der Arbeiter ungünstig beeinflusst durch die Vertrauenslosigkeit vieler Genossen zur Regierung. Es wird uns immer erklärt, wir haben das Vertrauen, daß die Regierung unseren Anträgen Rechnung trägt, und dann haben wir immer beobachten müssen, daß die Regierung ihre eigenen Wege geht und daß trotzdem das Vertrauen führender Genossen nicht ins Wanken geraten ist. Das erzeugt bei den Genossen die Stimmung, daß dieser Weg nicht der richtige ist, sondern daß man davon abgehen muß, wenn man mit Erfolg die Entwicklung der Partei betreiben will.

Der eingegangene Ergänzungsantrag auf Einsetzung einer Kommission von Parteigenossen, die nicht im Vordergrund des Tagesinteresses stehen, mag zweckmäßig sein. Aber es ist noch von keiner Seite die Kompetenzfrage dieser Kommission aufgerollt worden. Es kann sein, daß an einzelnen Orten sich ganz schnell zur Durchführung gewisser Aktionen die Notwendigkeit ergibt, eine Verständigung herbeizuführen. Soll das nun den einzelnen Orten selbst überlassen bleiben, den richtigen Weg dafür zu finden, oder soll das die Kommission erlebigen, oder soll Aufgabe der Kommission nur die Gesamtverständigung von Fraktion zu Fraktion sein?

Was mich dazu bringt, größere Hoffnungen auf diese Einigungsbestrebung zu setzen, sind die treffenden Ausführungen, die Ebert gemacht hat, als er erklärte: von unseren alten Grundsätzen brauchen wir nichts preiszugeben, die Sozialdemokratie bleibt was sie war, wir wollen keine Rauferei durchmachen. Die Unabhängigen behaupten ja immer, daß wir unsere Grundsätze preisgegeben haben. Daher berechtigt mich diese Stellungnahme Eberts zu der Hoffnung, daß die Einigungsbestrebungen doch von Erfolg gekrönt sein können. Die Parteigenossen, die bereits abgesprungen sind, und das sind nicht wenige, haben doch immer den Wunsch ausgedrückt, daß die Trennung nur eine zeitweise sein möge. Wenn man mit den Parteigenossen kameradschaftlich sich unterhält, taucht immer wieder dieser Gedanke auf, daß ein gemeinsames Wirken doch erforderlich sei. Man muß also nicht auf die Auffassungen einzelner führender Genossen das Hauptgewicht legen, die Auffassung der Masse ist eine andere. Wenn die Einigung nicht an der persönlichen Verbitterung einzelner scheitern soll, so muß sie über deren Köpfe hinweg erfolgen.

Der Entschliezung Nr. 48 kann ich nicht zustimmen, weil in ihr jeder Hinweis darauf fehlt, daß auch auf der anderen Seite Fehler gemacht worden sind, die man für die Zukunft verhüten muß, wenn nicht die Einigungsbestrebungen den Todesstempel in sich tragen sollen. Die Auffassung Schöpfkins weise ich mit Entschiedenheit zurück. Nichts wäre gefährlicher, als wenn der heutige Parteitag eine Kundgebung beschlösse, wonach er Einigungsbestrebungen für unflug hält und zurückweist. Im Gegenteil muß der Parteitag eine kraftvolle und möglichst einmütige Kundgebung nach der Richtung erlassen, daß der Weg zur Verständigung gefunden werden muß, um einen kraftvollen Aufstieg der Arbeiterklasse zu ermöglichen. (Bravo!)

Müller (Partei Vorstand): Das Bild, das gestern Ebert über die Eudholmer Verhandlungen geben konnte, war kein erfreuliches. Fast in jedem Lande haben wir zwei Richtungen, die sich schroff gegenüberstehen. Uns Deutsche hat die Betrübnisheit der Internationale besonders schmerzhaft berührt, weil wir zu den Tagungen der Internationale niemals in Schützenfeststimmung hingegangen sind, bloß um die Internationale anzuhören, sondern weil wir stets mit ganzem Herzen bei der Sache gewesen sind. Wir haben ja mehr als einmal tatkräftige Beweise unserer Sympathie für die Internationale geliefert und sind heute noch stolz darauf. Wenn die Internationale noch nicht wieder zu einer Tagung zusammenkommen konnte, so liegt die Schuld auf beiden Seiten. Selbst das holländisch-standinawische Komitee, in dem gewiß genügend ententefreundliche Sozialisten vertreten sind, mußte in seinem letzten Manifest das ganz unzweideutig feststellen, als gegen die brutale Paßverweigerung der Entente Regierungen Stellung genommen werden mußte. (Sehr richtig!) Wir haben jedenfalls als deutsche Sozialisten alles getan, um das holländisch-standinawische Komitee und die russische Sowjet-Delegation in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die französische Partei hat sich in ihrer Kriegspolitik festgelegt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß in Frankreich selbst die Stimmen immer lauter werden, die gegen diese Politik Front machen. Gaben wir es doch in Frankreich erlebt, daß besitzende Truppen ihr „Wie Stockholm!“ dem französischen Kriegspräsidenten Poincaré zuriefen, der seinerzeit als Lotbringer von allen Freunden der Keimzelle auf den Schül erhoben worden ist. Aber trotzdem steht doch fest, und der Kongreß von Bordeaux hat es zuletzt noch erwiesen, daß heute noch die Albert Thomas und Renaudel ihre Politik in Frankreich treiben können, die darauf hinausläuft, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie bei einer eventuellen Konferenz auf die Anklagebank zu setzen und nach Möglichkeit überhaupt die Stockholmer Konferenz zu sabotieren, sie wirkungslos zu machen. Nun wären gewiß Renaudel und Thomas die letzten, die ein Recht hätten, uns gegenüber als Ankläger aufzutreten, haben sie doch die Politik ihrer Ribot und ihrer Painlevé so intim mitgemacht, wie wohl keine andere sozialistische Partei in irgendeinem Lande. Jene Politik, deren Verfechter behaupten, daß sie einen Krieg für die Humanität, einen Krieg für das Recht führen. Aber unsere französischen Parteifreunde vergessen, daß die Ribot und Painlevé, wenn sie vom Krieg für die Humanität reden, im Innern daran denken, daß sie einen Krieg um das Saarrevier führen und daß die französischen Imperialisten, wenn sie vom Kriege für das Recht reden, an die Annexion von Syrien denken. (Sehr wahr!) Wir deutsche Sozialisten haben nach dem Ausbruch der russischen Revolution die Formel des Petersburger Sowjet „ohne Annexion“ am 19. April in unserer Parteiausstellung angenommen und haben uns dann im Reichstag feierlich dazu bekannt. Aber selbstverständlich muß das auch bedeuten, daß gegen Deutschland ebenfalls keine Annexionen unternommen werden dürfen. (Zustimmung.) Wie sollten wir denn unseren Kampf gegen die deutschen Annexionisten mit Erfolg führen, wenn die anderen bei uns annekieren dürfen und das nur unseren Annexionisten verboten werden sollte. Nein, der Kampf gegen Annexionen gilt für jedes Land, sonst wird die Formel sinnlos. (Sehr richtig!)

Nun verstehe ich ja, daß Ragenstein den Franzosen eine Brücke bauen wollte, gerade weil heute das Haupthindernis der internationalen sozialistischen Einigung bei Frankreich liegt und weil zweifellos die elsass-lothringische Frage dabei eine große Rolle spielt. Er hat sich dagegen gewandt, daß wir in unserem Memorandum an Stelle einer einfachen Formel eine Spezialbehandlung der Nationalitätenfrage betrieben hätten, und meinte, der alte

Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen wäre genügend und richtiger gewesen. Scheidemann hat schon betont, daß wir niemals anerkannt haben, daß Elsass-Lothringen eine Nation sei. (Ragenstein: Hat niemand behauptet!) Unter Selbstbestimmungsrecht der Nationen verstehen wir das Bestreben der Unabhängigkeit der Nationen und innerhalb der Völker den Kampf für die Demokratisierung. Wir haben aber für Nationalitäten niemals ein volles Selbstbestimmungsrecht verlangt, sondern immer nur die Autonomie der Nationalitäten im Rahmen des Reiches. Im übrigen ist diese Formel „Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten“ eine der zweideutigsten Formeln. Aus den Verhandlungen in Stockholm wissen wir, daß Vandervelde etwas ganz anderes darunter versteht als die meisten anderen Sozialisten. Wir wissen, daß man mit dieser Formel die vollständige Zerstückelung Oesterreich-Ungarns herbeiführen kann und auch will, denn deswegen wird diese Formel in den Ländern der Entente popularisiert. Nun ist aber doch klar, daß nur ein völlig niedergeschlagenes Oesterreich in eine solche Atomisierung einwilligen würde. Das zeigt, daß eine Festlegung auf diese Formel die Kriegsverlängerung bedeuten würde und keine Brücke. Nun hat freilich Ragenstein insofern eine Einschränkung gemacht, als er sagte, ein solcher Antrag müsse aus der Mitte der betreffende Nationalität gestellt werden. Wo ist denn aber aus der Mitte der Elsass-Lothringer bisher eine solche Forderung gestellt worden? Der Landtag, der auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist, und die Bezirkstage haben sich für die Autonomie im Rahmen des Reiches erklärt; im Reichstag ist von den elsass-lothringischen Abgeordneten trotz des Schutzes der Immunität auch noch nie eine solche Forderung erhoben worden. Es sind doch nur die Weiskel, die Wetterlé, die Blumenhal, die damals nach Frankreich hinübergegangen sind, die diese Forderung gestellt haben. Unser alter Grundsatz — wenn hier von Grundsatzen die Rede sein kann — ist der, den Scheidemann betonte: Wir kämpfen für die Unverletzlichkeit des Deutschen Reiches. Die deutsche Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahrzehnten den Frankfurter Frieden anerkannt. Und als in Basel auf dem Internationalen Kongreß die bekannte lange Resolution angenommen wurde und man bestrebt war, all die Fragen darin zu erwähnen, die Kriegsgründe abgeben könnten, wurde die elsass-lothringische Frage aus der Resolution herausgelassen, und insbesondere Weiskel hat das für ganz selbstverständlich erklärt, weil eben diese Frage für uns erledigt war. Ebert hat bereits gestern darauf hingewiesen, daß die Resolution unseres Jenaer Parteitags sogar von einem französischen Sozialistenkongreß akzeptiert worden ist. Also wer Unklarheiten hervorruft in bezug auf die Haltung Deutschlands in dieser Frage, der kann dazu beitragen, den Krieg zu verlängern. Nur einem besiegten Deutschland könnte heute das deutsche Elsass-Lothringen wieder abgenommen werden. Wir verlangen einen Staatsmann an der Spitze Deutschlands, der uns möglichst rasch den Frieden bringt. Wie soll das aber dieser Staatsmann fertigbringen, wenn er zunächst vor dem deutschen Volke die Abtretung Elsass-Lothringens beräteln sollte? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es würde auch praktisch nichts nützen: wir würden den Forderungen der Franzosen gar nicht genügen. Die Franzosen verlangen ja nicht eine Abstimmung der etwa am 1. August 1914 in Elsass-Lothringen ansässig gewesen Elsass-Lothringer. Sie verlangen, daß die einwandernden Deutschen, die Schwaben nicht mit abstimmen dürfen, sie möchten gewanderten Deutschen, die von Eltern abstammen, die vor am liebsten, daß nur die abstimmen, die von Eltern abstammen, die vor 1870/71 in Elsass-Lothringen anwesend waren. Und wie soll im übrigen die Abstimmung vollzogen werden? Daß unter dem Kriegszustand im Operationsgebiet eine Abstimmung nicht vollzogen werden kann, ist klar. Sie würde zur

Farce werden und würde von keiner Seite anerkannt werden. Es bliebe also nur der von neutraler Seite gemachte Vorschlag, daß man etwa zwei, drei Jahre nach dem Kriege eine solche Abstimmung vornehmen solle. Aber das wäre das schlimmste, was nach diesem Kriege passieren könnte. Wir haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß nach diesem Kriege die Gegensätze abgeschliffen werden, die Blut des Hasses zurückgedämmt wird. Wenn aber nach einigen Jahren von neuem in Frankreich wie in Deutschland die Leidenschaften durch diese Abstimmung wieder aufgepeitscht werden sollten, so würde das die Arbeit, die im Interesse eines dauerhaften Friedens notwendig ist zur Beruhigung der Völker, aufs allerschlimmste gefährden. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn dieser Krieg einmal vorbei sein wird, man auch in Frankreich zur Besinnung kommen wird. Man wird sich nach dem Kriege in Frankreich den Schäden besehen, der dort durch die Opfer an Gut und Blut angetrichet worden ist, und wenn die Franzosen dann sehen werden, wieviel tote im besten Mannesalter Frankreich mehr zu verzeichnen hat als Elsaß-Lothringen Einwohner hat, Greise, Säuglinge und Frauen einbegriffen, wenn das erst einmal den Franzosen zum Bewußtsein kommen wird, dann werden sie Abrechnung halten mit den Politikern, die um Elsaß-Lothringens willen den Krieg weitergeführt haben.

Es sind keine allzu glänzenden Aussichten da in bezug auf die Verständigung über diese Frage. Aber ich habe die Hoffnung, daß auch von anderer Seite ein Druck ausgeübt wird auf die französische Regierung und auch auf die französischen Sozialisten, insbesondere von russischer Seite. Denn Rußland braucht den Frieden, und insbesondere die russische Revolution braucht ihn, wenn ihre Errungenschaften erhalten bleiben sollen. Ich erwarte, daß von russischer Seite nicht um einen Separatfrieden zu bekommen, sondern für den allgemeinen Frieden etwas getan wird. Wir wollen diesen, denn das Wort soll aufhören, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, das Wort zu Lande, zu Wasser und in der Luft. (Beifall.)

Arkwig-Berlin: Ich lege noch vor der Abstimmung Verwahrung dagegen ein, daß etwa diejenigen, die einer bestimmten Entscheidung nicht zustimmen, als Gegner der Einigung hingestellt werden. Es klang das aus verschiedenen Ausführungen heute schon so halb und ganz hindurch. Es gibt keinen, der nicht für die Einigung der Partei eintreten würde mit allen Fasern seines Lebens, es handelt sich nur darum, mit welchen Mitteln man diese Einigung herbeiführen will. Eine Kommission aus sieben Personen, die dem öffentlichen Parteileben möglichst entrückt sind, ist eine glatte Unmöglichkeit, sie kann unmöglich etwas Gutes erreichen. (Sehr richtig!) Der Parteitag wird die Politik, die die Partei in diesen drei Jahren getrieben hat, mit großer Mehrheit billigen, er wird der Parteileitung Aufgaben zuweisen, die sie erfüllen soll im Sinne ihrer bisherigen Politik. Und wenn nunmehr der Parteivorstand diesen Parteivillen zur Durchführung bringen will, so wird er eben darauf achten müssen, daß diejenigen, die sich zur Partei zählen, auch dem Parteivillen Rechnung tragen. Wenn nun neben dem Parteivorstand noch eine andere Kommission wirkt, so muß es nach der Lage der Dinge zu neuen Interessenskonflikten innerhalb der Parteileitung kommen und neuer Streit und neue Verwirrung werden in die Arbeiter hineingetragen. (Sehr richtig!) Auch für den Frieden in diesem unseligen Bruderkrieg gilt, was wir als Voraussetzung gesetzt haben für den Frieden im Weltkrieg: Der Bruderkrieg wird zu Ende sein in dem Augenblick, wo die Sicherung der demokratischen Grundsätze erreicht und der Gegner zum Frieden bereit ist. (Sehr richtig!) Ich kann denen nicht zustimmen, die sagen, der Parteivorstand sei schuld, daß

wir die Zerreißung der Partei haben. Der Parteivorstand ist von der Partei eingesezt zur Durchführung des Parteivillens, dieser wurde immer demokratisch durch die Mehrheit festgesetzt. Der Vorstand hatte also den Mehrheitswillen der Partei durchzuführen, er stieß dabei auf den Widerstand von Leuten, die nicht den Mehrheitswillen, sondern den Minderheitswillen durchgeführt haben wollten. Das hieß, die demokratischen Grundsätze auf den Kopf stellen. Der Parteivorstand mußte dem demokratischen Grundsatz Rechnung tragen, daß des Volkes Wille das höchste Gesetz ist. Bei uns war es bisher immer so, daß die Mehrheit den Parteivillen feststellte, und wenn die Unabhängigen behaupten, hinter der Mehrheit der Parteikörperschaften stehe nicht die Mehrheit der Genossen, so ist das ebenso nichts sagend, wie wenn die Alldentschen sagen, hinter der Mehrheit des Reichstages vom 19. Juli 1917 stehe nicht die Mehrheit des deutschen Volkes. Der Parteivorstand hatte als Organ der demokratischen Partei dafür zu sorgen, daß die demokratischen Grundsätze respektiert werden, und wenn er einen Vorwurf verdient, so den, daß er so lange zögerte, ehe er die Konsequenzen zog aus den Handlungen der anderen. Genosse Sittmann hat gestern erregte Worte verloren über die Aenderung in der Redaktion der „Neuen Zeit“. Ich verstehe nicht, wie man sich darüber erregen kann. Ich will nicht harte Worte gebrauchen, wenn Kautsky aber einer anderen Partei beitrifft, so hätte er besser getan, selbst die Konsequenzen zu ziehen, denn er weiß doch sehr gut, daß er als Mitglied einer anderen Partei nicht der Theoretiker unserer Partei sein kann. Der Frieden im Bruderkrieg ist da, wenn die Unabhängigen sich wieder zu demokratischen Grundsätzen bekennen, aber in dieser Beziehung verspreche ich mir für die nächste Zeit sehr wenig. Das liegt nicht am bösen Willen der Unabhängigen, sondern an der Verschiedenheit der prinzipiellen und taktischen Auffassungen. Bei den Unabhängigen steht die Politik der positiven Arbeit auf dem Nullpunkt. (Sehr richtig!) Und bei uns steht auf dem Nullpunkt die Politik der Schlagworte und der Demonstrationen. (Sehr wahr!) Das sind Gegensätze, die nicht überbrückt werden durch eine Kommission, sondern die entschieden werden müssen durch das gesunde Gefühl der Arbeiter. Die Politik der Partei muß den Anschauungsunterricht liefern für die Stellung der Arbeiter zu dieser Frage. Ein solcher Anschauungsunterricht wird heute geliefert, die Arbeiter werden gestellt vor die Beurteilung der Fragen: Wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gefördert, wenn die Unabhängigen mit Schydebrand und Westarp gegen die Kriegsgewinnsteuer stimmen, oder wird dem Völker- und Weltarp gegen die Unabhängigen mit den Alldentschen gegen die Frieden gebietet, wenn die Unabhängigen mit den Alldentschen gegen die Friedensumgebung des Reichstags stimmen, die das Echo erwecken soll in den Völkern der anderen kriegführenden Länder, damit sie ihre Regierungen diesem Muttergriech ein Ende zu machen; vermehrt man die Rechte der Arbeiter, wenn Stadthagen Arm in Arm mit dem Schnapsjunker Streß gegen die Demokratisierung geht? Dient man den Opfern des Krieges, wenn man gegen das Kapitalabfindungsgesetz stimmt? usw. (Lebhaftes Sehr gut!) Dieser Anschauungsunterricht muß erst wirken und seine Wirkung verstärkt werden durch die positive Arbeit der Partei, entgegen jener andern Arbeit im Reichstage; damit werden wir die Einigung herbeiführen, indem die Arbeiter erkennen werden, daß nur durch Organisation und Arbeit, aber nicht durch Desorganisation und leere Worte ihren Interessen gebietet werden kann. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Eduard Schmid-München: Genosse Engler hat dagegen protestiert, daß die Bayern Elsaß-Lothringen annektieren wollen, gegen eine Annäherung der Sozialdemokratie Bayerns, noch beim Gros der Bevölkerung Bayerns

nach dieser Richtung hin irgendwelche Absicht besteht. Aber auch bei der Regierung hat man den Gedanken aufgegeben, der eine Zeilang dentifiziert wurde, die Reichslande an die süddeutschen Bundesstaaten anzugliedern. Der Ministerpräsident Graf Hertling hat jüngst im Ausschuss der Kammer erklärt, daß dieser Gedanke nicht mehr in Betracht kommt und wir in Bayern sorgen so wie die übrigen Parteigenossen im Reiche dafür, daß der Standpunkt energisch zur Geltung gebracht wird, den Scheibemann gestern kurz skizziert hat. Und nun zur Einigungsfrage. Den möchte ich kennen, der nicht die Einigung in der Partei wollte. Allein wenn die andern nicht wollen, kann der Frieden nicht geschlossen werden. Es geht uns in der Partei ebenso wie mit der Herbeiführung des großen Weltfriedens. Wir wollen den Frieden, es wird beschloffen, den Frieden herbeizuführen, es wird alles aufgeboten, um die Einigung zu erzielen, wenn aber die Gegner nicht wollen, kann der Frieden nicht zustande kommen, auch wenn wir 10 Einigungsresolutionen annehmen. Adolf Braun hat Ihnen in lebhafter Rede vorgetragen, was er für seine Person und als Schriftleiter der „Tagespost“ getan hat, um die Einigkeit zu sichern, die Spaltung fernzuhalten. Die „Münchener Post“ hat ebenfalls Rücksicht genommen und Zurückhaltung geübt, soweit wie das überhaupt möglich war. Die Partei in Bayern hat alles getan, um die Parteieinheit zu wahren. Im April 1916 hielten wir in Nürnberg eine Parteikonferenz zusammen mit der Opposition ab, dort wurde einhellig beschloffen, daß der Opposition größte Meinungsfreiheit gegeben sein soll; wir bedauerten die Zwistigkeiten in der Reichstagsfraktion und beschloffen damals einhellig, daß bei aller Meinungsfreiheit jede Sonderorganisation mit Entschiedenheit zu bekämpfen ist. Es folgte die Reichskonferenz, auf der die Mehrheit und die Parteileitung alles aufboten, was nur möglich war, um den Frieden in der Partei herbeizuführen. In zahlreichen Versammlungen haben wir in Bayern uns mit der Opposition auseinandergesetzt, fast überall wurde mit überwältigender Mehrheit das Verhalten der Reichstagsfraktion gebilligt, weil ihr eine andere Taktik nicht möglich war. Nichtsdestoweniger ging das Wüßten gegen die Parteimehrheit fort. Wir stellten fest, daß weder das Verhalten der einen noch das der anderen fehlerfrei sei, was wir aber von jedem Parteigenossen unter allen Umständen fordern müssen, das ist die Unterordnung unter die Parteidisziplin und die Unterlassung alles dessen, was zu einer Sonderorganisation führen kann. Gerade wegen der ungeheuren und unabwehrbaren Aufgaben, die uns auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bevorstehen, haben wir die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei als das wichtigste für die deutschen Arbeiter in jetziger Zeit erklärt. Trotzdem gingen die Wüßereien fort. Wieder versuchte eine Parteikonferenz in Nürnberg, den Frieden und die Einheit der Partei mindestens in Bayern festzuhalten. Wir haben die Opposition gewarnt, nach Gotha zu gehen und eine Sonderorganisation zu gründen und sich auf diese Weise selbst außerhalb der Partei zu stellen. Bald darauf sahen die Leute in Gotha! Jüngst hatten wir eine Besprechung in Hof wegen der Vorgänge im dortigen Wahlkreis. Es wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Opposition, so lange sie in den Reihen der Parteien tätig war, volle Meinungsfreiheit hatte — trotzdem wir wußten, welche schändlichen und schäbigen Flugblätter hinter unserm Rücken im Dunkel der Nacht verbreitet worden waren. Trotz aller Toleranz unsererseits wurde der Beschluß gefaßt, aus der Partei auszutreten und Simon ging zu den Unabhängigen. In der Landtagsfraktion, der Simon ja auch angehört, haben wir noch keinen Bescheid, was er zu tun gedenkt.

Das Gefährliche ist, daß die Unabhängigen die Mißstimmung über die unausbleiblichen Kriegsfolgen in struppeliger Weise gegen die Partei aus-

nutzen, die die Interessen des Volkes auf das nachdrücklichste stets vertreten hat. Bedenken über Schäden ist der deutschen Arbeiterschaft durch dieses Bergehen der Unabhängigen schon zugefügt worden, manches Schlimme befürchte ich noch. Aber Kommissionsberatungen und theoretische Erörterungen werden diese bössartigen Erscheinungen nicht beseitigen und nicht hemmen. Das wird nur durch den gesunden Sinn der Massen und um so eher geschehen, je mehr unsere Reichstagsfraktion energisch praktische Arbeit leistet und wir uns immer mehr den Zielen nähern, die wir uns in unserem Programm gestellt haben. Wenn wir unablässig in diesem Sinne wirken, dann zeigt sich, wer für das werktätige Volk praktisch tätig ist. Wenn der Krieg erst zu Ende ist und die Menschen wieder ruhig und sachlich denken können, dann werden wir die Massen hinter uns haben und die Unabhängigen ebenso verschwinden wie die Jungen und alle die verschiedenen anderen Sonderorganisationen. (Beifall.)

Winkelmann-Bremen: Wir haben alle den aufrichtigen und sehnlichen Wunsch, zu einer Wiedervereinigung mit den abgesplitterten Gruppen zu kommen. Leider ist die Zeit dafür noch nicht gekommen, die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung fehlen. Die Voraussetzung einer jeden Wiedervereinigung ist, daß unser alter bewährter demokratischer Grundsatz der Vereinigung ist, daß unser alter bewährter demokratischer Grundsatz der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bedingungslos von allen Parteigenossen anerkannt wird. Diese Voraussetzung muß der Parteitag aussprechen. Nehmen die abgesplitterten Gruppen sie nicht an, dann ist es zwecklos, daß wir uns weiter bemühen. Ich stimme für die Entschließung Seberings. Auch sie enthält leider nicht die von mir verlangte bedingungslose Voraussetzung. Ohne diese Voraussetzung würden wir zu eigenartigen Verhältnissen kommen. Der Zustand würde eintreten, daß einige Führer den Dachstuhl des Hauses in Brand setzen und unten Minen legen könnten, während wir uns in der Mitte des Hauses um den Besitz der Partei streiten. Die Partei würde unter solchen Umständen elendiglich zugrunde gehen. (Zustimmung.) Im übrigen ist die Wiedervereinigung gar nicht abhängig von dem Willen leitender Personen. Andere Machtfaktoren werden das entscheidende Wort sprechen, und diese Machtfaktoren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie werden nach dem Kriege eine so harte und ernste Sprache reden, daß auch die, die durch ihre Abspaltung ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung begangen haben, überrannt werden, daß der Wille der Massen nach Wiedervereinigung, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, sich gegen alle Hindernisse durchsetzen wird. Was unser Wille vermag, soll gewiß helfend dazu beitragen. Aber wir müssen aussprechen, daß wir zum Frieden nur bereit sind, wenn die Voraussetzung der Unterordnung der Minderheit erfüllt wird. Wir haben auch ein Stück Menschenleben der Partei geopfert. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere Partei eine Kampfpartei sein muß. Eine Kampfpartei aber bedarf aller Kampfmittel und der Unterstützung durch alle Kampforgane. Dazu gehören unsere Zeitungen. Wor der Spaltung halten wir den bedauerlichen Zustand, daß unsere Redakteure selbstherrlich schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. In einer Kampfpartei aber müssen wir in erster Linie darauf Bedacht nehmen, daß, wenn unsere leitenden Instanzen einer großen Bewegung Richtung und Ziel geben, wir alle geschlossen unsere ganze Kraft einsetzen müssen, um zu diesem Ziel zu gelangen. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Ein Teil der abgesplitterten Blätter hatte Gegenmaßnahmen ergriffen und war andere Wege gegangen. Wir müssen verlangen, daß unsere sämtlichen Kampfmittel in den Dienst unserer Sache gestellt werden. Damit wird die freie Meinungsäußerung in keiner Weise aufgehoben. Wer andere politische Auffassungen vertreten zu müssen glaubt, kann es in unseren wissenschaftlichen

Gothaer Einigung der schönsten ihres Lebens gewesen sei. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen werden die Einigung nicht wollen, sie verlassen sich auf das Wirken von Michaelis, der ja den Ehrgeiz zu haben scheint, Ehrenmitglied der Unabhängigen werden zu wollen. (Geisterzeit und Sehr gut!) Wir haben diesem Herrn mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß wir es lieber mit den Geächteten halten als mit den Privilegierten, und daß wir für eine Gleichberechtigung danken, die wir seinem uns kompromittierenden Wohlwollen zuschreiben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unabhängigen werden nicht wollen, und sie werden damit beweisen, daß es nicht wahr ist, wenn sie sagen, daß sie aus der Sozialdemokratie hinausgedrängt sind. Aber die Genossen sollen wissen, daß wir nicht das Hindernis der Einigung sind, und deshalb ist es unbedingt nötig, daß wir in einer Entschliebung unserer Sehnsucht nach der Einigung Ausdruck gegen. (Sehr wahr!)

Es fragt sich, welche Entschliebung nehmen wir an. Ich bin für den Antrag 2 und für die Entschliebung Sebring, nicht aber für den Antrag Braun auf Einsetzung einer Kommission. (Sehr richtig!) Dieser Antrag scheint mir erheblich verfehlt zu sein. Finden wir auf der anderen Seite Geneigtheit zur Annahme von Einigungsverhandlungen, so wird das Fehlen einer Kommission die Verhandlungen nicht aufhalten. (Sehr wahr!) Finden wir aber die Geneigtheit nicht, so ist der Ausschuß eine komische Institution, und es entspricht meiner Meinung nach nicht unserer Würde, eine solche zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Reiner-Gannover: Es ist gesagt worden, die Bewegung der Unabhängigen sei nicht das Werk einzelner, sondern sie sei aus den Massen herausgekommen, aus den Massen, die mit der Taktik der Partei nicht mehr einverstanden gewesen wären. Danach würde es sich also lediglich um eine Frage der Taktik handeln. Das ist aber nicht richtig. Es ist schon dargelegt worden, daß es grundsätzliche Unterschiede sind, die zur Gründung der Unabhängigen geführt haben, und diese grundsätzlichen Unterschiede sind bisher auf jedem Parteitag hervorgetreten. Es war eine kleine Gruppe von Parteigenossen und -genossinnen, die immer in der Partei von den Konzeptionen, die die Mehrheit ihren Anschauungen gemacht hat, gelebt haben. Der Kampf hat immer begonnen vor jedem Parteitag mit Beschimpfungen des Parteivorstandes. Ich erinnere nur an das Jahr 1912 nach den Reichstagswahlen, wo man den Parteivorstand beschimpfte als Verräter der Partei, der die Partei den bürgerlichen Parteien verkauft habe durch das Dämpfungsabkommen. Und wenn wir zurückgehen, müssen wir sagen, daß die damalige Taktik bei den Reichstagswahlen die größte geschichtliche Tat innerhalb der Partei gewesen ist, denn sie hat erst den Boden bereitet für die große Machtentfaltung unserer Partei in der jetzigen schweren Kriegszeit. (Sehr richtig!) Damals waren die Massen durchaus damit einverstanden, und wenn jetzt gesagt wird, daß die Gründung der Unabhängigen aus den Massen herausgekommen sei, so ist das nichts weiter als ein auf die Täuschung der Öffentlichkeit und besonders der Arbeiterklasse gerichteter, wohlüberlegter Schwundel. (Sehr richtig!) Ueber die Taktik können Meinungsverschiedenheiten bestehen, da r u m ist die Gründung einer neuen Partei absolut nicht notwendig, und wir haben auch von vornherein bei Beginn des Krieges erkannt, daß Meinungsverschiedenheiten über die Kreditbewilligung bestehen. Der Parteiausschuß hat im September 1914 innerhalb der Partei den Burgfrieden proklamiert und erklärt, daß es heute denen, die eine andere Haltung einnehmen wie die Mehrheit der Fraktion, überaus schwer sein wird, ihren Standpunkt zu begründen. Aus Loyalität gegen diejenigen, die damals in der Gruppe der Wiergen in der Reichstagsfraktion vorhanden gewesen sind, ist der Beschluß gefaßt worden, und im Januar 1915 mußten wir feststellen, daß die Wählerarbeit und die Unter-

minierung der Partei schon soweit fortgeschritten ist, daß wir nicht mehr beizuhelfen vermögen. Es ist doch auch notwendig, sich einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, wie diese Wählerarbeit begonnen ist. Man hat mit auf der Schreibmaschine hergestellten Flugblättern insbesondere die Jugendlichen und die Frauen gegen die Partei zu empören gesucht, man hat Versammlungen abgehalten, in denen man den Frauen sagte, daß die Ernährungschwierigkeiten durch das Verhalten der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen seien, man hat die Jugendlichen zu Nichtern über die größten politischen Probleme aufgegrufen und sie gegen die Partei und die Reichstagsfraktion eingenommen und mit diesen eine müßige Heße betrieben, schlimmer, als sie jemals innerhalb der Arbeiterbewegung getrieben werden konnte. (Sehr richtig!) Wenn gegenüber den Wählerreien überhaupt etwas gegen den Parteivorstand gesagt werden konnte, so war es das, daß er nicht energisch und rechtzeitig genug gegen diese konnte, so war es das, daß er nicht energisch und rechtzeitig genug gegen diese Wählerreien aufgetreten ist. Er nahm das Verhängnis seinen Lauf. Einige Personen reisten herum und taten nichts weiter, als die Organisationen zu zerstören oder für die Beitragsperre zu werben. Junge Leute zerstörten Organisationen, für deren Entstehung und Entwidlung ihre Väter ein Menschenalter gearbeitet hatten. Ein besonders trauriger Fall ist der des „Vorwärts“-redakteurs Meher, der öffentlich für die Beitragsperre eintrat. Das Gehalt weitergezahlt worden, wurde, ist ihm von der Berliner Organisation das Gehalt weitergezahlt worden. (Sehr obgleich er dafür eintrat, derselben Partei die Beiträge zu verweigern. (Sehr richtig!) Merkwürdig ist auch, daß jahrelang die Genossin Zeitin Schriftleiterin der „Gleichheit“ sein konnte, obwohl sie gar keine Beiträge an die Partei bezahlte. (Sehr richtig!) Wir haben dem Parteivorstand im Parteiausschuß oft gesagt, daß das ein unhaltbarer Zustand sei, aber die Langmut des Parteivorstandes siegte immer wieder. Wie weit wir gekommen sind, sehen wir an den Verhältnissen in Braunschweig, wo unter der stillschweigenden Duldung des dortigen Parteisekretärs, der sein Gehalt vom Parteivorstand erhielt, Leute denen sie für die Freie zur Partei wirken sollten, während sie ihre vorherigen Stellungen dazu benutzten, die Parteiorganisation und damit das Lebenselement der Partei zu vernichten. Ich erinnere auch an die Wählerarbeit gegen den „Vorwärts“, als die Redaktion anders besetzt wurde. Leute, die kaum in die Partei hineingekommen waren, saßen Beschlüsse gegen Abcordnet, die seit Jahrzehnten ihren Wahlkreis im Reichstag vertraten. Es war auch höchste Zeit, daß das sogenannte wissenschaftliche Organ unserer Partei, die „Neue Zeit“, wieder der Partei zurückgegeben wurde. (Zustimmung.) Die „Neue Zeit“ ist in den letzten Jahren nicht mehr das führende wissenschaftliche Organ für die Parteigenossen gewesen. Viele Organisationen lieferten unentgeltlich ihren Funktionären, aber es wurde vielfach gar nicht mehr gelesen. Man hatte in einzelnen Organisationen schon beschlossen, diese unentgeltliche Lieferung einzustellen, weil man die Wählerarbeit der „Neuen Zeit“ gegen den Bestand unserer Organisation nicht mehr mit ansehen konnte. Die „Neue Zeit“ war ein Organ der Unabhängigen geworden, und es liegt daher gar kein Grund zur Unterstützung vor, wenn man ihr wieder den Charakter eines Parteiorgans gibt. Wie kleinlich die Opposition vorgeht, beweist die Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“, die schnelle Abhaltung der Unabhängigen noch eingestiftet werden könnten. Man will dem Vorgehen des Parteivorstandes also einen moralischen Ruck anhängen. Natürlich hat kein Mensch diese Gedanken gehabt. Aber wenn man schon auf das moralische Gebiet zu sprechen kommt, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob es moralisch ist, wenn ein Redakteur von einer Partei geworfen werden, ob es moralisch ist, wenn ein Redakteur von einer Partei bezogen, der er nicht angehört, ja, die er geröteten will. (Sehr gut!) Die

Wendung mit der „Neuen Zeit“ mußte geschehen, sollte nicht ein Sturm der Entrüstung darüber durch die Partei gehen, daß unsere Beiträge für Zwecke zur Verfügung gestellt werden, die sich gegen die Partei richten. Ein längeres tatenloses Zusehen hätte dem Parteivorstand sicher eine Anklage wegen Duldung eines parteijahdigen Verhaltens eingebracht, ja der Parteivorstand hätte sich selber gegen das Organisationsstatut vergangen.

Die Anträge auf Wiedervereinigung halte ich zurzeit, wo die Unabhängigen nur von den Führern geleitet werden und mit den Massen keine Fühlungnahme haben, für geradezu unmöglich. In den Ausschüß könnten doch nur die Mitglieder unseres Parteivorstandes und die Führer der Unabhängigen entsandt werden. Die letzteren werden es ablehnen, über eine Vereinigung mit dem Parteivorstand zu verhandeln. Die Vereinigung wird gewiß kommen, aber nicht die Vereinigung der Führer, sondern die Vereinigung der Arbeiter, sobald die Arbeiter eingesehen haben werden, wer ihre Interessen richtig vertritt. Ich bitte um Annahme der Entschliegung 48, die einen Appell an die Arbeiterklasse richtet, unserer Partei die Treue zu bewahren und fest zu ihr zu stehen, damit sie wieder die große Partei wird, die sie vor dem Kriege war. (Bravo!)

Walther-Münberg: Der Bericht Brauns zeigt uns, wo mit der praktischen Tätigkeit der Partei gegenwärtig eingeseht werden muß. Daß Erfolge bei intensiver Tätigkeit selbst im Kriege nicht ausbleiben, haben uns die letzten Monate gezeigt. Voraussetzung für jede ersprießliche Arbeit ist aber die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. Wie Parteioorganisationen in den Parteienfreit hineingedrängt werden können, trotz ihres Widerstandes dagegen, zeigen die Verhältnisse in Nordbayern. Das Wirken Adolf Brauns für die Einigkeit wird in der ganzen Partei anerkannt und wir in Nordbayern haben ihn darin unterstützt. Wir haben alles vermieden, was irgendwie eine Spitze gegen die Opposition hätte sein können. Aus Bayern ist kein Wankflug gegen die Opposition erfolgt, bei uns konnte die Opposition tun, was sie wollte. Trotzdem haben auch wir in Bayern heute den Parteienfreit. In Hof hat man zugegeben, daß gegen das Verhalten der bayerischen Parteileitungen nichts einzuwenden ist, daß man keinen Grund zum Tadel hat. Aber es seien grundsätzliche Gegensätze vorhanden und deshalb müsse die Trennung erfolgen. Die Uebertritte in Nischaffenburg und Hof sind einstimmig beschlossen worden. Heute haben wir in Nischaffenburg bereits wieder eine Organisation, die so stark ist wie die frühere Organisation und die Hälfte der Ortsvereine ist zu uns zurückgekehrt. Trotz des Wirkens des Genossen Adolf Braun ist also bei uns diese Entwidung zu verzeichnen, der beste Wille gerichtet an den harten Tatsachen. Wie kommen die Dinge? Die Organisation der Unabhängigen hat in Nordbayern einen eigenen Bezirkssekretär angestellt. Dieser reist im Lande umher, ruft ein halbes Duzend oder auch nur zwei, drei Parteigenossen zusammen und läßt mit diesen den Uebertritt zu den Unabhängigen beschließen. Wenn wir davon Kenntnis erhalten, müssen Gegenmaßnahmen getroffen werden, um die Genossen wieder zur Partei zurückzubringen. Aber der Streit ist drin, das Parteileben ist vergiftet. Es muß leider damit gerechnet werden, daß diese Dinge so weiter gehen, wenn nicht starke Ereignisse und eine vollendet reaktionäre Politik im Reiche und Lande eine Wendung bringen.

Natürlich müssen wir alles tun, um die Möglichkeit eines Wiederzusammenschlusses der deutschen Arbeiterbewegung zu wahren und dürfen nichts tun, was geeignet wäre, den Weg zur Wiedervereinigung zu verammeln. Mir scheint von den vorliegenden Anträgen der Antrag 2 der geeignetste zu sein, um den Wünschen und Ansichten des Parteitags Ausdruck zu verleihen. Weder die

Resolution Sebering noch die zweite Entschliegung Braun halte ich für den richtigen Ausdruck der vorhandenen Meinungen.

Dann ein Wort zu den Ausführungen Springers. Daß die Ansichten Springers eine durchgreifende Wirkung in seinem Wohnort nicht auszuüben vermögen, beweist die Tatsache, daß, trotzdem Amberg eine sehr große Munitionsinindustrie mit Tausenden von Arbeitern hat, das Kommunistenkommen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung dort nicht möglich war. Die oberpfälzischen Parteigenossen wissen, mit welcher Sorgfalt die Agitation in diesem vom Zentrum beherrschten Gebiet betrieben werden muß, in dem das Zentrum nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich den denkbar schärfsten Druck auszuüben vermag. Die oberpfälzischen Parteigenossen in ihrer großen Mehrheit teilen nicht für befruchtend für die ganze Agitation dort.

Dann zu den Äußerungen unserer rechtsstehenden Parteigenossen. Niemand in diesem Saale wird die Meinungsfreiheit der rechtsstehenden Parteigenossen und ihre volle Betätigung beeinträchtigen wollen. Aber Tatsache ist, daß unsere Kleinagitation immer schwieriger wird. Wir haben jetzt einen Kampf nach zwei Fronten zu führen und da dürfen uns aus den eigenen Reihen heraus nicht Unbequemlichkeiten geschaffen werden. Daß wir aber durch solche Äußerungen sehr häufig in Angelegenheiten kommen, wird jeder bestätigen können, der in der Kleinagitation tätig ist. Gene Genossen sollten sich daher bei ihren Äußerungen die denkbar größte Mäßigkeit und Vorsicht auferlegen, damit wir im Interesse der Partei so arbeiten können, wie es notwendig ist. (Bravo!)

Wente-Begead: Landsberg hat treffend ausgeführt, wie notwendig eine Wiedervereinigung der Bruderparteien schon im Interesse der parlamentarischen Arbeiten im Reichstag ist. Nun sagt man, es beständen zu tiefe sachliche Meinungsverschiedenheiten. Das mag zum Teil zutreffen, aber lagen denn auch solche tiefen Meinungsverschiedenheiten z. B. zwischen Gaase und der Partei früher vor? Ich glaube nicht. Dann denken Sie an Bernstein, der früher Führer der Revisionisten war und jetzt zu den Radikalen gegangen ist. Also es müssen Gründe vorliegen, die erst später eingetreten sind, und da ist es klar, daß der Miß erst hineingetragen ist mit dem Beginn des Krieges, mit der Politik vom 4. August, mit der Kreditbewilligung. Ich kann Sie versichern, daß eine ganze Reihe Parteigenossen nicht mehr mit der Kreditbewilligung der Fraktion einverstanden sind, und wenn Sie jetzt die Gelegenheit vorübergehen lassen, um der Bruderpartei die Hand zur Vereinigung zu reichen, dann werden noch viel mehr Parteigenossen aus den Rücken kehren. Auch unser Wahlkreis steht nicht auf dem Standpunkt, daß noch weiter eine Kreditbewilligung erfolgen kann. Mit dem Tage, wo die Anneixionsgelüste der Regierung immer mehr zum Vorschein kamen, hätte die Fraktion unbedingt die Kredite ablehnen müssen. (Zuruf: Ist das denn jetzt noch der Fall? Papinote!) Ob das jetzt noch der Fall ist, nach der Papinote und nachdem Kühnmann gesprochen hat, lasse ich allerdings dahingestellt. Ich verweise Sie auf ein Wort des Genossen Max Adler, der neulich in Wien sehr treffend ausgeführt hat, daß noch kein Staatsmann der Mittelmächte klar und deutlich das Wort ausgesprochen hat: wir wollen keine Eroberung. Nun zu den Resolutionen. Wenn man Frieden schließen will, muß man die Gegensätze überbrücken. Das geschieht nicht durch die Entschliegung 48, wo besonders hervorgehoben wird: „Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen bezwecken die Förderung der Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen“. Nein, denn wir die Gegensätze überbrücken wollen, so kann das nur durch die Entschliegung Adolf Braun geschehen, durch Einsetzung einer Kommission, die alle Gelegenheiten wahrnimmt, um eine Wiedervereinigung herbeizuführen.

beschränken und haben das ruhig über die Partei ergehen lassen. Erst dann, als die Redakteurin der „Gleichheit“ zu den Unabhängigen übergetreten war, als sie einer anderen Partei angehört und nicht selbst die Konsequenz daraus zog, da waren wir gezwungen, ihr die Redaktion unseres Blattes zu entziehen. (Zuruf: Sie hat schon ein Jahr vorher keine Beiträge gezahlt!) Wehlich liest es bei der „Neuen Zeit“. Wenn übrigens der Anschein erweckt werden sollte, als wenn bei der „Neuen Zeit“ irgendwie persönliches Eigentum von Kautsky in Frage kommen könnte, so ist das durchaus falsch. Sie ist ein Parteiorgan wie jedes andere, nur mit dem Unterschied, daß wohl für keines relativ so große Opfer der Partei gebracht werden mußten wie für die „Neue Zeit“. (Lebhafte sehr richtig!) Daß ein Redakteur durch lange Tätigkeit an einem Blatt keinerlei Eigentumsansprüche daran erwirbt, hat übrigens niemand so treffend auseinandergesetzt wie Kautsky selbst. (Sehr richtig!) Wenn Sie die „Neue Zeit“ aus der Zeit des „Vorwärts“-Konflikts von 1905 nachlesen, so werden Sie finden, daß Kautsky mit aller Entschiedenheit die Auffassung vertreten hat, hier handle es sich um ein Parteiorgan, bei dem allein das Parteiinteresse entscheidend ist. Wir sind durchaus nicht rigoros mit Kautsky verfahren. Wir haben ihm, ich kann wohl sagen in mehr kameradschaftlicher Weise mitgeteilt, warum sein Verhältnis zur „Neuen Zeit“ unmöglich geworden ist. Ich lege Wert darauf — sonst werden ja derartige Briefe immer in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht (Geisterzeit) — Ihnen das Schreiben hier vorzutragen. Wir schreiben am 28. September an Kautsky:

„Werter Genosse Kautsky! Seit längerer Zeit sind Sie, ebenso wie Ihr Redaktionskollege Wurm, aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgetreten und haben sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Sie werden zugeben, daß dadurch Ihre Stellung als leitender Redakteur der „Neuen Zeit“ unhaltbar geworden ist. Es ist nicht angemessen, ein Organ der Sozialdemokratischen Partei redigieren zu lassen von dem Mitglied einer anderen Partei, deren Hauptaufgabe bisher darin bestanden hat, unsere Partei zu bekämpfen.

Wir müssen Ihnen deshalb Ihre Stellung als Redakteur der „Neuen Zeit“ kündigen und verzichten auf Ihre weitere Tätigkeit. Es ist selbstverständlich, daß unser Verlag Ihnen Ihr Gehalt bis zum 31. Dezember d. J. weiterzahlt. Wir bedauern sehr, zu diesem Schritt gezwungen zu sein.

Indem wir Ihnen für Ihre vieljährige Tätigkeit als Redakteur der „Neuen Zeit“ danken, zeichnen wir

Hochachtungsvoll

Der Parteivorstand.

Von Geschäftigkeit kann da keine Rede sein. Ueber allen persönlichen Verdiensten steht eben das Interesse der Partei. (Sehr wahr!) Adolf Braun hat eine Beschwerde gegen die neue Redaktion der „Neuen Zeit“ vortragen lassen und selbst dazu gesprochen. Braun ist mir ein lieber Genosse; er wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihm sage, als alter erfahrener Redakteur muß er sich doch selbst sagen, dieser Vorwurf ist sehr an den Haaren herbeigezogen. (Sehr richtig!) Er ist in keiner Weise gerechtfertigt. Selbstverständlich darf von der „Neuen Zeit“ kein Artikel seiner Tendenz wegen abgelehnt werden, das ist die Auffassung Cunows und der Parteileitung. Wenn aber die alte Redaktion einen Stapel von Manuskripten zurückgelassen, so kann doch unmöglich von der neuen Redaktion verlangt werden, nun das ganze zurückgelegte Material zu drucken. (Zustimmung.) Das würde die Redaktion zum Automaten machen, das Blatt würde ungenießbar. (Sehr richtig!) Jede Redaktion muß das Recht haben, über die Auswahl des Stoffes selbst zu entscheiden. Das

hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Die freie Meinungsäußerung soll in der „Neuen Zeit“ nicht eingeschränkt werden. Das ist im Falle Braun nicht geschehen: seine Beschwerde ist nicht berechtigt.

Dann ist uns in der Aussprache vorgeworfen worden, wir seien nicht gerecht, wir wendeten uns zwar gegen Ausdehnungen von links, täten aber nichts, wenn rechts über die Stränge gehauen würde. Man verweist dabei auf Artikel in der „Glocke“, in den „Sozialistischen Monatsheften“ und fragt, warum wir da nicht eingreifen. Ich sage ganz offen, daß wir im Parteivorstand über solche Artikel sehr oft ungehalten waren. Ich denke da zum Beispiel an Heilmanns Artikel in der „Glocke“ über die Parlamentarisierung und ähnliche Erzeugnisse. Aber nun frage ich: woher soll der Parteivorstand das Recht nehmen, gegen solche Genossen vorzugehen? Unsere Rechte sind im Organisationsstatut festgelegt. Gehen wir gegen einen Genossen vor, müssen wir uns darauf stützen können. Wir haben nur das Recht, die Parteipresse auf ihre prinzipielle Haltung zu überwachen. Das ist schon eine schwere Aufgabe. Sobald wir einmal von unserem Recht Gebrauch machen, je es gegen links oder rechts, wird uns Eingriff in das Recht der freien Meinungsäußerung vorgeworfen. Wenn aber jemand als freier Schriftsteller unter seinem Namen sich zu einer Frage äußert, und sei es noch so faktlos, dann stellt uns jede Möglichkeit, dagegen etwas zu unternehmen. Das Recht der freien Meinungsäußerung dürfen wir nicht antasten. Die Parteileitung kann deshalb mit diesen Ratsschlägen nichts anfangen. (Zustimmung.) Damit soll nicht bestritten werden, daß von einigen Genossen der Rechten durch Taktlosigkeit der Partei vielfach Angelegenheiten bereitet werden. Das haben wir diesen Genossen wiederholt persönlich entschieden gesagt, mehr können wir nicht tun. Ueber den Charakter der Politik des Parteivorstandes kann kein Zweifel bestehen. Wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt, daß der Klassenkampfcharakter unserer Partei gewahrt, daß er die Grundlage unserer Politik sein und bleiben muß. (Lebhafte Beifall.)

Nun zur Einigungsfrage. Wir in der Parteileitung haben volles Verständnis für das schmerzliche Gefühl, das die Sprengung der Parteieinheit bei jedem Arbeiter auslösen muß. Die Arbeiter haben unsere Organisation aufgebaut und sind ihre Träger. Täglich erfahren sie im wirtschaftlichen Kampf, wie notwendig die Einheit und Geschlossenheit der Aktion ist, sie sehen die Gefahren, die der Partei drohen, wenn sie in den künftigen politischen Kämpfen nicht in geschlossener Front aufmarschiert. Wir in der Parteileitung haben alle von frühester Jugend an am Aufbau der Organisation mitgearbeitet. Pfannkuch und Mollenhuth haben an der Wiege der Partei gestanden, haben den Bruderkampf zwischen Lassalleancern und Eisenachern mitgemacht und in Gotha die Einigung mit geschaffen. Wir alle wußten, wie schwer es sein würde, die Einigkeit und Geschlossenheit wiederherzustellen, wenn einmal der Bruch vollzogen ist. Das haben wir immer wieder geltend gemacht, bevor es zu spät war. Lesen Sie die Protokolle der Parteiausstellungen nach. Es ist keine Sitzung vergangen, in der wir nicht nachdrücklich auf diese Gefahren hingewiesen haben. Ich rufe die Kollegen von der Reichstagsfraktion zu Zeugen auf. Als wir vor der Gefahr der Spaltung der Fraktion standen, haben wir von der Partei- und Fraktionsleitung uns mit ganzer Kraft, mit aller Wärme für die Einigkeit eingesetzt. Nicht nur an den Verstand, auch an die Liebe zur Partei haben wir leidenschaftlich appelliert. (Zustimmung.) Aber was geschah? Wir hatten am Abend nach einer bewegten Sitzung der Reichstagsfraktion eine Sitzung des Vorstandes, dem Haase noch angehört. Wir haben ihn gefragt, wie er es beantworten könnte, den verhängnisvollen Schritt mitzumachen. Wir haben ihm auf seine Frage — und das bitte ich besonders zu

beachten — versichert, wenn einmal in der Fraktion die Minderheit zur Mehrheit werden sollte, sei es für uns ganz selbstverständlich, daß wir uns als Demokraten diesem Beschluß zu fügen hätten. (Hört, hört!) Am andern Morgen erklärte uns Gaale, er würde die Aktion — es handelte sich um die Sonderaktion im Dezember 1916 — doch mitmachen. (Hört, hört!) Wir könnten eine Sammlung von Erklärungen, Aufforderungen, Mahnungen an die Partei herausgeben, die alle voll warmer Liebe zur Partei abgefaßt sind, in denen eindringlich vor Spaltung gewarnt wird. Was haben wir erreicht? Spott und Hohn. (Sehr wahr!) Als die Spaltung in der Fraktion durchgeführt war, schrieb die „Leipziger Volkszeitung“, daß uns das Gezeiter über Disziplinbruch und Treubruch bei einer solch bedeutungsvollen Entscheidung kalt läßt“. (Hört, hört!) Das war das Stichwort für die Minderheitspresse. Selbstverständlich muß jeder, der es mit der Partei ernst meint, die Wiedervereinigung so schnell wie möglich herbeizuführen suchen. Darüber sind wir uns in der Parteileitung vollkommen einig. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das nicht nur aus dem Gefühl heraus geschehen kann. (Sehr richtig!) Dazu gehören gewisse Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist der gute Wille auf der anderen Seite. (Sehr richtig!) Ist dieser gute Wille heute vorhanden? Wer hat in dieser ganzen Debatte für ihn irgend etwas geltend machen können? Das Gegenteil ist der Fall. Erinnern Sie sich der Vorgänge der letzten Wochen. Selbst bei der Reichstagsdebatte über unsere Interpellation wegen der politischen Umtriebe im Heere, wo doch wirklich eine geschlossene Front hätte eingehalten werden können, hat es der Redner der Unabhängigen nicht unterlassen, unsere Friedensarbeit in geradezu unerhörter Weise herunterzureißen. (Hört, hört!) Und in den letzten Tagen haben wir erlebt, daß Ledebour selbst in einer Geschäftsordnungsaussprache lang und breit hämisch auseinanderlegte, seine Partei habe bereits 120 000 Mitglieder, sei eigentlich schon die Mehrheit, wir seien unten durch. Ich erinnere an den frivolen Bruch der Einigkeit der Berliner Stadtverordnetenfraktion, der erst in den letzten Tagen vollzogen wurde. Auf kommunalpolitischem Gebiet könnte man doch wirklich zusammenwirken, wenn nur einigermaßen guter Wille vorhanden wäre. Auf der anderen Seite herrscht aber geradezu Verführungssucht. (Sehr wahr!) Die Sprengung muß durchgeführt werden mit allen Konsequenzen. Nehmen Sie die Jugendbewegung. Was hat die Jugendbewegung mit unserer Stellung zum Kriege zu tun? Die Spaltung ist auch hier frivol hineingetragen worden. Was mühevoll aufgebaut worden, ist zerstört von Leuten, die dazu nichts beigetragen haben. Also ich sehe nichts von gutem Willen auf der anderen Seite. (Sehr richtig!) Und dann kommt doch auch die politische Seite in Betracht; das hat Landsberg schon mit allem Nachdruck ausgeführt. Wichtige politische Anschauungen trennen uns im Kriege. Wachten Sie die Taktik, die jene Leute eingeschlagen haben, eine Taktik, die zum Verhängnis für die Arbeiterklasse werden muß, eine Taktik, die geradezu zum Futurismus führt. (Sehr richtig!) Und in dieser Situation versuchen wir eine Kommission einzusetzen, die ohne weiteres Einigungsverhandlungen versuchen soll? Sollen wir uns etwa dieser Politik und dieser Taktik unterwerfen? Das wäre ein Verhängnis für die Partei, das würden die Arbeiter nicht mitmachen. (Sehr richtig!)

Außerdem muß aber noch eine andere wichtige Vorfrage erledigt werden. Will man in einer Organisation zusammenwirken, besonders in einer Kampforganisation, so muß doch zunächst der alte demokratische Grundsatz eingehalten werden: die Minderheit hat sich der Mehrheit unterzuordnen, sie hat sich dem Gesamtwillen einzufügen. Ja, wo sind denn die Erklärungen, daß die Unabhängigen dazu bereit sind? Ich sehe davon nichts! Im Gegenteil, sie haben immer und immer wieder erklärt: Sollte uns der Parteitag un-

recht geben, dann werden wir die Konsequenzen ziehen. (Sehr richtig!) Täuschen Sie sich nicht. Eine Einigung ohne Regelung dieser Fragen ist keine Einigung, das wäre Selbsttäuschung. Die Gegenstände müßten sich verschärfen, neue Kämpfe müßten zur völligen Zerrüttung der Partei führen. So geht es also nicht. Ich zweifle selbstverständlich nicht an der guten Absicht von Braun und seinen Freunden. Aber nach den Erfahrungen, die er selbst gemacht hat, hätte ich angenommen, daß er doch etwas vorsichtiger geworden wäre. Er hat auch im Juli 1916 in bester Absicht seinen Verständigungsversuch unternommen. Was war der Erfolg? Er hat damals geglaubt, er schwebte über den Wassern. Schließlich ist auch er in den Sündenpfuhl geworfen worden. Eine Kommission kann man doch erst dann einsetzen, wenn eine Frage bis zu einem gewissen Grade spruchreif ist, wenn die grundlegenden Fragen erledigt sind, ihr müssen doch Richtlinien für ihre Arbeit gegeben werden. Soweit ist es aber nicht. Die Kommission würden wir in einen luftleeren Raum setzen, sie hätte keine Aufträge und keine Kompetenzen. Dazu kommt die Frage: mit wem soll die Kommission verhandeln? Mit der Parteileitung der Unabhängigen, mit der Leitung der Spartakasse?

Und nun denken Sie sich die Situation für unsere Parteileitung. Auf der andern Seite stehen die Leitungen der Unabhängigen und der Spartakasse, und bei uns wird die Parteileitung einfach beiseite geschoben. (Sehr richtig!) Das ist ein ganz unmögliches Verfahren. Alle Ehre und Achtung vor einer Kommission des Parteitag. In den drei Jahren sind aber in einer Anzahl von Körperschaften der Partei wichtige Verhandlungen geführt worden, die man kennen muß, wenn man in Einigungsverhandlungen eintreten will. (Sehr richtig!) Die Kommission kann unmöglich so informiert sein, daß sie mit Erfolg die Verhandlungen führen kann. Die Kommission soll sogar das Recht der Koalition haben, sie soll nach Belieben weitere Genossen hinzuziehen können, obgleich es sich hier um die Lebensfrage der Partei handelt. In eine solche Situation kann sich die Parteileitung unter keinen Umständen bringen lassen. Wenn einmal die Stunde zu Einigungsverhandlungen kommt — und sie wird kommen —, dann ist es Sache der Parteileitung sie zu führen im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß. Die Grundlinien einer Einigung werden sogar einem Parteitag zur Entscheidung vorzulegen sein. Ich sagte schon, daß ich selbstverständlich mit der besten Absicht der Antragsteller rechne, aber nach unseren Erfahrungen werden Sie mir schon gestatten, so sagen, wir müssen uns in dieser Situation auch hüten vor Täuschungsmanövern. (Sehr richtig!) Nachdem der Bruch einmal durchgeführt war, mußte Klarheit geschaffen werden. Sie ist heute im ganzen Lande vorhanden. Nun wird plötzlich eine Kommission eingesetzt, eine Art zweite Parteileitung. Das muß von neuem Verwirrung schaffen. Wo bleibt dann die Werbekraft der Partei? Das Schlimmste der Spaltung ist ja die Schwächung der Werbekraft der Partei. Es gibt schon heute viele Arbeiter, die sagen, warten wir doch ab, wir wollen sehen, wie es nach dem Kriege wird, dann werden wir uns entscheiden! Setzen wir nun eine Einigungskommission ein, so werden sie sagen, warten wir mal ab, was die Kommission bringt. So würde die Werbekraft der Partei gerade jetzt, wo es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, lahmgelegt. (Sehr richtig!) Deshalb muß ich dringend bitten, den Antrag Braun abzulehnen. Dagegen bitte ich, den Antrag 2 und die Entschließung Sebering anzunehmen. Damit stellen wir uns auf den Boden der Auffassung, wie sie von einer ganzen Anzahl Organisationen, auch von Nürnberg, vertreten wird. Beide Anträge ergänzen sich, der eine wendet sich mehr an die Parteigenossen und erinnert sie an ihre Pflichten, der andere wendet sich nach außen. Wir können beide Anträge annehmen.

Damit bringen wir den Willen zur Einheit und Geschlossenheit zum Ausdruck. (Bravo!) Mehr können wir zurzeit nicht tun.

Im übrigen aber gilt es, unsere ganze Kraft einzusetzen für die Stärkung und den Ausbau unserer Organisation. Ich bin fest überzeugt, wird der Druck des Krieges von uns genommen, kommen wir in eine andere Atmosphäre, treten die Aufgaben des Friedens an uns heran, dann machen die Arbeiter mit aller Eigenbrötlei, mit allen Sonderorganisationen sehr schnell Schluß. Das braucht nicht bis zum nächsten Wahlkampf zu dauern. Die Arbeiter werden vorher keine Bahn schaffen. Dem arbeiten wir am besten vor, wenn wir uns freimachen von dem widerlichen Parteigezänk, wenn wir uns unseren positiven Aufgaben zuwenden. (Lebhafte Zustimmung.) Tun wir unbeirrt unser Bestes für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Demokratisierung, für die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterklasse. Wirken wir so, dann können wir frohen Mutes der Zukunft entgegenzusehen, dann wird sie unser sein trotzdem und allem. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Otto Braun (Schlußwort): Da gegen meinen Kasernenbericht keinerlei Einwendungen gemacht sind und ich demgemäß annehmen kann, daß Sie meinen Appell zur finanziellen Stärkung der Partei beherzigen und in Ihrer Heimat betätigen werden, verzichte ich auf das Schlußwort. (Bravo!)

Brühne als Berichterstatter der Kontrollkommission verzichtet gleichfalls auf das Schlußwort.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Lenz: Im Laufe der Debatte haben einige Redner meiner Lebewenden Person in Liebe und Freundschaft gedacht. Es war gestern Löbe und ein anderer Genosse, dessen Name mir nicht bekannt geworden ist, und heute Jüdel, vielleicht auch noch der eine oder der andere. Der eine sagte, man sollte mich kurzerhand herauschmeißen aus der Partei, der andere erklärte es für notwendig, daß man zu dem, was ich schreibe, immer eine Warnungstafel setzt: „das ist seine Privatansicht“. Ich muß gestehen, ich kann in der Partei stehen, wo ich will, ich kriege immer Prügel. (Große Heiterkeit.) Früher, wo wir in Radikale und Revisionisten zerfielen, da fiel die Rechte über mich her, und jetzt, wo diese inneren Gegensätze in der Partei nicht mehr vorhanden sind, fällt man auch über mich her. Persönlich habe ich an diesen Dingen eine gewisse Freude, ich sage schmeichlich, schade um jeden Schlag, der vorbeigeht. (Große Heiterkeit.) Aber gerade deshalb tut es mir leid um die turnerischen Übungen, die ich gestern und heute beobachten dürfen, weil so viele der Schläge, die auf mich gezielt waren, vorbeigingen. Ich weiß nicht, ob Löbe gerade der berufenste ist, um die Partei und mich persönlich vor Seitensprüngen nach rechts zu warnen. Ich sehe ihn noch an der Spitze einer Deputation (Auer: Das ist nicht persönlich. — Zuruf: Du kriegst schon wieder Prügel! — Heiterkeit.), die er zum Kaiser schicken wollte, um den Rücktritt Bethmann Hollweg zu verlangen.

Gerade weil es mir unmöglich war, auf die mannigfachen Angriffe zu antworten, möchte ich noch auf folgende Gesamtsituation aufmerksam machen. Sie haben gehört, daß Cunow zum Leiter der „Neuen Zeit“ gewählt worden ist. Nach meiner persönlichen Ueberzeugung gibt es keinen Genossen, der derartig zu dieser Stellung berufen ist wie Cunow, nach seiner gesamten wissenschaftlichen und geistigen Qualifikation. Darüber sind wir uns wohl einig. (Zustimmung.) Ich darf aber hinzufügen, daß ich gerade während des Krieges und speziell im dritten Kriegsjahre mit keinem unserer führenden Parteigenossen derartig in dauernder enger politischer Fühlung gestanden habe wie mit Cunow. Er war mit mir zusammen bis zum 1. Oktober dauernder

Arbeiter in der „Globe“, wir haben in allwöchentlichen Beratungen die politische Stellungnahme immer wieder durchgesprochen und ich ging Schritt und Tritt mit ihm in den grundlegenden Fragen. Ich kann weiter sagen, daß gerade meine Schriften und meine sonstigen literarischen Arbeiten, die hier teilweise solchen Unwillen hervorgerufen haben, von dem jetzigen Leiter der „Neuen Zeit“ im allgemeinen in freudiger und anerkennender Weise besprochen sind, und ich hoffe, daß die neue Schrift, die in nächster Zeit von mir herauskommen wird — ich kann das jetzt nicht ändern (Heiterkeit) — ebenfalls freundlich von ihm besprochen wird. In solcher Situation sollte man doch nicht den einen von uns beiden in die Redaktion der „Neuen Zeit“ setzen und von dem anderen sagen, werst du Scheusal in die Volkschlucht. (Heiterkeit.) Je mehr man gegen meine Schriften spricht, desto häufiger habe ich den Eindruck, daß man sie nicht oder nur sehr mangelhaft gelesen hat. (Widerpruch.) Manchmal wird nur die Kritik gelesen und noch dazu was für eine. Fragen Sie nur den Genossen Stamper. (Heiterkeit.) Ich habe mich veranlaßt gesehen, in der literarischen Abteilung dieses Saales ein Exemplar meines Buches ausulegen, über das soviel geredet und geschrieben ist, damit diejenigen, die darüber reden, es sich wenigstens mal von außen ansehen können.

Wir befinden uns in einer so unerhörten Situation von großen militärischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, daß die Partei wirklich mit größerer Toleranz die Diskussionsfreiheit des einzelnen anerkennen müßte. Deshalb brauche ich die gestrigen und heutigen Bemerkungen nicht allzu tragisch zu nehmen.

Dr. Adolf Braun: Mein Name ist begreiflicherweise in diesen zwei Tagen viel genannt worden, und von manchem nicht in besonders freundschaftlicher Weise. Wolte ich zu all dem hier sprechen, so würde das im Rahmen der persönlichen Bemerkung nicht möglich sein. Eine reine polemische Rede zu halten, widerspricht überdies den Aufgaben, die ich mir gestellt habe und denen ich weiter dienen will: für die Einigung der Partei zu wirken. Deshalb beschränke ich mich darauf, festzustellen, daß dadurch, daß ich nicht mehr in der Lage war, auf die Angriffe zu antworten, ich nicht etwa eingesteh, daß ich mich durch sie getroffen fühle.

Kasenhein: Es ist mir nicht möglich, auf die sachlichen Ausführungen von Scheidemann und Müller in der von mir herangezogenen elsass-lothringischen Selbstbestimmungsfrage einzugehen, ich kann nur zwei Dinge richtigstellen. Scheidemann hat die Auffassung bekämpft, daß Elsass-Lothringen als Nationalität hingestellt sei. Davon bin ich natürlich so weit entfernt wie jeder, der sich mit der Frage befaßt hat. Der größte Teil des Elsass ist deutsch und ein Teil von Lothringen ist französisch, und insofern sind es Angehörige zweier Nationen, auf die allerdings nach unseren alten Grundsätzen das Selbstbestimmungsrecht zuzutreffen hätte. Und wenn Müller vorhin ausgeführt hat, es sei aus der Mitte der Elsass-Lothringer niemals die Forderung nach Selbstbestimmung des Selbstbestimmungsrechts erhoben, so brauche ich hier nicht auf die feindlichen Akte von 1871 und im Reichstag von 1874 zurückzugreifen. (Auer: Das ist nicht persönlich!) Müller wird sich, wenn er sein Gedächtnis schärft, daran erinnern, daß noch vor wenigen Jahren an berufener Stelle und auch aus elsass-lothringischen Kreisen diese Forderung gestellt ist. Ich bedauere, die Frage nicht mehr sachlich erörtern zu können, bei der es sich doch darum handelt, daß wir einen Schlüssel, der das Friedensstor öffnen könnte, aufnehmen, um mit unseren französischen Genossen, soweit sie sich die Besinnung gewahrt haben, zu einem Einberufen zu kommen.

Süßmann: Ebert warf mir vor, daß ich ihn des Mangels an Loyalität geziehen habe. Aus meinen Ausführungen geht klar und deutlich hervor, daß

ich weder bei Ebert, noch bei Braun löse Absicht vorausgesetzt habe. Ich habe nur gesagt, wenn man selbst an dem Streit beteiligt ist, dann fällt es schwer, die Handlungen der Gegner vollkommen sachlich zu würdigen. Ebert hat weiter ein Flugblatt erwähnt, das zum Wohlth der „Frankfurter Volkstimme“ auffordert. Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht darauf eingehen, sondern will nur konstatieren, daß ich es als Bezirksvorsitzender nicht unterzeichnet habe. Das Flugblatt ist erst erschienen, nachdem man in Frankfurt das 25 Jahre alte Parteirecht an der „Volkstimme“ gewaltsam zertürmert und ein neues Recht für die Leitung des Unternehmens geschaffen hatte. Das hätte Ebert hinzufügen müssen.

Otto Braun: Wenn Güttnann hier wiederum erklärt, er habe das Flugblatt, das zum Wohlth des eigenen Parteiorgans auffordert, nicht unterzeichnet als Bezirksvorsitzender, so treibt er dasselbe Spiel, das er versucht hat in den gemeinsamen Verhandlungen mit dem Parteivorstand fortgesetzt zu treiben. Güttnann ist Vorsitzender des Bezirksvorstandes, und das Flugblatt ist unterzeichnet: „Der Bezirksvorstand für den Frankfurter Bezirk“. Güttnann hat ja auch zugegeben, daß er das Flugblatt herausgegeben hat, und daß in seinem Auftrage der Hilfsarbeiter des Bureaus es zum Drucker gebracht hat. (Hört! hört!) Da gehört doch eine ganz besondere Art von Moral dazu, sich hinzustellen und zu sagen, ich habe das Flugblatt nicht unterzeichnet. Nein, Ihr Name steht nicht darunter, aber Sie haben das Flugblatt herausgegeben. Das ist das Entscheidende. (Sehr richtig!)

Güttnann: Daraus, daß das Flugblatt vom Bezirksvorstand unterzeichnet ist, mußte Braun doch Schlußfolgern, daß ich es gerade gemeint bin, der gegen die Herausgabe war, weil ich mit den und den Stellen unter keinen Umständen einverstanden war. Diese Form mußte gerade wegen meiner Stellungnahme gewählt werden. Das ist allgemein im Bezirk bekannt, und das ist auch Ihnen bekannt, Genosse Braun, und trotzdem behaupten Sie das Gegentheil. Wäre ich mit dem Flugblatt einverstanden gewesen, dann hätte ich auch den Mut gehabt, meinen Namen darunter zu setzen. Ich hätte keine Veranlassung gehabt, nachdem das Parteirecht gewaltsam zertürmert ist, das nicht zu tun. Ich habe aus dem ganzen Konflikt die Ueberzeugung gewonnen. . . . (Vorsitzender Außer: Das gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.) Die ganze Affäre gehört überhaupt nicht hinein. Aber wenn sie einmal hineingezogen ist, so muß ich doch die Möglichkeit haben, den Vorwurf zurückzuweisen. Das Flugblatt, sage ich, wäre nicht erschienen, wenn das Parteirecht in Frankfurt nicht franguliert worden wäre.

Otto Braun: Ich kann auf den Frankfurter Pressekonflikt nicht eingehen. Ich stelle nur fest, das Parteirecht ist nicht franguliert worden, aber es ist versucht worden, das Recht der Frankfurter Genossen auf ihr Organ zu frangulieren, sie zu überstimmen und ihnen eine Politik aufzuzwingen, die sie nicht wollen. Das ist versucht worden nicht von Frankfurter, sondern von anderen Genossen, die Güttnann viel näher stehen. Der Konflikt begann damit, daß man versuchte, den faktisch bekannten Herrn Münster in die Redaktion zu bekommen. Entscheidend ist das eine: Güttnann hat ein Flugblatt herausgegeben, das zum Wohlth des eigenen Parteiorgans auffordert. Ob Güttnann mit allen Einzelheiten und jeder Wendung einverstanden war, ist gleichgültig. Der Bezirksvorstand, an dessen Spitze Güttnann steht, hat das Flugblatt mit einem Zirkular an die Organisationen verschickt und sie aufgefordert, es recht eifrig unter den Lesern der „Volkstimme“ zu verbreiten (Hört! hört!) Güttnann sollte wirklich über dies Thema gar nicht weiter sprechen. Wir haben damals eingehend darüber verhandelt, und da hat Güttnann sogar die Stirn gehabt, uns zwei Stunden hindurch zu erklären,

er wisse nicht, wer das Flugblatt bezahlt hat. Später kam es doch heraus, daß er es weiß. Vorher lag er uns einfach an. Und jetzt sucht er wieder dem Parteitag Klugzumachen, er habe damit nichts zu tun. Güttnann hätte besser getan, das Kapitel im einzelnen nicht zu behandeln.

Güttnann: Es ist ja leider sehr schlimm, wenn Braun im Rahmen der persönlichen Bemerkung immer mehr Dinge hereinsieht. Es ist unmöglich, die Frankfurter Verhältnisse hier im einzelnen darzutun. Braun hat jetzt wieder etwas Unrichtiges gesagt. Ueber den Fall Münster war später in der Preßkommission — Sie wissen das ganz genau, hier sagen Sie wieder absichtlich oder unabsichtlich die Unwahrheit — eine vollkommene Einigung erzielt worden. Der Fall Münster war erledigt. In bezug auf das Flugblatt habe ich erklärt, ich weiß nicht, wer es bezahlt hat. Das konnte ich auch nicht wissen, denn den einzelnen Kreisen ist die Ausbringung der Mittel überwiesen worden, und es ist nachher festgestellt durch Ditzmann — ich habe es nicht gemerkt —, daß das Geld vorläufig von einer anderen Stelle vorgelegt ist. Und da hat Braun den Mut zu sagen, daß ich unethisch verfahren bin. Nein, Genosse Braun, in dieser Frankfurter Streitfrage habe ich mindestens genau so ehrlich gearbeitet, um einen Ausgleich zu schaffen, wie Sie.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen beendet. In der Abstimmung wird der Antrag der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen, eine Stimme angenommen. Der Antrag 2 wird gegen eine Stimme angenommen. Antrag 52 wird angenommen. Mit dieser Aenderung wird der Antrag 48 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Antrag 16 wird dem Parteivorstand überwiesen. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittagsſitzung.

Den Vorsitz führt Ebert.

Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion.

Schmidt-Meißner (zur Geschäftsordnung): Ich bitte nach dem Referat Davids einem Redner von der Minorität der Fraktion unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Es ist unmöglich, in zehn Minuten ein zusammenhängendes Bild unserer Stellungnahme zur Politik der Mehrheit der Fraktion zu geben. Im übrigen wird es auch unsere Geschäfte fördern, wenn wir zu diesem Punkt ein Korreferat entgegennehmen. Ich nehme deshalb an, daß Sie mit großer Mehrheit unserem Antrag zustimmen werden.

Vorsitzender Ebert: Der Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion hat die Aufgabe, hier im Sinne der Beschlüsse der Reichstagsfraktion zu berichten und ein objektives Bild von ihrer Tätigkeit zu geben. Es ist deshalb etwas ungewöhnlich, einen Korreferenten aus der Fraktion zu bestellen. Aber die Sache liegt so, daß bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite eine die Sache liegende Mehrheit der Fraktion anderer Auffassung ist als die Mehrheit in der Fraktion anderer Auffassung. Ich habe die Mehrheit in der Fraktion anderer Auffassung als die Mehrheit bezeichnet, einem Vertreter dieser Anschauung verlängerte Redezeit zu gewähren. Aber ein Korreferat für diesen Zweck scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein.

Ich würde daher vorschlagen, einen von den Genossen der Minorität zu bestimmenden Redner unbestimmte Redezeit im Anschluß an das Referat des Genossen David zu gewähren und nehme an, daß auch Schmidt damit einverstanden ist.

Der Parteitag beschließt nach dem Vorschlage Eberts.